NR 4/97

12. JAHRGANG
EINZELPREIS 9 DM
VKZ P4356F

die randschau

ZEITSCHRIFT FÜR BEHINDERTENPOLITIK



behinderte FrauenLesben • Krüppellesben • Krüppelfrauen • behinderte Mädchen • alte behinderte Frauen • alte Krüppellesben • behinderte Künstlerinnen • behinderte Dichterinnen • behinderte Netzwerkfrauen • behinderte Arbeiterinnen • behinderte Beraterinnen • Szene-Krüppelfrauen • behinderte Wissenschaftlerinnen • behinderte Funktionärinnen • behinderte Projektefrauen • behinderte Träumerinnen • behinderte Realistinnen • behinderte Diskutantinnen • behinderte Querdenkerinnen • behinderte Mütter •

weibrations

weibrations

Träume - Räume - Alltagskämpfe

...ES LEBE DIE RANDSCHAU!

Alle, die ihr Abo zum Jahresende gekündigt haben, haben Pech gehabt: DIE RANDSCHAU GEHT WEITER!! Und wie!

Wie? So:

Unser erster Schwerpunkt wird das nette **Thema „Urlaub"** sein. Nur: WelcheR kann sich das schon leisten? Und: Welches Bild vermitteln Reisebüros von der/dem reisenden Behinderten? Mobilität als Aufwertung? Gibt es dazu alternative Reiseangebote (von Behinderten)? Wir **SUCHEN** dazu **Artikel** von Euch, **Erfahrungen** und **Tips** und last but not least **Fotos&Cartoons**!! Der **Redaktionsschluß für diese Ausgabe ist der 15. Januar**. Die Anlaufadresse für diese Schwerpunktausgabe ist bei:

Heike Lennartz,
die ebenfalls
für die **DATES** verantwortlich ist,
Foorthkamp 53e
22419 Hamburg
Tel/Fax: 040 / 520 98 28

Für das **MAGAZIN** verantwortlich:
Martin Seidler
An der Josefshöhe 21
53117 Bonn
Tel/Fax: 0228 / 67 98 29
e.Mail: M-G.Seidler@t-online.de

Für **BÜCHER&REZENSIONEN** verantwortlich:
Petra Heinzelmann
Neureuth 7
94034 Passau
Tel: 0851/ 5 80 38

FOTOS bitte direkt an:
Tanja Muster
Buntentorsteinweg 463
28201 Bremen

Und ganz wichtig:
ABO & ANZEIGEN BLEIBEN bei:
Ralf Datzer
'krüppeltopia' e.V.
Postfach 10 23 66
34023 Kassel
Tel.: 0561 / 7 28 85 51
Fax: 0561 / 7 28 85 29
e.mail: randschau@asco.nev.sub.de

Ihr müßt also **nicht** umständlich das Abo wieder verlängern!



Die weiteren Schwerpunkte im nächsten Jahr werden sein:

Nr. 2: Lesbisch/Schwules Leben mit Behinderung
Nr. 3: Rassismus
Nr. 4: Krankheit & Behinderung

Viele Grüße ins neue Jahr von den neuen randschauerInnen!!

INHALT

Mehr paßte leider nicht ins Heft - 4 Uhr morgens gleich ist es vorbei - fast alle Fotos dieser Ausgabe sind von Kassandra Ruhm - zu spät um sie gesondert zu kennzeichnen - sorry - das wars

Nachtrag zu Heft 3/97: Ulrike Rieß u. Kassandra Ruhm legen Wert auf die Feststellung, daß sie beide die Autorinnen des Beitrages „Szene wohin ?" - Besuchen Sie eine Reise auf die etwas andere Insel: KrüppelInnen-Foria" sind. Wir bitten das Fehlen der Autorinnennamen zu entschuldigen.

IMPRESSUM



HERAUSGEBERIN: **'krüppeltopia' e.V., Verein zur Förderung der Emanzipation Behinderter,** Jordanstr. 5, 34117 Kassel, Tel.: 0561 / 7 28 85 51, Fax: 7 28 85 29

MITARBEITERINNEN DIESER AUSGABE:
Ursula Aurien (Berlin), Martin Seidler (Bonn), Volker van der Locht (Essen), Thomas Schmidt (München), Christof Rill (Kassel), Ralf Datzer (Kassel), Ulrike Lux (Marburg), Jörg Fretter (Marburg) und 'special guest' Katrin Metz, Berlin **V.i.S.d.P. dieser Ausgabe:** Ulrike Lux (Marburg) über Hg.

Die *CASSETTENAUSGABE* der randschau wird betreut durch durch die Aktion Tonbandzeitung für Blinde e.V., Holzminden.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

ABO PREISE: Preis für 4 Ausgaben 25,- DM / Ausland 35,- DM / auf Cassette 30,- DM / Cassette & Schwarzschrift 40,- DM / Einzelpreis 7,- DM & 2,- DM Porto/ Verpackung (Abobestellungen an die Herausgeberin)

BANKVERBINDUNG:
Kasseler Sparkasse (BLZ: 520 503 53) Konto-Nr.: 1009 424 (Stichwort "krüppeltopia" e.V./die randschau)

ERSCHEINUNGSWEISE: vierteljährlich *AUFLAGE:* 2.500 *SATZ:* Jörg Fretter, Marburg *DRUCK:* DER DRUCKLADEN, Kohlenstraße 32, 34121 Kassel

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Auslieferung im Sinne des Vorbehals. Wird die Zeitschrift nicht ausgehändigt, ist sie dem Absender mit Darstellung des Grundes zurückzusenden.

4/97

Dieser Ausgabe liegt das Faltblatt 'Selbstbestimmt Leben KONKRET' Nr 4/97 der ISLe.V. bei, wir bitten um Beachtung.

Thomas Schmidt

Warum ich die Redaktionsarbeit für die *randschau* aufgebe, werde ich gefragt.
Weil sechs Jahre genug sind, könnte ich antworten. Schließlich gibt es noch eine Menge anderer schöner Dinge im Leben. Auch, daß es mir gesundheitlich schon mal besser ging, würde als Erklärung vielleicht ausreichen
Doch es gibt noch andere Gründe. Meine Entscheidung ist auch Konsequenz aus einer immer deutlicher zutagetretenden Entfremdung zur Krüppelszene. Anders als Lothar Sandfort kann ich von einer „Bewegung", die unter Politik mehr versteht, als sich in den Institutionen einzunisten und sich dort als irgendjemands Stellvertreter zu fühlen, schon seit langer Zeit nichts mehr erkennen. Genau diesen Eindruck, als gäbe es noch so etwas wie eine „Bewegung", hat die *randschau* andererseits immer wieder vermittelt und sich auf diese Weise - ungewollt - allmählich von der Realität entfernt. Sicher, wir haben immer mal wieder versucht, in Schwerpunktheften zu ergründen, was die Szene tatsächlich denkt und tut. Doch herausgekommen sind zumeist nur die immer gleichen Jubelarien, hinter denen der Zwang zu erkennen war, den jeweils eigenen Verein bei potentiellen Zuschußgebern ins rechte Licht zu rücken. Daß genau diese Abhängigkeiten ein Grund für das Scheitern der einmal autonomen Behindertenbewegung sein könnten, wurde auch in der *randschau* viel zu selten zum Thema. Vielleicht träumte insgeheim die ganze Redaktion davon, das in der *randschau* gezeichnete Bild würde sich doch noch als richtig erweisen; vielleicht waren wir deshalb nicht in der Lage, den Rechtsrutsch und die fast unbedingte Anpassungsbereitschaft in großen Teilen der Szene beim Namen zu nennen und in aller Schärfe anzuprangern. Oder wie soll man es nennen, wenn z.B. das bundesweite Frauennetzwerk gemeinsam mit der CDU-Frauenunion zu einer Veranstaltung einlädt, (fast) ohne daß irgendwer damit Probleme zu haben scheint? (Im übrigen sind diese Trends keineswegs auf die Krüppelfrauenszene beschränkt...).
So weit, so schlecht. Trotzdem möchte ich auch nachträglich keine Minute (oder sagen wir: keine Woche) *randschau*-Arbeit missen. Wir haben trotz aller berechtigten Kritik viele interessante Hefte gemacht, wobei oft gerade die „abseitigen" Themen die spannendsten waren. Diese thematische Arbeit habe ich immer als bereichernd empfunden, ebenso wie das gemeinsame Redigieren, Diskutieren, Saufen und Streiten.
Ich wünsche der neuen Redaktion ebensoviel Spaß, wie wir ihn hatten, viel Erfolg bei der Bewahrung des inhaltlichen Profils der *randschau*, und einen kühlen Kopf, wenn irgendwelche AltredakteurInnen wieder mal ganz genau wissen, wie eine perfekte Zeitschrift auszusehen hat.

Ulrike Lux

Auch Ulrike Lux, langjähriges Redaktionsmitglied und Verantwortliche für den vorliegenden Schwerpunkt, wollte sich an dieser Stelle verabschieden - so war es zumindest geplant. Doch dann kam alles anders... Die Arbeiten zum Schwerpunkt zogen sich in die Länge, so daß Ulrike sich vor der Fertigstellung ihres Beitrags zu einer wohlverdienten Kur an die Ostsee verabschiedete. Vielleicht gibt es ja einen Nachschlag in der nächsten Nummer...

Ursula Aurien

Mit einem Kneipengespräch fing es an, die Idee, ob ich nicht Lust hätte, randschau zu machen. Damals ahnte ich kaum, auf was ich mich da einließ; bereut habe ich es nie.
Sechs Jahre waren es; harte und schöne, manchmal auf Kippe, aber auch mit Begeisterung und Leidenschaft. Viele Träume und Hoffnungen, Illusionen, Ärger und Enttäuschung stecken in und zwischen den Seiten, die wir von Vierteljahr zu Vierteljahr produzierten. Und Streß hin oder her: Meistens hat es Spaß gemacht.
Zwei Jahre lang hatte ich - dank ABM - das Glück, von meiner Leidenschaft, randschau zu machen, auch noch leben zu können. Ich möchte nichts missen, nicht die Arbeit, nicht die Gespräche und Auseinandersetzungen, oft tief in der Nacht, nicht die Redaktions-KollegInnen, nicht die SchreiberInnen und nicht die LeserInnen.
Jetzt ist es an der Zeit, daß andere, neue Leute mit neuer Energie und neuer Zuversicht sich den mit der Zeit so vertrauten Themen zuwenden und weitermachen. Meine Ideen sind steckengeblieben, meine Hoffnungen haben Patina angesetzt, und mein Job fordert seinen Tribut. Für mich persönlich ist es an der Zeit, mich neu zu orientieren. In welche Richtung, das ist noch offen.

P.S. Es ist schon komisch, demnächst nur noch Abonnentin zu sein. Nun ja, vielleicht habe ich dann wieder mehr Zeit und Lust, selbst zu schreiben. Aber auch das ist offen.

Jörg Fretter

...itschriften zu erstellen im allgemeinen und insbesondere 'die randschau' ist immer eine Herausforderung. ...ne Herausforderung, der wir uns erst zweimonatlich, später vierteljährlich, immer wieder neu gestellt ...ben. Was zunächst nur als Lust am Zeitungsmachen begann, wurde - zumal im letzten Jahr - immer mehr ...m kaum bewältigbaren Streß für alle Beteiligten. Immer wieder war ich erstaunt darüber, das aus all dem ...haos eine Zeitschrift entsteht, ein Produkt das sich sehen und hören lassen kann. Doch die Unvereinbarkeit ...n Job und Redaktions-/Produktionsarbeit, die Pflicht zur vierteljährlichen Herausforderung, hat mich ...ürbe gemacht. Vieles von dem, was die Szene bewegt, ist für mich mittlerweile nicht mehr spannend. Viele ...skussionen langweilen mich inzwischen. Zu viele Eitelkeiten und persönliche Anfeindungen, zu wenig ...iskussion um die Sache; statt abgeflachter Bordsteinkanten flache Debatten, statt Kritik an den Verhältnis...en der Zwang zur Etablierung. Ab jetzt ohne mich. Denn auch die randschau stand am Scheideweg hin zur ...ofessionalisierung (inklusive Werbung und all dem Kram): Wir haben uns dagegen entschieden - die ...ndschau ist eine Szenezeitschrift und wird es wohl auch bleiben. Wie ein Leben ohne 'randschau' ...ussehen wird - keine Ahnung. Ich werde diese Zeitschrift vermissen und die Leute, ohne die dieses Projekt ...cht möglich gewesen wäre. Ein wenig Trauer, ein Spritzer Wehmut und - zugegebenermaßen - ein ...kleckliches Maß an Aufatmen darüber, daß es jetzt vorbei ist.

Martin Seidler

Verabschieden muß ich mich ja eigentlich nicht, denn ich bin ja (neben Ralf) der einzige aus dem Redaktionsteam, welcher der Randschau „erhalten bleiben" wird.

Ich habe mich in der Redaktion immer als etwas am Rande stehend wahrgenommen und dies war sehr bewußt auch von mir so gewollt. Nie habe ich Verantwortung für einen Schwerpunkt übernommen - das hätte mich überfordert - sondern Artikel über (für mich) aktuelle Themen eingebracht. Da ich dies weiterhin tun möchte, bleibe ich im Redaktionsteam. Ob ich im neuen Team mehr Verantwortung übernehmen werde, wird sich zeigen.

Volker van der Locht

Papiere, Manuskripte Disketten verstreut auf dem Tisch, dazwischen Schokolade, Kuchen, Tassen ungefüllt oder gefüllt mit Tee oder Kaffee - ein gewohntes Bild bei den Redaktionstreffen der randschau. Und doch ist es diesmal anders: Ein letztes Mal treffen wir uns von der alten Redaktion in Marburg, um die vierte Ausgabe des Jahres 1997 zusammenzustellen. Ein letztes Mal den üblichen Streß erleben: Sichten der vorhandenen Artikel, Nachfragen bei AutorInnen, ob zugesagte Artikel noch kommen, Korrekturlesen, Abtippen und und und. Es war halt viel Arbeit in den vergangenen Jahren, die mit ein Grund dafür war, die Redaktionsarbeit einzustellen. Und trotzdem, dieser Streß wird mir auch fehlen. Es war ja auch immer schön, zum Schluß das fertige Produkt „die randschau" in Händen zu halten. Ich wünsche allen MitarbeiterInnen der neuen Redaktion künftig viel Glück , Spaß, Power und gutes Gelingen bei der Erstellung einer tollen krüppel-/behindertenpolitischen Zeitschrift.

Christof Rill

Wenn es am Schönsten ist, soll man/Frau aufhören...!

Das heißt aber nicht, daß es nicht noch Schöner werden kann. Nur ohne mich, denn ich bin wahrscheinlich zu dogmatisch, um an der allgemeinen Anpassungstendenz und Anbiederei der sogenannten Szene etwas Positives zu erkennen. Für mich bedeutet diese materialistische Denkweise (z.B. die Unterstützung der ISL e.V. bei der Kampagne der 'Aktion Grundgesetz' um Kohle von der Aktion Sorgenkind' zu kriegen) das Aufgeben von eigenständigen politischen Inhalten. Aber wer weiß, ob die überhaupt jemals vorhanden waren? Oder war es doch immer nur der Versuch mitzuschwimmen und ich habe das Ganze nur falsch verstanden.

Eigentlich ist dieser Sachverhalt eher ein Grund dafür etwas dagegen zu unternehmen und nicht ein Grund, sich in den Ruhestand zu begeben. Das habe ich auch nicht vor, nur weiß ich für mich, daß ich meine Energien in der näxten Zeit an anderen Punkten dringender benötigen werde.

Bestimmt ist es richtig Geld für getane Arbeit zu kriegen, ich glaube jedoch nicht, daß jemals eine 'randschau'-Nummer, mit der Qualität der letzten Jahre, unter dem Aspekt der materiellen Entlohnung zustande gekommen wäre.

Zwar artete dadurch auch die redaktionelle Arbeit bei der 'randschau' manchmalin totale Selbstausbeutung aus, die entgegen dem vorherrschenden Mainstreams eben nicht rein materialistisch geprägt war. Jedoch hat sie auch sehr viel Spaß gemacht.

Diesen, oder ähnlich viel Spaß und Erfolg, wünsche ich auch der neuen Redaktion bei ihrer Arbeit, auf das es gelingen mag und wir 'Alten' die Nr. 1/98 (und viele weitere..., d. Korr.) lesen/hören können.



BioSkop-Rundbrief
Denkzettel No 3

Lebensqualität

Unter diesem Stichwort steht der dritte „Denkzettel" des *BioSkop e.V.*. Die AutorInnen untersuchen die verschiedenen Bedeutungen des Begriffs im Hinblick darauf, „welche Zugriffsmöglichkeiten der Politik, der Wissenschaft und vor allem der Medizin unter diesem Begriff eröffnet werden".

Bestelladresse: BioSkop e.V., Grendplatz 4, 45276 Essen

Infos fürs Magazin bitte ab sofort nur an:
Martin Seidler
An der Josefshöhe 21
53117 Bonn
Tel.: 0228 / 67 98 29
WICHTIG



„Wir vertreten uns selbst"

So heißt ein Arbeitsbuch von Susanne Göbel, das Menschen mit Lernschwierigkeiten helfen soll, ihre eigenen Selbsthilfegruppen aufzubauen. Der ca. 150 Seiten starke Band kann gegen 5.- bestellt werden bei

bifos e.V., Jordanstr. 5, 34117 Kassel, Fax: 0561 - 7 28 85 44

„Frau Schledermann, Frau Schledermann"

Ein Dokumentarfilm über STIL, die Stockholmer Assistenzgenossenschaft, ist jetzt als Video mit deutschen Untertiteln erhältlich. Am Beispiel zweier AssistenznehmerInnen wird die Arbeitsweise von STIL verdeutlicht.

Bestelladresse: STIL, Bondegatan 39, 113 66 Stockholm, Schweden; Tel. 46-8-640 8110

Ambulante Pflege zu teuer: Zurück in die Anstalt !

Weil er eigenmächtig den ambulanten Pflegedienst wechselte, droht einem 37jährigen Rollstuhlfahrer nun die Zwangseinweisung ins Pflegeheim.

Edgar Döll war mehrmals versetzt worden, als er auf den Nachtdienst wartete. Weil die Gefahr eines Dekubitus besteht, kann sich Döll diese Unzuverlässigkeit nicht leisten und beauftragte einen anderen Pflegedienst, der aber den doppelten Preis berechnet. Daraufhin weigerte sich der Landkreis Bad Kreuznach, die Mehrkosten zu bezahlen. Das Verwaltungsgericht Koblenz bestätigte die Rechtsauffassung des Kreises unter Verweis auf das geänderte BSHG: Die häusliche Pflege sei gegenüber einem Pflegeheimplatz mit „unverhältnismäßigen Mehrkosten" verbunden (9547 gegenüber 7221 DM). Im übrigen sei es auch Dölls Freundin (mit der er derzeit in einer Wohnung lebt) „unbenommen, sich ebenfalls um einen Platz in dem Heim zu bemühen"....

Bei einer Demo am 18. Oktober protestierten über 200 Menschen gegen die gerade im SPD-regierten Rheinland-Pfalz sich häufenden Fälle von drohender Zwangseinweisung. Dem ZSL Mainz liegen derzeit fünf ähnlich gelagerte Fälle vor. Die Grünen/Bündnis 90 im Landtag wollen nun erreichen, daß der Grundsatz „ambulant vor stationär" im BSHG präzisiert wird.

„Geistig behindert" und den falschen Paß - nach Abschiebung verschollen

Seit 1974 lebte Yurdal Satir in Frankfurt am Main, seit 1987 besaß er eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis. Das alles nützt dem 32-jährigen, der als „geistig behindert" gilt, jetzt nichts mehr. Weil er seinen Namen bei der Einreise am Rhein-Main-Flughafen mit „Satir Jurdal" angab, konnte der Computer der Ausländerbehörde, der die Frankfurter Polizei seine Daten weitergegeben hatte, ihn nicht ausfindig machen. Deshalb unterstellte die Sachbearbeiterin, daß es sich um einen Illegalen handele und verfügte die Ausweisung. Daraufhin wurde Satir vom BGS, der ihn am Frankfurter Flughafen festgehalten hatte, kurzerhand ins nächste Flugzeug in die Türkei gesetzt. Dieses flog jedoch nicht nach Izmir, von wo Satir gekommen war, sondern nach Istanbul.



Über sein weiteres Schicksal ist nur so viel bekannt, daß er am Istanbuler Flughafen 24 Stunden festgehalten, darauf in die Psychiatrie gebracht, von dort entlassen und am Busbahnhof ausgesetzt wurde. Seitdem (Ende August) gibt es kein Lebenszeichen mehr von ihm.

Offiziell gibt man sich beim BGS bestürzt. Dabei hat man doch nur eine Maxime der Bonner Ausländerpolitik besonders beherzt umgesetzt: Soziallästige Personen mit dem falschen Paß konsequent abzuschieben.

Die Bahn macht Werbung für Organtransplantation

Wer mit dem ICE 788 „Riemenschneider" von München nach Hamburg fährt, erfährt im dort ausliegenden Heft „Ihr Fahrplan" nicht nur, daß er um 15.58 Uhr in Hamburg-Dammtor ankommt. Auf der Rückseite wirbt eine „Arbeitsgruppe Organspende" aus dem bayrischen Höslwang mit einer suggestiven Anzeige für eben jene Organspende. Ein Spenderausweis zum Ausschneiden ist praktischerweise gleich beigefügt. Offenbar vertraut man darauf, daß sich die Fahrgäste nicht einmal durch das - in der gleichen Anzeige erläuterte - neue Transplantationsgesetz zu eigenen Gedanken verleiten lassen.

Erklärung zum Nürnberger Kodex

Die deutsche Sektion der IPPNW (Internationale Ärztevereinigung zur Verhinderung eines Atomkriegs) hat eine Erklärung zur Situation der Biomedizin 50 Jahre nach Verabschiedung des Nürnberger Kodex' vorgestellt. Die Erklärung, die auf den Debatten auf einem von der IPPNW organisierten Kongreß basiert (die *randschau* berichtete), betont u.a. das „Recht auf Nicht-

wissen" von werdenden Eltern und wendet sich gegen Präimplantationsdiagnostik sowie gegen Gentests mit kommerziellen oder bevölkerungspolitischen Zielen. Sie kann bestellt werden bei **IPPNW e.V., Körtestr.10, 10967 Berlin; Tel. 030/693 02 44, Fax 693 81 66**

Neuer behinderter MdL

Andreas Kammerbauer aus Hochheim verstärkt seit kurzem die lichten Reihen behinderter ParlamentarierInnen. Der 37jährige Politologe, ein Betroffener des Contergan-Skandals, ist für die Bündnisgrünen in den hessischen Landtag nachgerückt. Kammerbauer, der ehrenamtlicher Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft hörbehinderter Studenten und Absolventen (BHSA) ist, will sich u.a. für die Anerkennung der Gebärdensprache einsetzen.

Schweden

Späte Diskussion über Zwangssterilisation

Rund 60 000 Menschen (zu 95 % Frauen) wurden zwischen den dreißiger und fünfziger Jahren in dem skandinavischen Land zwangssterilisiert. 1946 wurden zwei Drittel aller Sonderschülerinnen Opfer dieser Maßnahmen. Erst 1976 wurde ein entsprechendes Gesetz abgeschafft. Vor allem PolitikerInnen der regierenden Sozialdemokraten taten sich bei der Entwicklung einer „modernen" Eugenik hervor. 1935 forderten Alva und Gunnar Myrdal ein „schonungsloses Sterilisierungsverfahren", um notfalls mit Gewalt die „hochgradig lebensuntauglichen Individuen auszusondern".

Eine Entschädigung hat keine der betroffenen Frauen erhalten. Jetzt, kurz bevor alle Opfer gestorben sind, ist die Debatte über dieses dunkle Kapitel schwedischer Geschichte aufgeflammt. Erstmals äußerte die (sozialdemokratische) Sozialministerin ihr Bedauern und räumte eine Mitschuld ihrer Partei ein.

Genmanipulierter Raps steckt seine Nachbarn an

Französische WissenschaftlerInnen haben jetzt erstmals bestätigt, daß genmanipulierter Raps sein Erbgut an wildwachsende Pflanzen in der Umgebung weitergeben kann. In einem Versuch unter Freilandbedingungen dauerte es vier Generationen, bis der Raps das Gen, das ihn gegen das Unkrautvernichtungsmittel „Basta" resistent macht, an einen benachbarten Hederich weitergegeben hatte. Mit der Behauptung, daß genau dies nicht passieren könne, werden von Behörden immer mehr Freilandversuche genehmigt.

„Aids-Versuche am Menschen nötig"

TeilnehmerInnen eines Aids-Kongresses in Manila haben gefordert, daß für die Entwicklung eines Impfstoffes auch Menschenversuche zugelassen werden sollten. Dies sei die einzige Möglichkeit, in der Forschung weiterzukommen, sagte ein Mitarbeiter eines dem US-Verteidigungsministerium unterstellten Institutes. Moralische Diskussionen wurden auf dem Kongreß als „kontraproduktiv" bezeichnet. Ein anderes Institut weiß bereits, an wem es eine abgeschwächte Form der HI-Viren testen will: Thailändische Heroinabhängige und schwul-lesbische US-BürgerInnen stehen auf der Wunschliste ganz oben.

Zensur bei „Aktion Grundgesetz"?

Ein Buch zur Unterstützung der „Aktion Grundgesetz" sorgt für Wirbel. Anlaß ist ein Zensurvorwurf, den sich die HerausgeberInnen damit einhandelten, daß sie einen Beitrag, der sich kritisch mit der Aktion *Sorgenkind* auseinandersetzt, für das Buch ablehnten. Für den Autor des Artikels ist dies ein Beleg dafür, daß es sich bei der „Aktion Grundgesetz" lediglich um die alte Aktion Sorgenkind handele. (siehe auch Beitrag in dieser Ausgabe)

Uni Bochum

Beratungszentrum für behinderte Studis

Wer sich z.B. über technische, personelle und finanzielle Hilfen beim Studium beraten lassen möchte, kann dies am "Servicezentrum für behinderte Studierende" an der Bochumer Ruhr-Uni tun. Die Beratung nach dem Prinzip des *Peer Counseling* erfolgt durch hauptamtliche BeraterInnen.

Kontakt: Harry Baus, Tel. 0234/ 700-5279

Bielefeld

Wen Do - Selbstverteidigung für Frauen mit körperlichen Einschränkungen

Die Bielefelder Selbsthilfegruppe „Aktion Powerfrau" organisiert in regelmäßigen Abständen Selbstverteidigungswochenenden mit zwei festen Trainerinnen. Die Kurse werden vom „Aktionskreis behinderter Menschen" finanziell unterstützt, so daß der Eigenanteil der einzelnen Frauen sehr niedrig ist. Das nächste Wochenende wird voraussichtlich im 1. Halbjahr 98 stattfinden.

Weitere Infos: Tel. 0521/65119 oder 285831

Bürger gegen Bioethik

Angesichts des bevorstehenden Ratifizierungsprozesses der Bioethik-Konvention in Deutschland wurde von einem Zusammenschluß, der sich „Bürger gegen Bioethik - Kritik-Koordination zur geplanten Bioethik-Konvention" nennt, ein Appell gestartet: „Keine Mindeststandards für Menschenrechte - Stop für Ratifizierungsprozess der Konvention"

In dem dreiseitigen Text werden noch einmal die (bekannten) problematischen Punkte des Menschenrechtsübereinkommens erwähnt und die Beteiligung am politischen Willensbildungsprozeß bzw. eine öffentliche Debatte eingefordert. (Letztere hat das Justizministerium als Voraussetzung für eine Ratifizierung durch Deutschland benannt.)

Wer diesen Aufruf an Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat unterstützen möchte bzw. Unterschriftenlisten anfordern will, wende sich an: **„Bürger gegen Bioethik" c/o Ursel Fuchs, Kaiser-Wilhelm-Ring 19, 40545 Düsseldof, Tel./Fax: 0211/ 551037**

Doktor-Arbeit zum Thema persönliche Assistenz

Am 5. September 1997 erlangte Ritva Gough ihren Doktorgrad in Philosophie mit einer Abhandlung mit dem Titel „Persönliche Assistenz - eine soziale Bewältigungsstrategie"

In ihrer Arbeit, die sie an der Universität Tromsö (Norwegen) vorgelegt hat, beschreibt Gough die Entwicklung der persönlichen Assistenz in Schweden bis zum Inkrafttreten des Assistenzgesetzes im Jahre 1994. Dabei steht das Thema „Macht" als wichtiger Faktor in der Beziehung zwischen behinderter Per-



son und HelferIn/AssistentIn im Mittelpunkt: Wer hat wieviel Macht bei den unterschiedlichen Formen der Erbringung von Hilfsleistungen? Wie wird Macht ausgeübt bzw. ist mensch sich bewußt, Macht auszuüben, oder geschieht dies unterschwellig bzw. unbewußt? - Leider liegt die Arbeit nur in schwedischer Sprache vor.

Pränatale Diagnose abgelehnt?

Das Recht auf Nicht-Wissen in Anspruch genommen? Ich suche Frauen / Mütter mit solchen Erfahrungen, da ich im April 1998 an der Uni (Berlin) ein Seminar zum Thema „Pränatale Diagnostik" veranstalte.

Sille Boll, Waldstr. 37, 10551 Berlin
Tel. 030 - 396 87 63

Stoppt Mr. Magoo!

(Resolution) Die Walt Disney Filmgesellschaft plant, zur Weihnachtszeit in den USA einen Film in die Kinos zu bringen, dessen „Held" so schlecht sieht, daß er völlig ungeschickt eine Torheit nach der anderen begeht. Diese Torheiten bedienen das überkommene Vorurteil, daß ein Mensch, der kaum oder gar nicht sehen kann, lächerliche Handlungen begeht, weil er seine Umwelt nicht richtig wahrnehmen bzw. einschätzen kann.

„Mr. Magoo" lief Jahrzehnte lang in den USA als Fernsehserie. Vor allem blinde Kinder, die zu jener Zeit an öffentlichen Schulen unterrichtet wurden, mußten erleben, wie sie verspottet und teilweise sogar physisch angegriffen und dabei als „Magoo" bezeichnet wurden.

In einer Zeit, in der weltweit in Gesetzen und Verfassungen die Diskriminierung gegen Behinderte geächtet wird, versucht Disney, diese Figur wiederzuerwecken und auf Kosten blinder und stark sehbehinderter Menschen Lach- und damit Kassenerfolge zu erzielen.

Auch wir lachen über Mißgeschicke, die uns passieren; wir tun dies aber im Wissen, daß es Mißgeschicke und nicht behinderungsbedingte Unfähigkeiten sind. Dieses Wissen wird jedoch den meisten Menschen fehlen, die keinen Kontakt zu blinden und sehbehinderten Menschen haben und diesen Film sehen.

Der Deutsche Blindenverband - Spitzenverband der Blinden und Sehbehinderten Deutschlands - fordert die Disney Filmgesellschaft auf, die Pläne für diesen Film sofort aufzugeben. Wir wenden uns gleichzeitig an die Gesellschaften, die Filme synchronisieren und fordern sie auf: Verweigern Sie die Übersetzung dieses Films ins Deutsche und sorgen Sie dadurch mit uns dafür, daß überkommene Vorstellungen von Blindheit und Sehbehinderung nicht wieder neu belebt werden!"

Netzwerk NRW:
Kontaktbörse für Frauen und Mädchen

Für Mädchen und Frauen, die nicht in Arbeitsgruppen oder im Forum mitarbeiten, aber dennoch ihre Erfahrungen austauschen und andere Frauen und Mädchen mit Behinderungen in vergleichbarer Lebenssituation kennenlernen möchten, habe ich innerhalb des Netzwerkes NRW eine Kontaktbörse gegründet.
Diese Kontaktbörse soll Gelegenheit bieten, Erfahrungen und gemeinsame Aktivitäten unterschiedlichster Art zu organisieren und sich über Lebens- und Alltagsprobleme auszutauschen.
Da ich selbst behindert bin, weiß ich, wie hilfreich Erfahrungsaustausch in neuen Lebenssituationen sein kann. Es nimmt das Gefühl des „Alleinseins", stärkt das Selbstbewußtsein und fördert somit die seelische und auch oft körperliche Gesundung.
Daher biete ich diese Kontaktbörse an. Von einem frankierten Rückumschlag abgesehen, ist die Vermittlung kostenlos.
Ich hoffe, daß ich möglichst viele Kontakte vermitteln kann, damit Frauen und Mädchen mit Behinderungen wichtige Lebenserfahrungen austauschen und sich nicht zuletzt private Freundschaften entwickeln können.

Inge Becker, Griesstr. 9, 40789 Monheim, Tel. (021 73) 6 72 65

Beispiel: Ich bin schwanger und sitze im Rollstuhl. Suche Mutter, die im Rollstuhl sitzt, zwecks Erfahrungsaustausches.

Spendenaufruf

DISWEB - EUROPÄISCHES NETZWERK VON FRAUEN MIT BEHINDERUNG

disweb ist eine brücke zwischen behinderten frauen in europa. das netzwerk existiert seit 11 jahren und bietet bei jährlichen konferenzen eine möglichkeit direkten austausches über die unterschiedlichen lebenssituationen behinderter frauen in europa. in unregelmäßigen abständen gibt disweb einen newsletter heraus.
im rahmen der disweb-netzwerkarbeit will eine frau aus portugal hamburg besuchen. die frau ist disweb-kontaktfrau in portugal, und sie lebt in einer institution.
durch disweb hat sie kontakt zur independent living bewegung in den reichen ländern europas bekommen.
in portugal, dem ärmsten land der europäischen union hat sie erfolglos versucht, für die verwirklichung eines unabhängigen lebens assistenzbedürftiger menschen zu kämpfen.
sie möchte in deutschland über die situation behinderter frauen informieren und sich hier konkreter mit den möglichkeiten eines unabhängigen lebens außerhalb von institutionen beschäftigen.
für diese begegnung benötige ich schätzungsweise dm 3.120,- spenden, da ich nicht weiß, wie ich das geld aus offiziellen töpfen bekommen könnte. es gibt dafür keine staatlichen gelder.

spenden bitte überweisen auf : sonderkonto Johanna krieger, konto-nr.: 415200205, bankleitzahl: 700 100 80 postgiroamt münchen, kennwort: portugal

wer näheres über disweb wissen möchte, wende sich bitte an:

johanna krieger, disweb-kontaktfrau deutschland
c/o frauenbuchladen, bismarckstr. 48, 20253 Hamburg

Das Themenheft „Ungleiche Schwestern“ liegt nun schon vier Jahre zurück - Zeit für eine erneute Bestandsaufnahme und einen Ausblick. Themen waren damals zum Beispiel Frauenbewegung und unser Politikverständnis als behinderte Frauen, erste Beratungs- und Koordinationsprojekte behinderter Frauen, behinderte Mütter, sexuelle Ausbeutung und Selbstverteidigung.
In den letzten Jahren ist das Thema behinderte Frauen geboomt, neue „Räume“ sind entstanden. Was hat sich seither wirklich getan? Zu beobachten ist vor allem die Professionalisierung und Profilierung in diesem Bereich. In diesem Zusammenhang interessiert uns natürlich besonders die Entwicklung der Netzwerke und Projekte. Welche Erfahrungen werden hier gemacht, und welche Ideen, Perspektiven und „Träume“ entwickeln sich daraus? Wir freuen uns, daß sich so viele verschiedene Projekte am Zustandekommen dieses Schwerpunktes beteiligt haben.
Deutlich ist uns bei unserer Arbeit in den letzten Wochen noch einmal geworden, daß die „Szene“ aber nicht nur von oder in den professionellen oder sich professionalisierenden Strukturen lebt, sondern sich natürlich ebenso in den informelleren Bereichen entwickelt. Wir möchten das hier noch einmal besonders betonen, weil wir bemerkt haben, daß dieser Aspekt in diesem Schwerpunkt eindeutig zu kurz gekommen ist.

weibractions

Träume Räume Alltagskämpfe

Gemeinsam ist beiden Bereichen das, was wir im Untertitel zum Schwerpunkt „Alltagskämpfe“ genannt haben. Besonders interessant finden wir darum die Teile der einzelnen Beiträge, wo Frauen über die Darstellung eines Projekts oder Themas hinaus persönliche Überlegungen und Fragen formuliert haben. Denn diese „Szene“ lebt auch und gerade von der persönlichen Motivation ihrer Mitstreiterinnen.
So ist ein hoffentlich interessanter Gemischtwarenladen zustande gekommen, der Anregungen zu weiteren Diskussionen und Ideen gibt. Viel Spaß beim Lesen!

Katrin Metz und Ulrike Lux

Vernetzt fast allerorten: die Netzwerke behinderter Frauen

Netzwerke liegen im Trend, das „Netz der Netze“ wird immer dichter. Bei den redaktionellen Vorbereitungen für diese randschau-Nummer fiel uns auf, daß bei Anfragen und den daraus folgenden Artikeln nicht mehr die persönlichen Lebenserfahrungen behinderter Frauen im Mittelpunkt des Interesses stehen. Es geht eher darum, welche Erfahrungen behinderter Frauen als betroffene Professionelle, als Beraterinnen, Erwachsenenbildnerinnen, Wissenschaftlerinnen oder Koordinatorinnen machen und wie sie die Erfahrungen ihrer unterschiedlichen Lebensbereiche zusammenbringen können. Dieses Vorgehen wurde von uns nicht im Voraus geplant, wir haben es während unserer Arbeit bemerkt. Für uns ist dies Ausdruck einer Entwicklung in weiten Kreisen von Krüppelfrauenzusammenhängen, besonders durch die Einrichtung der Netzwerke auf Länderebene.

Um einem Überblick darüber zu bekommen, wo derzeit welche Arbeit gemacht wird, haben wir alle uns bekannten Netzwerke und ähnliche Projekte angeschrieben. Dabei haben wir folgende Fragen gestellt:

- Wie sind Eure Organisations- und Arbeitsformen; Was sind Eure Arbeitsschwerpunkte?
- Wie schätzt Ihr Euren Einfluß auf politische Mitbestimmung und Interessenvertretung ein?
- Welche Perspektiven seht Ihr für Eure Arbeit, besonders in Zeiten der großen Sparwelle?

Nicht alle Rückmeldungen beziehen sich auf diese Fragen. Wir glauben aber, daß gerade die Unterschiedlichkeit der Darstellungen einen recht guten Eindruck vom Stand der Entwicklung der einzelnen Netzwerke und Koordinationstellen für behinderte Frauen gibt.

Allein machen sie uns ein!

Über die Notwendigkeit von Netzwerken

Behinderte Frauen sind eine große Gruppe und doch sind sie in Behindertenzusammenhängen so gut wie nicht sichtbar.

Es gibt viele zum Teil sehr gut arbeitende Gruppen, alle gemischtgeschlechtlich, in denen Männer für Behinderte (männlich oder im besten Fall, geschlechtsneutral) Politik machen. Frauen treten zwar auch auf, wenn's um Arbeit geht; in der Öffentlichkeit sind aber fast nur Männer zu sehen, und wenn doch Frauen auftreten, dann wird der frauenspezifische Aspekt so gut wie nie erwähnt.

Was gesagt wird, ist zum Teil sogar richtig, und doch fehlt immer etwas. Denken wir nur an die Debatte um Gewalt gegen „Behinderte“! In den Köpfen machte sich das Bild vom geschlechtsneutralen Menschen mit Beeinträchtigungen breit, den es zu schützen galt. Selten wurde von der instituonellen Gewalt geredet, selten auch vom sexuellem Mißbrauch, beides betrifft nun mal hauptsächlich Frauen. Oder denken wir an die geschlechtsspezifische Pflege: es bedurfte engagierter Frauen, bis diese Forderung Allgemeingut wurde.

Jede hat folgende Situation schon erlebt: in Diskussionen halten sich die Frauen erst zurück, um zu sehen, in welche Richtung die Diskussion läuft. Die Richtung bestimmen die Männer, die sich sofort zu Wort melden, auch wenn sie nichts zusagen haben. Damit haben sie die Gelegenheit, Sachen anzusprechen, die uns auch wichtig sind. Aus Zeitmangel und weil wir es so gelernt haben, wollen wir nun nicht alles wiederholen. Männer haben damit keine Probleme, können sie somit die Aufmerksamkeit auf sich ziehen (Das soll nun wirklich kein Plädoyer für die unsägliche männliche Diskussionsstruktur sein, sondern nur dafür, das den Männern immer wieder zu sagen und sich als Frau zu wehren!). Ein weiblicher Aspekt wird nur akzeptiert, wenn er der Begründungen von Männern dient und auch nur am Rande. Und dann kommt: ich muß als Mann die Frauenaspekte mitberücksichtigen, ich bin der wahre Feminist.

Laufen Aktionen, gibt es wichtige und spannende Veranstaltungen oder stehen dringende Veröffentlichungen an, werden wir Frauen oft mit bereits ausgefeilten Details überrascht, oft bleibt uns nichts anderes übrig, als zuzustimmen, sonst würden wir alles gefährden. Manchmal gelingt es noch

wenigen Frauen, die Workaholikerinnen sind, einige Kleinigkeiten berücksichtigt zu bekommen.

Bei genauer Recherche und nach bohrenden Nachfragen stellt sich immer wieder heraus: die beteiligten Männer haben in netzwerkartigen Diskussionsrunden die Idee geboren, in einem ausgefeilten Telefonnetz daran gefeilt, bei einem Bier sich getroffen, die Aufgaben verteilt (wobei Frauen dann durchaus berücksichtigt werden) um alles als Gesamtpaket den breiteren Massen vorzustellen.

Interessant ist auch zu beobachten, wie Männer es immer wieder schaffen, in bessere Positionen als Frauen zu kommen. Es gibt in fast jedem Bereich mindestens ebenso viele gute Frauen als Männer. Aber Männern gelingt es immer wieder, sich geschickt in Szene zu setzten, sie haben viele Vorbilder oder bekommen von kompetenten Geschlechtsgenossen Tips und vor allem Unterstützung. Jede Frau, die sich irgendwann auf einen wirklich wichtigen Platz beworben hat, weiß, daß Frauen die schärfsten Kritikerinnen von Frauen sind, vor allem wenn sie auch noch den frauenspezifischen Ansatz erwähnen. Ich möchte hier auf keinen Fall für eine Blankosolidarität werben, aber wir liefern den Typen selbst noch die fehlenden Argumente.

Damit habe ich beschrieben, warum ich Netzwerke so wichtig finde und was daran für mich so spannend ist. Sicher sollten wir Frauen uns nicht immer an den Männern messen (das haben wir wirklich nicht nötig!) aber es schadet doch nichts, ein gutes Konzept zu übernehmen.

Dieses Konzept bedeutet für mich (und beim Schreiben dieser Zeilen wird es mir immer klarer), die Frauen in den zahlreichen Gruppierungen zu unterstützen, sie stark zu machen, ihre bzw. unsere Positionen, den frauenspezifischen Gesichtspunkt engagiert zu vertreten. Das „Netzwerk" sollte eine Art „Dachorganisation" sein, wo frau sich hinwenden kann, das ideelle und personelle Unterstützung geben kann: Personell deshalb, weil durch die Vernetzung viele Frauen, die in anderen Zusammenhängen aktiv sind, kurzfristig mobilisiert werden können.

Was jetzt entsteht ist etwas ganz anderes, auch wenn es durchaus eine Berechtigung hat, nämlich:

Frauen mit Beeinträchtigungen entwickeln aus ihrer spezifischen Lebenssituation heraus ein spezielles Angebot. In Berlin versuchen wir intensiv Kontakte zu geistigbehinderten Frauen aufzubauen, versuchen, gehörlose Frauen in unser gemeinsames Boot zu nehmen, wollen (was bisher jedoch nur ansatzweise gelang) die Lebensbiographien, -erfahrungen der Frauen aus ehem. Ostberlin in die gemeinsame Arbeit einbeziehen. Ein eigenes Büro soll als Anlaufstelle für Frauen mit Beeinträchtigungen dienen, durch qualifizierte Mitarbeiterinnen bieten wir Beratungen an, wir wollen Forderungen erarbeiten und initiieren, die Öffentlichkeit über die Bedürfnisse, Benachteiligungen und Probleme von behinderten Frauen informieren. Ein ehrgeiziges Unterfangen - gewiß! Und vor den Erfolg haben auch die Göttinnen den Schweiß gesetzt.

Viele Frauen mit Beeinträchtigungen wollen aber *-bitte subito-* ein durchschlagendes Ergebnis sehen, sonst arbeiten sie lieber in den bewährten, von Männern dominierten Gruppen. Dabei wird mal wieder ein altbekanntes Phänomen deutlich: Frauen lassen immer wieder Andere für die Durchsetzung ihrer Rechte kämpfen. Hier sind es einige wenige Frauen, die sich teilweise kaputt arbeiten *gegen* eine, wie ich felsenfest glaube, doppelte Diskriminierung. Wie überall, werden auch hier die Veränderungen in der Gesellschaft, werden Verbesserungen der Lebenssituation von Frauen mit Beeinträchtigungen nur langsam und schrittweise erreicht. Zwar ist die Forderung nach sofortiger Verbesserung durchaus legitim, der Druck, der durch die immer wieder geäußerten Vorwürfe, es würde nichts sichtbar sein, sehr produktiv und nützlich, nur darf sich die Arbeit an der Verbesserung der Lebenssituation von Frauen mit Beeinträchtigungen nicht auf fundamentale Forderungen beschränken. Wenn wir nicht aktiv werden, wer dann.

Netzwerke behinderter Frauen bieten zudem eine ungeahnte Möglichkeit von Neuartigem, von überwältigender Kreativität. Durch die Vernetzung vieler Frauen mit unterschiedlichem Ansatz (sog. geistigbehinderte Frauen, gehörlose Frauen, Frauen, die Kunst machen, in den verschiedenen Parteien aktiv sind, solche, die besser mit Zahlen umgehen können, solche, die besser organisieren können usw.) können Ideen geboren, verändert und in die Realität umgesetzt werden, die uns unschlagbar machen. Wir müssen sie nur zulassen und dürfen nicht eifersüchtig über unserem eigenen Machterhalt brüten.

Es ist weiter schon fast eine Binsenwahrheit: je weiter eine Idee gestreut ist, je mehr Frauen mit Beeinträchtigungen mitspinnen am Gesamtnetz, umso erfolgreicher werden wir sein.

Gründen wir viele Netzwerke, aber vergessen wir nicht (ich zitiere frei nach einem alten chinesischem Sprichwort): Wer mitten im Fluß zu rudern aufhört, bleibt nicht stehen sondern treibt zurück!

DORIS ZIMMER
Netzwerk behinderter Frauen Berlin e. V.



Foto: Kassandra Ruhm, Bochum

Das Netzwerk behinderter Frauen Berlin - nun hat es eine feste Anlaufstelle

Das Berliner Netzwerk gibt es nun schon 2 ½ Jahre. Doch erst in diesem Jahr führten unsere Verhandlungen um Zuwendungen mit verschiedenen Senatsstellen zum Erfolg. In den letzten Wochen konnten wir unser Büro zur Verbesserung der Lebenssituation behinderter Frauen mit zwei Stellen einrichten. Die Adresse sei hier schon einmal verraten: Forster Str. 40 in 10999 Berlin. Die Telefon, Fax und Schreibtelefonnummer werden folgen.

Ein Schwerpunkt des Berliner Netzwerkes war in der letzten Zeit, der nun erfolgreiche Kampf um Räume, Stellen, Ausstattung und Honorarmittel für Veranstaltungen. Trotzdem laufen in unserem Netzwerk verschiedenste inhaltliche Aktivitäten.
Seit einem Jahr bieten wir psycho-soziale Beratung von behinderten Frauen für behinderte Frauen an. Zur Zeit einmal in der Woche, bald wird es mehr werden. Oft geht es in der Beratung darum, wie die Frauen ihre unterschiedlichen Ansprüche auf Unterstützung geltend machen können. Die Anstrengungen den neuen Grundgesetzabsatz: „niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden" in ein Landesgesetz umzuwandeln, wird von den Netzwerkfrauen kritisch begleitet und um frauenspezifische Aspekte ergänzt.
Seit Juni diesen Jahres erhalten wir Honorarmittel, mit denen wir verschiedene Angebote für behinderte Frauen durchführen können. So fand u. a. ein Seminar für behinderte Mütter statt. Im November haben wir auf einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung mit Annedore Prengel über Fragen der doppelten Diskriminierung behinderter Frauen und deren unterschiedlicher Perspektivität gesprochen.
Wenn in Berlin von behinderten Frauen oder Krüppelfrauen die Rede ist, sind damit meist nur körper- oder sehbehinderte/blinde Frauen gemeint. In Berlin gibt es noch keine Strukturen, die die Vernetzung zwischen Frauen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen ermöglicht. Dadurch ist es für uns schwierig Kontakte zu gehörlosen Frauen und Frauen mit geistigen Behinderungen aufzubauen. Doch wir haben schon Beispiele für viel versprechende Anfänge:
Den Kontakt zu gehörlosen Frauen konnten wir in der letzen Zeit dadurch intensivieren, daß wir Gelder für Gebärdendolmetscherinnen haben. Dadurch gab es in Berlin schon einige gemeinsame Veranstaltungen.
Auch unser Austausch mit Frauen mit geistigen Behinderungen steckt noch in den Kinderschuhen. Wir haben u. a. eine Kochgruppe durchgeführt, in der wir mit ihnen in Kontakt kommen wollten, ohne gleich an einem festen Gesprächsthema zu arbeiten. Diese Gruppe hat neue Fragen zu unserem Verhältnis zu Frauen mit geistigen Behinderungen aufgeworfen, die wir in Zukunft im Netzwerk angehen wollen.
Probleme, wie z. B. die Folgen der Pflegeversicherung für behinderte Frauen sind bei uns Gegenstand der Netzwerkplena, die dreimal im Jahr zu unterschiedlichen inhaltlichen Themen stattfinden. Wichtiges Thema der Plena ist auch der Austausch zwischen Frauen aus dem Ost- und Westteil Berlins.
Neben der Arbeit in Berlin ist es uns wichtig, die Arbeit und die Erfahrungen aus Berlin „in die Welt" hinauszutragen, um in Berlin und außerhalb eine Öffentlichkeitsarbeit für uns zu schaffen. Dies geschieht u. a. im neu gegründeten Bundesnetzwerk für behinderte Frauen, auf Tagungen und Kongressen u.a. mit Bonner Parlamentarierinnen.

Aus dem Beitrag wird deutlich, daß Vieles noch am Anfang ist und es höchste Zeit wird, daß die Aktivitäten eine Anlaufstelle bekommen, in der sie koordiniert werden. In unseren eigenen Räumen mit den Arbeitsstellen können wir die Arbeit mit viel mehr Energie fortsetzen.

Katrin Metz
Netzwerk behinderter Frauen Berlin e. V.

Vom Arbeitskreis zum Netzwerk

In Hamburg wurde Anfang '93 vom „Senatsamt für die Gleichstellung" und der „Hamburger Landesarbeitsgemeinschaft für behinderte Menschen" (LAG) ein Arbeitskreis „Frauen mit Behinderung" gegründet.

Ein wesentliches Ziel des Arbeitskreises sollte sein, die Arbeit und die Aktivitäten zum Thema „Mädchen und Frauen mit Behinderung" besser zu koordinieren.
In einem Vorgespräch mit der damals zuständigen (nichtbehinderten) Mitarbeiterin aus dem Senatsamt für die Gleichstellung äußerte ich den Wunsch, den Arbeitskreis nicht bei „Autonom Leben" anzusiedeln, da ich davon ausging, daß wir mit einer neutraleren Organisatorin mehr Frauen aus unterschiedlichen Zusammenhängen erreichen würden.
Das stimmte zwar wahrscheinlich, aber wie sich schon nach den ersten Treffen herausstellte, war der Streß bald vorprogrammiert. Denn auch die zuständige Mitarbeiterin der LAG für behinderte Menschen war nichtbehindert. Also zwei hauptverantwortliche, nichtbehinderte Frauen für einen AK „Frauen mit Behinderung"! Fast so, als würden zwei Frauen - oder besser noch Lesben - den Vorsitz eines Männergesangvereines o.ä. übernehmen...
Die behinderte Mitarbeiterin, die vom Senatsbeauftragten für Behindertenfragen geschickt wurde, konnte überhaupt nicht verstehen, warum wir in unserem AK keine Männer haben wollten. Daß wir nun auch noch über die Frage „Behindert-Nichtbehindert" reden wollten, ging ihr nun wirklich zu weit.
Oder es gab die Vertreterinnen des Blindenvereines, die erklärten: „Bei uns ist es so, daß Männer und Frauen die gleichen Probleme haben. Wir sind doch schließlich alle sehgeschädigt..."
Und dann gab es natürlich auch noch den

anderen Klassiker in diesem Zusammenhang: Die nichtbehinderten Pädagoginnen - oder besser noch Studentinnen -, die so gerne von „Wir Expertinnen und Ihr Betroffenen" reden.

Diese Auseinandersetzungen veranlaßten Angela Rögler (eine unbehinderte Sonderpädagogin, mit der ich inzwischen gerne und viel zusammenarbeite) und mich Ende '94 zu einer Einladung zu einem Treffen Anfang '95. In diesem Schreiben hieß es:

„Eine persönliche, aber unserer Meinung nach der Veröffentlichung werte provokative These und dazugehörende Schlagworte zum Jahreswechsel und vor allem zum nächsten Treffen:
Nichtbehinderte Expertinnen sind wegen ihrer Nichtbehinderung in ihrem Expertinnentum behindert."

- *Nichtbehindert, Professionalität behin dert*
- *unbehindert, nichtbehindert, betroffen*
- *betroffen, betreffend Behinderung*
- *Expertin für Betroffenheit*
- *professionelle Betroffene*
- *betroffen von Behinderung*
- *Betroffene Nichtbehinderte*
- *Profis ohne Betroffenheit*
- *behinderte Profis*
- *von Nichtbehinderung betroffen!*

Von den „Betroffenen" dieser Auseinandersetzung war die Reaktion mäßig. - vielleicht aus Betroffenheit...??? Der AK begann jedenfalls immer mehr zu bröckeln. Übrig blieb eine Gruppe von behinderten und unbehinderten FrauenLesben, für die klar war, daß wir in einer anderen Struktur durchaus weiter zu dem Thema „Mädchen und Frauen mit Behinderung" arbeiten wollten.

So entstand also die Idee, auch in Hamburg ein Netzwerk zu gründen. Klar war, daß wir vor allem wegen des hohen organisatorischen Aufwandes keinen eigenen Verein gründen, sondern es zumindest zunächst bei „Autonom Leben" ansiedeln wollten.

Die uns zu dieser Zeit immer noch wohlgesonnene Mitarbeiterin des Senatsamtes für die Gleichstellung kommentierte diese Entscheidung: *„Hätten wir den Arbeitskreis damals gleich bei AL angesiedelt, hätten wir uns eine Menge Auseinandersetzungen gespart."*

Behinderte und unbehinderte FrauenLesben konstruierten also gemeinsam ein Netz, und unser Netz-Werk wurde im Oktober '95 zur Arbeitsgrundlage für die Gründung unseres Netzwerkes erklärt.

Der Verteiler umfaßt zur Zeit ca. 45 Adressen. Davon sind ca. 20 FrauenLesben aktiv.

Ich denke übrigens, daß unsere Auseinandersetzung im AK keineswegs umsonst war, denn mit den jetzigen Netzwerkfrauen haben wir die Konfliktpotentiale wegen „Behinderung, Professionalität, Betroffenheit" nicht mehr. FrauenLesben mit Behinderung haben im Netzwerk den eindeutigen Expertinnenstatus.

Das Netzwerk trifft sich 3-4 Mal im Jahr. Die sonstige inhaltliche Arbeit läuft über mehr oder weniger aktive Arbeitsgruppen. So gab es bis vor einiger Zeit eine Gruppe behinderter Mütter, die zwischendurch sehr aktiv war, zur Zeit allerdings aus unterschiedlichen Gründen ihre Aktivitäten eingestellt hat. Außerdem haben wir eine AG „Gewalt", die u.a. zur Zeit eine Info- und Fortbildungsveranstaltung für die Hamburger Frauenhäuser plant.

Es ist dem Netzwerk ebenfalls ein wichtiges Anliegen, uns mit der Frage auseinanderzusetzen, wie wir Frauen mit sogenannter geistiger Behinderung aktiv in die Netzwerkarbeit einbeziehen können. Auch hierzu gibt es deshalb eine Arbeitsgruppe.

Im Netzwerk sollen die Aktivitäten der Arbeitsgruppen ausgetauscht und koordiniert werden. Außerdem sollen diese Treffen dazu dienen, Grundsatzfragen des Netzwerkes zu klären. So ging es zum Beispiel um die Frage, wie wir uns zu einem Artikel über das Bundesnetzwerk behinderter FrauenLesben in dem Buch, das im Rahmen der „Aktion Grundgesetz" erscheint, stellen. Erfreulicherweise waren wir anwesenden Frauen uns darüber einig, daß das Hamburger Netzwerk nicht im Zusammenhang mit der „Aktion Sorgenkind" erwähnt werden möchte.

FrauenLesben, die mehr über uns erfahren oder mitarbeiten möchten, können sich wenden an:

Bärbel Mickler, c/o Autonom Leben, Langenfelder Str. 35, 22769 Hamburg, Tel.: 040/ 432 90-149 Fax: 432 90-147.



Foto: Kassandra Ruhm, Bochum

5 Jahre Hessisches Netzwerk behinderter Frauen

Im Sommer 1997 feiert das Hessische Netzwerk behinderter Frauen sein fünfjähriges Bestehen. Dies ist für uns ein Anlaß, einerseits die bisherige Arbeit zu dokumentieren und andererseits der Frage nachzugehen, wieweit wir unseren ursprünglichen Zielsetzungen näher gekommen sind.

Am 17. August 1992 wurde das Hessische Netzwerk behinderter Frauen gegründet. Ausschlaggebend für diese Gründung war ein Werkstattgespräch, das im Frühjahr des gleichen Jahres im Berufsbildungswerk Bad Vilbel stattgefunden hatte. Es wurde von der damaligen - in Frauenfragen sehr engagierten - hessischen Ministerin für Arbeit, Frauen und Sozialordnung, Heide Pfarr, initiiert. Die Veranstaltung versuchte unter dem Titel „Frauen mit Behinderung - eine doppelte Benachteiligung!?" eine erste Bestandsaufnahme der Situation behinderter Frauen in Hessen zu geben. Auf dem Podium saßen Frauen mit unterschiedlichen Behinderungen, die über ihre Schwierigkeiten in der Ausbildung und im Beruf oder über ihre Alltagserfahrungen etwa als Hausfrau und Mutter berichteten. Dabei kam deutlich zutage, daß behinderte Frauen in weiten Teilen ihres Lebens andere Erfahrungen machen als nichtbehinderte Frauen. Sie erleben nicht nur gesellschaftliche Abwertung aufgrund ihres Frauseins, sondern zusätzlich aufgrund ihrer körperlichen, geistigen oder psychi-



schen Behinderung. Zudem haben die meisten behinderten Frauen keine Möglichkeit, sich untereinander auszutauschen.

Das war auch der Grund, weshalb auf der Veranstaltung in Bad Vilbel abschließend der Wunsch geäußert wurde, „daß sich betroffene Frauen mehr zusammenschließen und Netzwerke bilden (sollen), um ihre Interessen gemeinsam zu vertreten". Diese Anregung wurde sehr schnell aufgegriffen und verwirklicht, in dem das Netzwerk bei der Landesarbeitsgemeinschaft „Hilfe für Behinderte" in Hessen angesiedelt wurde. Als ein Ziel formulierten die Gründungsfrauen, daß das Netzwerk „als unabhängiges parteiloses Gremium vorwiegend behinderte Frauen aus Hessen zusammenführen soll". Von seiner Organisationsform her ist das Hessische Netzwerk behinderter Frauen ein offener Zusammenschluß, der keine Institutionalisierung, etwa in Form eines eigenen Vereins, anstrebt.

Das Hessische Netzwerk hat mittlerweile seine Struktur so gestaltet, daß interessierte Frauen die Möglichkeit haben, sich sowohl zum Informationsaustausch als auch zur inhaltlichen Diskussion zusammenzufinden. Zweimal im Jahr trifft sich das Plenum des Netzwerk, etwa um organisatorische Absprachen zu treffen, um den jährlichen Haushaltsplan zu beraten, um aus den Arbeitsgruppen zu berichten oder um neue Schwerpunkte der Arbeit festzulegen.

Die inhaltliche Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Aspekten des Themas „Mädchen und Frauen mit Behinderung" findet auf den Netzwerktagen statt, die ebenfalls zweimal im Jahr ausgerichtet werden. Bislang haben vier Netzwerktage stattgefunden, deren Schwerpunktreferate in der Dokumentation zum 5-jährigen Bestehen abgedruckt sind. Sie greifen Themen auf, die bisher noch wenig Aufmerksamkeit in der allgemeinen Öffentlichkeit gefunden haben, die jedoch die alltägliche Realität behinderter Mädchen und Frauen widerspiegeln. Die Netzwerktage werden meist im Frühjahr und Herbst abwechselnd in Marburg, Kassel und Frankfurt durchgeführt. Auf diese Weise werden besonders behinderte Frauen vor Ort angesprochen. Für viele Frauen mit Behinderung ist dies eine gute Gelegenheit, einfach mal vorbeizuschauen und sich mit anderen Frauen in ähnlichen Situationen auszutauschen. Es bedeutet für die Frauen oftmals, bestimmte Informationen und Tips durch persönliche Gespräche zu bekommen, die sie beispielsweise erfahren, wie die anderen ihr Leben und ihren Alltag managen.

Hin und wieder entscheidet sich eine Frau dafür, aktiv beim Netzwerk mitzuarbeiten. Dies hat einen anderen Stellenwert, als beispielsweise der Besuch einer Beratungsstelle, der für viele Frauen häufig bedeutet, eine erhebliche Schwellenangst zu überwinden.

Die Frauen können sich z.B. für die Mitarbeit in den beiden Arbeitsgruppen des Netzwerks entscheiden. Einige Ergebnisse der Arbeitsgruppen „Behinderte Frauen und Erwerbstätigkeit" und „Behinderte Frauen und (sexuelle) Gewalt" möchte ich nachfolgend vorstellen.

Bisher haben nachstehende Aktivitäten des Netzwerks stattgefunden

- Eine Selbstdarstellung des Netzwerks wurde herausgegeben und breit verteilt.
- Auf Anregung des Netzwerks hat das Hessische Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung 1994 eine umfangreiche Broschüre herausgegeben. Sie trägt den Titel „Durchhalten. Dranbleiben. Und sich trauen. Dann haben wir am ehesten eine Chance". Neben der Darstellung der Lebenssituation und den Alltagserfahrungen von Frauen mit Behinderung in ihrem sozialen Umfeld beinhaltet dieses Buch ein umfassendes Adressenverzeichnis sowie eine Literaturliste der wichtigsten Bücher zum Thema „Behinderte Frauen". Gerade ist eine Neuauflage der Broschüre in Planung, da sich in den letzten drei Jahren vieles für Mädchen und Frauen mit unterschiedlichen Behinderungen neu entwickelt hat.
- In Zusammenarbeit mit dem Bildungs- und Forschungsinstitut zum selbstbestimmten Leben Behinderter (bifos) wurde ein Rechtsgutachten zum Thema „Behinderte Frauen in der beruflichen Rehabilitation" von der Juristin Dr. Theresia Degener erstellt. Hier wird die Benachteiligung von Frauen mit Behinderung im Rehabilitationsbereich dargestellt, und Vorschläge für Änderungen im SGB IX werden dahingehend gemacht, daß die besondere Situation behinderter Frauen in der Rehabilitation stärkere Berücksichtigung finden soll. Konkret wird zum Beispiel eine wohnortnahe dezentrale Rehabilitation sowie damit einhergehende Kinderbetreuung gefordert. Außerdem wird es als notwendig angesehen, bei der Behindertenpflichtquote eine geschlechtsspezifische Parität einzuführen - um nur einige Forderungen herauszugreifen.
- Das von der Arbeitsgruppe „Behinderte Frauen und Erwerbstätigkeit" konzipierte Landesmodellprojekt „ Mobile Beratungsangebote und berufliche Orientierungshilfe für behinderte Frauen im ländlichen Raum" nahm im Dezember 1995 seine Arbeit auf. Das Projekt hat zwei Träger: YENTL in Kassel ist beim fab e.V. (Verein zur Förderung der Autonomie Behinderter) und mobil in Marburg beim Verein „Arbeit und Bildung" angesiedelt.
- Das Hessische Netzwerk behinderter Frauen ist seit 1996 am Aufbau eines Landesbehindertenrates beteiligt. Das Netzwerk setzt sich u.a. dafür ein, daß die Mitglieder des Rates zu gleichen Teilen aus Frauen und Männern mit Behinderung bestehen.
- Desweiteren wird sich das Netzwerk bei der Ausgestaltung eines Antidiskriminierungsgesetzes für das Land Hessen einmischen und überall dort, wo die Belange behinderter Frauen angesprochen sind, wirkungsvoll den Prozeß dahingehend begleiten, daß für Mädchen und Frauen mit Behinderung auf allen Ebenen (Schule, Ausbildung, Beruf, Wohnen etc.) die Rechtsgrundlagen geschaffen werden, die die Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben bilden können.
- Zwei verschiedene Faltblätter zum Thema „Sexuelle Gewalt" wurden in der oben erwähnten Arbeitsgruppe erstellt. Ein Faltblatt wendet sich an Mädchen und Frauen mit Behinderung. Es spricht die von unterschiedlichen Formen der (sexuellen) Gewalt betroffenen Mädchen und Frauen direkt an und ermutigt sie, ihren Gefühlen zu trauen und sich Hilfe zu holen. Entsprechende Anschriften von Beratungsstellen und Selbstverteidigungsgruppen werden aufgeführt.
- Das andere Faltblatt hat allgemein Fachfrauen, Fraueninitiativen und Beratungsstellen als Adressatinnen und informiert über sexuelle Gewalt gegen behinderten Mädchen und Frauen. Wiederum

enthält es zahlreiche regionale Kontaktadressen, an die sich frau wenden kann, um sich Unterstützung zu holen und eine Anlaufstelle für evtl. Vernetzung zu finden.

- Das jüngste Projekt der Arbeitsgruppe „Behinderte Frauen und (sexuelle) Gewalt" ist die Erstellung der Broschüre „Behinderte Mädchen in der Kinder- und Jugendliteratur". Eine Gruppe von sechs Frauen hat 13 Kinder- und Jugendbücher und einen Film rezensiert, in denen behinderte Mädchen und junge Frauen als Hauptfiguren vorkommen. Die Aufmerksamkeit gilt der Darstellung der aktiven behinderten Mädchen, den gängigen Klischees, die immer wieder vorzufinden sind und der Art und Weise, wie behinderte Mädchen ihre Behindertenrolle und seltener ihre Frauenrolle zugewiesen bekommen.

Dies sind also im Überblick die vielfältigen Aktivitäten, die das Hessische Netzwerk in den letzten Jahren unternommen hat und auf die es nicht ohne Stolz blicken kann. Vieles wäre ohne die finanzielle Unterstützung des Hessischen Ministeriums für Frauen, Arbeit und Sozialordnung nicht zustande gekommen. Das Ministerium fördert die Arbeit des Netzwerks durch einen jährlichen Zuschuß von 25.000,- DM. Auch angesichts der angespannten Haushaltslage des Landes hoffen wir, die nächsten Jahre weiterhin mit diesem Betrag rechnen zu können. Ansonsten wäre die inhaltliche Arbeit des Netzwerkes ernsthaft gefährdet.

Es bleibt nun noch die Frage offen, inwieweit das Netzwerk seiner eigentlichen Aufgabe, „Verbindungen unter den behinderten Frauen herzustellen" und ein Netz zu knüpfen, in den fünf Jahren seines Bestehens gerecht werden konnte.

Die Antwort darauf muß ehrlicherweise lauten: „Es gibt dieses Netz. Das Netz ist jedoch noch grobmaschig. Unsere Aufgabe in den nächsten Jahren wird es sein, dieses Netz feinmaschiger zu knüpfen." Ansätze zu diesem Zusammenwirken bestehen bereits.

In den Städten, in denen regelmäßig die Netzwerktage durchgeführt werden - in Frankfurt, Kassel und Marburg - existieren Zusammenschlüsse behinderter Frauen. In Marburg und Kassel treffen sich die Frauen einmal im Monat zu einem Stammtisch. In Frankfurt besteht seit zwei Jahren eine aktive Gruppe behinderter Frauen, die sich „Unbequeme Schwestern" nennt. Die Vernetzung im ländlichen Raum liegt jedoch im Argen. Hier gibt es nur ganz zaghafte Anfänge, die teilweise von der „Mobilen Beratung" in Gang gesetzt werden. Es wird noch einige Zeit dauern, bevor die strukturellen Bedingungen im ländlichen Raum auch Mädchen und Frauen mit unterschiedlichen Behinderungen mehr Gestaltungsfreiheit und Mobilität einräumen und sie vermehrt zum Netzwerk dazukommen können. Andererseits darf das Netzwerk ihre Lebensbedingungen nicht außer acht lassen und muß auch für die behinderten Mädchen und Frauen aus dem ländlichen Raum entsprechende Angebote schaffen.

Das Hessische Netzwerk behinderter Frauen war der erste Zusammenschluß dieser Art in der Bundesrepublik. Es hatte Vorbildcharakter für die Netzwerke, die danach in den Städten Hamburg und Berlin und den Bundesländern Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein - und demnächst wahrscheinlich Rheinland-Pfalz - entstanden sind. Der Austausch mit anderen Netzwerken und vor allem dem Hessischen Koordinationsbüro für behinderte Frauen ist uns sehr wichtig. Netzwerke bilden sich sowohl im kleinen als auch im großen Rahmen, um eine wirkungsvolle Arbeit im Sinne der positiven Veränderung der Lebenssituation von Mädchen und Frauen mit unterschiedlichen Behinderung leisten zu können. Wir haben noch viele Ideen im Kopf, die wir in den nachfolgenden fünf Jahren umsetzen wollen - und hoffentlich auch können.

ANNELIESE MAYER
Sprecherin des Hessischen Netzwerks behinderter Frauen

Literatur:

Stetig aber unaufhaltsam - 5 Jahre Hessisches Netzwerk behinderter Frauen

Für eine Schutzgebühr von 5.- DM zu beziehen über:

Hessisches Netzwerk
behinderter Frauen
c/o LAG „Hilfe für Behinderte"
Raiffeisenstr. 15
35043 Marburg
Tel. 06421 / 4 20 44

Vom Politischen zum Privaten oder umgekehrt?

Gedanken zur Selbsthilfe behinderter Frauen und meiner Motivation, mich zu engagieren.

Nachdem ich bereits in der randschau 3/1993 „Ungleiche Schwestern" über die Selbsthilfeaktivitäten behinderter Frauen einen Überblick gegeben habe, widme ich mich auch in dieser Frauennummer diesem Thema. Hier soll es jedoch weniger um eine Zusammenstellung der Aktivitäten und vorhandenen Initiativen behinderter Frauen gehen, sondern in erster Linie um eine persönliche Einschätzung nach langjähriger Selbsthilfearbeit und nach über vier Jahren hauptamtlicher Tätigkeit beim Hessischen Koordinationsbüro für behinderte Frauen. Ich bin eine der wenigen behinderten Frauen die nicht nur nebenbei, zusätzlich zu einer Ausbildung, einer beruflichen Tätigkeit in einem anderen Bereich oder Kindererziehungszeiten etc., Selbsthilfearbeit behinderter Frauen durchführt. Ich bin nicht über die Frauenbewegung, sondern von der Behindertenbewegung zur Selbsthilfe von Frauen mit Behinderungen gekommen. Zu Studienbeginn 1985 stand für mich zuerst die Interessenvertretung behinderter Studierender im Vordergrund. Da ich bisher hauptsächlich spezielle Sehbehindertenschulen besucht hatte, fühlte ich mich am Anfang meines Studiums in der „Welt der Sehenden" ziemlich verloren. Ich mußte immer wieder DozentInnen daran erinnern, daß sie beim Schreiben an die Tafel mitsprechen, Literatur war nicht auf Cassette für mich erhältlich und zudem mußte ich mich mit übermotivierten SozialwesenstudentInnen herumschlagen, von denen



mich einige vorwiegend als Objekt zum Ausfragen über Sehbehinderung sahen. In dieser Zeit war für mich der Austausch mit anderen behinderten Studierenden sehr wichtig. 1986 gründeten wir dann die Interessensgemeinschaft behinderter Studierender in Kassel, die an der Hochschule Forderungen, wie z.B. einen Auflesedienst für Blinde oder die Beseitigung einiger architektonischer Barrieren für RollstuhlfahrerInnen durchsetzte. Außerdem war ich an der Gründung des Vereins zur Förderung der Autonomie Behinderter - fab e.V. - 1987 beteiligt. In dieser Zeit hatten zudem die bundesweiten Treffen der Krüppel- und Behinderteninitiativen für mich eine besondere Bedeutung. Ich erlernte einen offensiveren Umgang mit meiner Behinderung und entwickelte ein positiveres Bild von mir. Mein Behindertenbewußtsein war erwacht. Doch was war mit mir als behinderter Frau? 1986 fand ich mich in vielen Texten des Buches: „Geschlecht: behindert, besonderes Merkmal: Frau" wieder, das ich im Rahmen einer Autorinnenlesung kennenlernte. Für mich war sehr beeindruckend, daß Frauen mit anderen Behinderungen in vielen Bereichen ähnliche Erfahrungen machten wie ich. Bis dahin kannte ich nur den Austausch mit anderen blinden und sehbehinderten Frauen. Obwohl ich im Laufe meiner Studienzeit zwei Seminare speziell für sehbehinderte und blinde Frauen mitorganisierte, ging meine Auseinandersetzung immer stärker dahin, mich mit unterschiedlich behinderten Frauen auszutauschen und gemeinsam erste Forderungen zu entwickeln. Zu Beginn meiner Auseinandersetzung war die enger gefaßte Peergroup, nämlich blinde und sehbehinderte Frauen, vorrangig. Vom Politischen zum Privaten oder umgekehrt? Genau trennen kann ich natürlich nicht, wann es um politische Arbeit oder um die persönliche Auseinandersetzung ging. Der Übergang ist fließend. Tendenziell war es jedoch so, daß mein Engagement in der Behindertenbewegung eher politisch geprägt war. Ich erfuhr, daß ich ein Recht darauf habe, die Anpassung der Umwelt an meine Behinderung zu fordern und nicht umgekehrt. Ich erlebte das Gefühl der Solidarität mit anderen Menschen mit Behinderungen. Meine Aktivität bestand in erster Linie jedoch in der Mitarbeit bei politischen Aktionen/Demonstrationen z.B. für die Zugänglichkeit des öffentlichen Personennahverkehrs oder der Mitbegründung der o.g. Selbsthilfeinitiativen. Eine intensivere persönliche Auseinandersetzung, bei der es auch um`s „Eingemachte" geht, war mir erst innerhalb von Zusammenhängen behinderter Frauen möglich. Typisch? Mit Männern das Politische und Frauen für`s Private? In der Selbsthilfe behinderter Frauen Ich stellte fest, das wir Frauen in der Behindertenbewegung oft eher die Hintergrundarbeit leisteten und mehr darum kämpfen mußten, daß uns zugehört wurde bzw. unsere Meinung etwas galt. Daran hat sich bis heute nicht viel geändert. Die behinderten Männer haben in der Behindertenbewegung bis auf wenige Ausnahmen immer noch die wichtigen Positionen. Frauen wieder mal in der zweiten Reihe? Innerhalb der Zusammenhänge behinderter Frauen fand ich mehr Bereitschaft, einander zuzuhören, sich Zeit zu nehmen für inhaltliche Auseinandersetzungen und, auch für Persönliches, ohne gleich die nächste Aktion im Kopf zu haben. Ich habe zusammen mit Frauen insbesondere mit behinderten Frauen eher das Gefühl, Schwächen und Unsicherheiten oder Zweifel zum Ausdruck bringen zu können und erfahre dort auch häufig eine größere Offenheit. Natürlich läßt es sich mit behinderten Frauen auch leichter über frauenspezifische Themen sprechen, nur die Gemeinsamkeit der Behinderung reicht eben doch oft nicht aus. Vielleicht haben diese Aspekte dazu beigetragen, daß ich innerhalb der Behinderten-Frauen-Bewegung neben der persönlichen Auseinandersetzung eher den Raum gefunden habe, bei der politischen Arbeit neue Herausforderungen anzugehen. In der Behindertenbewegung hatte ich hauptsächlich im Hintergrund mitgewirkt. Im Gegensatz dazu fand ich in den Zusammenhängen behinderter Frauen den Mut, mehr Verantwortung und damit wichtige Funktionen zu übernehmen. Erleichternd war natürlich meine hauptamtliche Tätigkeit als Leiterin des Hessischen Koordinationsbüros für behinderte Frauen. Ich wurde immer geübter darin, öffentlich zu reden, mich pressemäßig zu äußern, politisch zu verhandeln oder Tagungen zu organisieren. Neben den inhaltlichen Gründen , sich vorwiegend in der Behinderten-Frauen-Bewegung zu engagieren, fällt es vielen von uns nach eigenen Aussagen aus den o.g. Gründen hier leichter, als etwa in der Behindertenbewegung, sich einzubringen, auch in führenden Positionen. Insgesamt ist mir aufgefallen, daß jedoch weniger von uns Frauen mit Behinderungen bereit und in der Lage sind, unser Leben vorwiegend der Selbsthilfearbeit zu widmen. Für behinderte Männer ist es oft einfacher, alle Termine irgendwie unter einen Hut zu bringen, natürlich meistens auf Kosten des Privatlebens. Vielleicht haben für viele von uns Frauen mit Behinderungen persönliche Beziehungen häufiger einen größeren Stellenwert. Zudem sind wir oft zusätzlich stärker als behinderte Männer durch Familienarbeit, z.B. Kindererziehung, beansprucht. So haben behinderte Männer nicht selten eine Partnerin, die ihnen den Rücken für die „Bewegungsarbeit" freihält. Dies geht mir durch den Kopf, wenn ich wieder händeringend eine behinderte Frau suche, die kurzfristig „mal eben" nach Bonn oder Berlin zu einer





Podiumsdiskussion oder einem PolitikerInnengespräch etwa zur Pflegeversicherung oder zur Änderung des Sexualstrafrechts fahren soll.
Für mich ist es eine wunderbare Kombination, meine persönliche/politische Überzeugung im Rahmen meiner Arbeit einbringen zu können. Da dies natürlich im krassen Gegensatz zum „Dienst nach Vorschrift" steht, ist es immer wieder eine Gradwanderung, Arbeit und Privatleben voneinander zu trennen. Gerade wenn etwa für den o.g. Termin in Bonn oder Berlin keine Frau gefunden wird. Dann wird wieder mal deutlich, daß wir noch zu wenige Frauen mit Behinderungen sind, die sich solche Herausforderungen zutrauen bzw. zeitliche Kapazitäten dafür haben. Es wäre schön, wenn wir in der Behinderten-Frauen- Bewegung mehr Frauen würden, auf deren Schultern die anfallenden Aufgaben verteilt werden können. Erleichternd ist, das in letzter Zeit dank unseres Einsatzes einige Stellen geschaffen werden konnten, bei denen ähnlich wie bei mir, behinderte Frauen hauptamtlich in diesem Bereich tätig sind. Leider jedoch oft in begrenzten Projekten, wie etwa Modellfinanzierungen. Erfreulich ist, daß sich auch bei uns Frauen mit Behinderungen eine Veränderung in der „Nachwuchsfrage" abzeichnet. Lange waren wir ein kleiner Kreis „alter Häsinnen". Doch jetzt haben wir z.B. beim Bundesnetzwerk behinderter Frauen die Situation, daß die vier Sprecherinnen alle mehr oder weniger „neue Gesichter" sind. Vermutlich bringt diese Situation frischen Wind in die Bewegung von Frauen mit Behinderungen. Dabei wird es immer wieder eine Herausforderung sein, Diskussionen und Auseinandersetzungen so zu führen, daß wir uns nicht in Grabenkämpfen verrennen bzw. verrollen. Genügend Zündstoff gäbe es natürlich - Funktionärinnen und Basisfrauen oder Realos und Fundis - Lesben und Hetheros- blinde, gehörlose, körperbehinderte oder Frauen mit einer sogenannten geistigen Behinderung. Gegenseitige Ignoranz oder Intoleranz sind natürlich auch bei uns zu finden. Wünschenswert finde ich, unsere Unterschiedlichkeiten als Ausdruck unserer Vielfältigkeit zu sehen, wobei wir auch viel voneinander lernen/erfahren können/müssen. Das gemeinsame Ziel, die Verbesserung unserer Lebensbedingungen, wird uns hoffentlich immer wieder zusammenbringen. Nur so können wir Frauen mit Behinderungen VIEL erreichen!

Birgit Schopmans, Kassel



Netzwerk von Frauen und Mädchen mit Behinderungen Nordrhein-Westfalen

Das Netzwerk von Frauen und Mädchen mit Behinderungen NRW besteht seit April 1995 und versteht sich als offener Zusammenschluß von organisierten und nichtorganisierten Frauen und Mädchen.

Ausschlaggebend für die Gründung war der Wunsch der in der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe Behinderter NRW e.V. organisierten Frauen, noch mehr als bislang zu tun, um die mehrfache Diskriminierung behinderter Frauen und Mädchen abzubauen. Der Vorstand der LAG kam dieser Bitte nach, so daß es zusammen mit den Frauen des ZsL Köln (Zentrum für selbstbestimmtes Leben) im Oktober 1994 zur Auftaktveranstaltung in Münster kam.
Ermöglicht wurde diese Veranstaltung durch die finanzielle Unterstützung des Ministeriums für die Gleichstellung von Frau und Mann des Landes NRW.
In der Arbeit unterstützt wird das Netzwerk durch das in Trägerschaft der LAG stehende Netzwerkbüro. Seit April 1996 wird das Büro (2 volle Stellen) und seine Projekte durch das Gleichstellungsministerium des Landes gefördert. Bedingt durch diese umfassende Finanzierung ist das Netzwerk in der glücklichen Lage, sich politisch und öffentlichkeitswirksam darzustellen.
Schwerpunkte unserer Arbeit waren bisher unzählige Netzwerk-Vorstellungen und Teilnahmen an Messen / Veranstaltungen sowie die Herausgabe zweier Zeitungen. Aber auch die politische Arbeit hat ihren besonderen Stellenwert.
So haben wir in der ersten Jahreshälfte 1997 eine umfassende Stellungnahme zum Landesaktionsprogramm „Mit gleichen Chancen leben", der den bisherigen Landesbehindertenplan ablösen soll, erarbeitet.
Basierend auf den Ergebnissen des Kongresses „Mittendrin" (Behinderte Frauen und Mädchen in der Arbeitswelt) haben wir einen umfangreichen Forderungskatalog entwickelt, den wir nun versuchen umzusetzen. Dabei stehen Fragen zum Thema „Arbeit" eindeutig im Vordergrund. Auch deswegen arbeiten wir eng mit dem Landesarbeitsamt NRW zusammen; die Belange von Frauen und Mädchen mit Behinderungen sind in Fortbildungsseminaren der Gleichstellungsbeauftragten aller Arbeitsämter auf Landesebene thematisiert worden.
Positiv zu werten ist auch der kontinuierliche Informationsaustausch mit den Regierungsparteien des NRW-Landtags (SPD, Bündnis 90 / Die Grünen), lediglich die CDU müßte sich noch unserer Probleme annehmen. Jedenfalls ist unsere Meinung auf landespolitischer Ebene gefragt. Mit verschiedenen Projekten haben wir in der Vergangenheit erreichen können, daß Frauen und Mädchen mit Behinderungen die Schwellenangst überwunden haben,

sich in der Öffentlichkeit zu bewegen, dazu zählen vor allem Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskurse.
Zur Zeit arbeiten wir daran, eine kommunale Vernetzung zu erreichen, das heißt, Arbeitsgruppen vor Ort einzurichten. Dies soll in enger Zusammenarbeit mit den Gleichstellungsbeauftragten und den in der LAG organisierten Frauen geschehen. Wir gehen davon aus, daß wir auf diesem Wege weitere Multiplikatorinnen für das Netzwerk gewinnen können. Zukünftig wollen wir versuchen, mit der Netzwerkarbeit folgende Zielgruppen (besser) zu erreichen:

- Mädchen
- Frauen und Mädchen in Einrichtungen
- geistig behinderte Frauen und Mädchen
- Frauen und Mädchen im ländlichen Raum
- ausländische Frauen und Mädchen

Inhaltliche Schwerpunkte im Jahr 1998 werden unter anderem die Auseinandersetzung mit den Themen „Beratung" und „Berufliche Rehabilitation" sein. Daneben hoffen wir, wieder interessante Projekte (z.B. Studie zur Telearbeit, Berufsfindung für behinderte Mädchen) begleiten bzw. durchführen zu können.

BEATE HOLSTEIN
(Sprecherin des Netzwerks), Münster

Vernetzungs- und Koordinationsbüro mixed pickles

Verein für Mädchen und Frauen mit und ohne Behinderungen in Schleswig-Holstein e.V.

(Kurzdarstellung)
„Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden" - so sagt es seit drei Jahren das Grundgesetz Artikel 3 Absatz 3. Der Artikel meint auch Mädchen und Frauen „mit".
Wir wollen aber mehr als nur mitgemeint sein!
Wir wollen:

- uns aussuchen, wo und wie wir wohnen
- bestimmen, wer uns wann und wie assistiert
- über unseren Körper selbst bestimmen
- uns aussuchen, welchen Beruf wir lernen und ausüben
- unsere Freizeit selber gestalten
- über unser Leben selbst entscheiden
- unsere Schule selber aussuchen

Da wir wissen, daß dem vieles entgegensteht, hat sich vor zwei Jahren der Verein mixed pickles für Mädchen und Frauen mit und ohne Behinderungen gegründet und ein dreijähriges Modellprojekt entwickelt. So gibt es seit Mai 1997 das schleswig-holsteinische Vernetzungs- und Koordinationsbüro in Lübeck.
Wir orientieren uns an dem Selbstbestimmt-Leben-Gedanken und unsere Arbeit basiert auf einem feministischen, parteilichen und ganzheitlichen Ansatz.
Wir wenden uns an alle Mädchen und Frauen mit und ohne Behinderungen.
Unser Modellprojekt setzt sich aus unterschiedlichen Bausteinen zusammen, für die wir drei Mitarbeiterinnen eingestellt haben. Eine von ihnen ist selber behindert.

Wir bieten:

- Beratung zur eigenen Lebenssituation
- offene Treffs
- Selbsthilfegruppen
- Öffentlichkeitsarbeit
- Möglichkeiten der politischen Teilhabe
- Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen
- Vernetzung
- Mädchenarbeit

FORT- UND WEITERBILDUNGEN

Entsprechend unseres Arbeitsansatzes geht es uns um die Auseinandersetzung mit dem eigenen und dem gesellschaftlichen Verhältnis zu Normalität, Weiblichkeit und Behinderung. Wichtig ist uns dabei ebenso die Entwicklung „gemeinsamer" Handlungsperspektiven.
Wir entwickeln und führen Fortbildungen durch für

- Frauen mit Behinderungen
- Mitarbeiterinnen in Frauenprojekten
- Mitarbeiterinnen in der Behindertenhilfe

Inhalte der Fortbildungen werden u.a. sein:

- Selbstbestimmte Wohn- und Lebensformen
- Liebe, FreundInnenschaft, Sexualität
- Sensibilisierung für die Lebenswirklichkeiten von Frauen mit Behinderungen
- sexualisierte Gewalt gegen Mädchen und Frauen mit Behinderungen

Wir arbeiten mit den Methoden des ganzheitlichen Lernens, d.h. eine Verbindung von kognitiven, assoziativ-intuitiven, kreativen und körperlich erfahrbaren Methoden.

Außerdem führen wir Fortbildungen und Vorträge auf Anfrage durch und helfen gerne bei der Suche nach Referentinnen.

MÄDCHENARBEIT BEI MIXED PICKLES E.V.

Durch Freizeit- und Bildungsangebote sollen Berührungsängste abgebaut, Toleranz, Respekt und Anerkennung von Differenzen erlernt werden. Im Vordergrund steht der Spaß an dem Treffen von gleichaltrigen Mädchen und das Entdecken neuer Talente und Fähigkeiten.
Die Mädchenarbeit setzt sich aus vier unterschiedlichen Bereichen zusammen:

- mobile Arbeit meint, dort tätig zu werden, wo Mädchen mit Behinderungen sich aufhalten: in Einrichtungen der Behindertenhilfe, in Schulen und in Kindergärten
- Mädchengruppen und offene Treffs für Mädchen mit und ohne Behinderungen in unseren Räumen
- Seminarangebote für Mädchen mit Behinderungen zu unterschiedlichen Themen in unseren Räumen und o.g. Einrichtungen
- Fortbildungs- und Unterstützungsangebote für Multiplikatorinnen in der Mädchenarbeit

Mit diesen Angeboten sollen Mädchenarbeiterinnen für die spezifische Lebenssituation von Mädchen mit Behinderungen sensibilisiert werden.
Auch hier führen wir gerne Veranstaltungen auf Anfrage in Ihren Räumen durch.

Mädchen und Frauen, die ein Beratungsgespräch mit uns vereinbaren möchten, können sich während dieser Zeit an uns wenden. Alle Mitarbeiterinnen unterliegen der Schweigepflicht.
Außerhalb dieser Zeiten läuft unser Band, wir rufen gerne zurück.

Das Team:
Kathrin Ziese, Mädchenarbeit
Bettina Durt, Fortbildungen
Juliane von der Erden, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit

Wir arbeiten unabhängig und eigenverantwortlich und werden finanziell vom schleswig-holsteinischen Ministerium für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau gefördert.
Unser Verein ist als gemeinnützig anerkannt.

... Und ein paar zusätzliche Informationen

Unsere Organisationsform entwickelt sich noch, da wir Anfang Mai sozusagen in leere Räume gezogen sind. Für dieses Jahr hat das Land uns drei halbe Stellen bewilligt im Rahmen eines Modellprojekts, das eigentlich auf drei Jahre angelegt ist, wegen der angespannten Haushaltssituation aber nur pro Haushaltsjahr bewilligt wird.
Anfang Mai habe ich als Mitarbeiterin für die Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit begonnen, die beiden anderen Mitarbeiterinnen arbeiten ab Mitte Juli für die Bereiche Entwicklung und Durchführung von Fortbildungen und Mädchenarbeit.
Im Unterschied zu andern Projekten arbeiten wir mit und für Frauen und Mädchen mit und ohne Behinderungen. Damit haben wir einen relativ guten Einfluß auf der politischen Ebene, setzen uns aber bei der MultiplikatorInnenarbeit und der „Basisarbeit" mit behinderten Frauen ein bißchen zwischen alle Stühle, wie ich schon erfahren durfte. Bisher sind wir die einzige „offiziellere" Interessenvertretung von Mädchen und Frauen mit Behinderungen in Schleswig-Holstein. Die Zusammenarbeit gestaltet sich manchmal schon etwas schwierig, aber wir achten darauf, daß die nichtbehinderten Frauen nicht einfach die Regie übernehmen und über uns hinweg entscheiden.
Bei der Besetzung unserer Stellen ist es uns leider nicht gelungen, alle Stellen mit Frauen mit Behinderungen zu besetzen. Ich selber bin behindert, die Mitarbeiterin für Fortbildungen ist es nicht und die Mitarbeiterin für Mädchenarbeit hat während ihrer Kindheit und Jugend als Folge eines Unfalls lange Jahre im Rollstuhl gesessen.
Für nächstes Jahr haben wir noch bei der EU Gelder beantragt. Falls die bewilligt werden, werden wir noch zwei Stellen einrichten für die Eröffnung des sogenannten ersten Arbeitsmarktes für Frauen mit Behinderungen, und die Stellen mit eben solchen zu besetzen, so daß dann das Verhältnis im Koordinationsbüro ganz gut sein wird.
Bei den Mitarbeiterinnen aus Frauen- und Mädchenprojekten laufen wir mit unseren Anliegen sozusagen offene Türen ein, und ich nehme an, daß wir bald aus dem Stadium „Wir wollen ja, aber wie?" raus sein werden.
Bei den Verbänden, Wohnheimen und WfBs sind die Türen nicht ganz so weit offen, und ich bemühe mich, deutlich zu machen, daß „die Behinderten auch Frauen und Mädchen und Männer und Jungen sind, mit je eigenen Vorstellungen, Wünschen und Problemen. Hier kristallisieren sich zur Zeit einige Schwerpunkte heraus, zu denen wir Fortbildungen konzipieren werden, nämlich sexualisierte Gewalt, gleicher Lohn für Frauen und Männer auch in WfBs und das Recht, selber zu bestimmen, wie eine Frau wohnen / leben möchte, auch in männerfreien Räumen.
Im Mädchenbereich wird es in der ersten Zeit vorrangig darum gehen, herauszufinden, warum die Angebote, die bestehende Mädchentreffs etc. bisher für Mädchen mit Behinderungen machen, so wenig erfolgreich sind und wie frau da von der gängigen Komm-Struktur wegkommt.
Tja, welche Perspektiven sehen wir für unsere Arbeit? Bei allen Gesprächen, die ich bisher hatte wurde ein großes Interesse nach Unterstützung durch den Verein und das Koordinationsbüro deutlich. Es wissen weitaus mehr Leute von uns und fragen uns an, als ich bisher kontakten konnte, was natürlich auch an der Arbeit liegt, die der Verein in den letzten beiden Jahren geleistet hat. Wir werden diese Öffentlichkeit natürlich nutzen und weiter ausbauen und gehen davon aus, daß das Land Schleswig-Holstein seine Förderung dann nicht einfach einstellen wird.

MIXED PICKLES E.V.
Vernetzungs- u. Koordinationsbüro
Kanalstr. 70
23552 Lübeck
Tel.: 0451 / 70 21 640, Fax: 74829



In Planung:

Beratungs- und Koordinationsstelle für behinderte Frauen in Rheinland-Pfalz

In den letzten Jahren wurden wir von behinderten Frauen, die das ZsL Mainz aufgesucht hatten, vielfach dazu aufgefordert, ein spezielles Angebot für behinderte Frauen aufzubauen, bei dem sowohl das Prinzip des Peer Counseling (behinderte Frauen unterstützen behinderte Frauen), als auch der emanzipatorische Anspruch der Selbstbestimmt-Leben-Idee auf die Selbstbestimmungsrechte behinderter Frauen angewandt werden sollten. Angeregt durch diese konkreten Nachfragen haben wir uns entschlossen, Ideen für ein spezielles Frauenangebot zusammenzutragen und nach Umsetzungsmöglichkeiten zu suchen. Von Anfang an sind wir bei unseren Überlegungen davon ausgegangen, daß es im Sinne sowohl der Lebensbedingungen aller behinderten Frauen, als auch im Sinne der Situation der einzelnen behinderten Frau erforderlich ist, das Angebot zweigleisig zu gestalten. In der Angebotspalette soll nicht nur der Bedarf nach persönlicher Stabilität und Unterstützung durch Beratungs- und Gruppenangebote (Lebensberatung) berücksichtigt werden. Wir wollen auch die Bemühungen unterstützen, die behinderte Frauen als Gesamtheit aufbringen, um ihre Situation in der Öffentlichkeit darzustellen und sich selber für die Verbesserung ihrer eigenen Lebenslage einsetzen. Aus diesem Grund haben wir uns entschieden, neben der konkreten Beratungs- und Unterstützungsarbeit am Einzelfall auch Aktivitäten in Richtung Koordination, Aufbau neuer Initiativen und Öffentlichkeitsarbeit zu entfalten. Gerade in Rheinland-Pfalz ist die Zahl organisierter behinderter Frauen sehr gering. Auch eine Anlaufstelle, in der behinderte Frauen Beratung und Austausch unter ihresgleichen erfahren können, ist nicht vorhanden.

Zur Finanzierung des Modellprojektes haben wir für 1998 und 1999 Anträge beim Land und der Stadt Mainz gestellt. Während es auf Landesebene bereits Zusagen gibt, laufen die Verhandlungen in den städtischen Gremien noch... Anfang - evtl. Mitte - nächsten Jahres könnte es also losgehen! Wünscht uns Glück!!

Ulrike Jährig und Jutta Harbusch

ZsL Mainz Am Zollhafen 8, 55118 Mainz, Tel.: 06131 / 61 86 71, Fax: 06131 / 61 86 72

Lebendiger leben!

Verein zur Förderung des selbstbestimmten Lebens behinderter Frauen und Mädchen in Sachsen



Am 10.10.97 wurde in Dresden der Verein „Lebendiger leben! Verein zur Förderung des selbstbestimmten Lebens behinderter Frauen und Mädchen in Sachsen" gegründet, welcher der Anfang eines „Sächsischen Netzwerkes behinderter Frauen" ist.

Begonnen hat die Arbeit in Dresden mit einer ABM-Stelle 1994/95 bei der städtischen Gleichstellungsstelle. Dort hatte frau entdeckt, daß keines (!) der Dresdner Frauenprojekte barrierefrei ist und „natürlich" auch nur ein ganz geringer Teil öffentlicher Gebäude. Eine Frau hat ein Jahr lang geforscht und festgestellt, daß behinderte Frauen in Dresden weder in der Frauenszene noch bei den Vereinen der LAGH vorkommen und daß ihre Probleme nirgendwo gehört werden, ihr Engagement nirgendwo gewollt ist und sie häufig falsch, gar nicht oder nicht frauenspezifisch beraten werden. Aus dieser einjährigen Arbeit erwuchs im April 1995 eine Tagung im Rathaus, bei der fast 200 Frauen anwesend waren. Das Rathaus bekam zu diesem Zwecke - völlig überstürzt und im Haushaltplan nicht vorgesehen - eine schräge Ebene und eine (!) berollbare Toilette.

Ebenfalls nicht vorgesehen war, daß die anwesenden behinderten Frauen am Ende des Tages, der Vorträge und der Gruppenarbeiten abstimmten, daß sie eine eigene Beratungsstelle, geleitet von Beraterinnen mit einem frauenparteilichen Ansatz wollen. Nach neuen Kämpfen zwischen Gleichstellungsstelle, Stadtverwaltung und Arbeitsamt (wer will schon Revolutionärinnen bezahlen?) gab es ab 1.12.96 drei ABM-Stellen und zwei Räume im ausgewohnten Altersheim. Für viele Frauen, die uns besuchten; war das ein Platz ohne

„Schwellen", besser als es das Rathaus hätte sein können. Zwei der Stellen wurden mit behinderten Frauen besetzt, nur als Leiterin bewarb sich keine. Typisch, oder? Ich hoffe nicht, obwohl ich in Sachsen keine behinderte Frau in einer (und sei es noch so kleinen) Leitungsstelle kenne. Wir sind somit eine (Stand: Oktober 97) gemischte Gruppe, aber wenn ihr diese Zeitung lest vielleicht schon nicht mehr, denn am 30.11.97 ist freilich Schluß mit der ABM. Damit aber Schluß nicht Ende heißt, jetzt wo uns endlich viele Frauen kennen, haben wir den Verein gegründet. Noch sind wir die sieben Pflichtfrauen, aber wir haben heftig und sachsenweit geworben und hoffen auf viele Interessentinnen. Schon klingelt das Telefon häufiger und aktive Frauen mit Lust auf Mitarbeit rufen uns an. Das macht uns Hoffnung, daß die Arbeit wächst und immer mehr Frauen sich auf sich selbst und ihre Bedürfnisse besinnen. Aus Oberwesel, von der Gründungsveranstaltung des Bundesnetzwerkes, brachten wir uns das Motto „stark, mutig und schön" mit. Das versuchen wir - da wir es selbst so toll finden - vielen Frauen nahezubringen und sie zu ermutigen, ihre eigene Stärke zu leben und an sich zu glauben.

Falls uns jemand ab Dezember anruft und uns antrifft, täglich 8 - 16 Uhr, dann ist unsere ABM verlängert worden. Falls keiner ans Telefon geht, dann halten wir die Sprechstunde an den meisten Dienstagen ehrenamtlich als Verein aufrecht oder sind per Fax erreichbar (beides 0351/ 49 69 339). Dann packen wir es 1999 über zehn von den tausend möglichen Geldgebern, die wir mit Anträgen bedacht oder unserer Arbeit gewogen gemacht haben. Der Verein will natürlich mehr als die Beratungsstelle in Dresden zu betreiben, es gibt schon verschiedene Kontakte zu aufgeschlossenen Menschen in kleinen Städten und zu einzelnen behinderten Frauen „auf dem Land". An den Ideen über das Wie wird noch gebrütet.

Habe ich schon geschrieben was wir machen, außer, daß wir die Hoffnung aufrecht halten? Falls nicht: vorwiegend Einzelberatung (Sozialrecht, Frauenpolitik sowie in persönlichen Schwierigkeiten und Lebenskrisen), Hausbesuche bei Frauen die nicht aus ihren Wohnungen kommen, monatliche thematische Veranstaltungen, Kontakte pflegen, Finanzaquise und vieles mehr. Neue Arbeitsbereiche zeichnen sich ab in der Elternarbeit (behinderte Mütter mit Kind/ern). Aber wir sind offen, ständig neue Diskriminierungen zu entdecken und zu bekämpfen.

Bleibt stark und werdet stärker!

Angelika Weirauch, Dresden



Bundesnetzwerk behinderter Frauen:

Zwischen Frauenunion und Lesbennetzwerk

Wenige Tage nach meiner Rückkehr aus Oberwesel, wo beschlossen wurde, dem bisher eher nur auch dem Papier bestehenden Bundesnetzwerk eine „ordnende" Struktur und Richtung zu geben, finde ich in meiner Post eine Einladung der (CDU-) Frauenunion zu einer Tagung zum Thema behinderte Frauen. Die angekündigten Referentinnen sind vom „Netzwerk behinderter Frauen". Ich bin irritiert. Handelt es sich um das Bundesnetzwerk? Warum war die Teilnahme oder Mitveranstaltung dieser Tagung in Oberwesel kein Thema?

Wenige Tage später erreicht mich eine Zuschrift von Jutta Harbusch, in der es um die Namensgebung des Netzwerkes geht: In Oberwesel war es höchst strittig, ob „Lesben" offiziell und explizit mit in den Titel aufgenommen werden - nicht nur eine Frage des Selbstverständnisses, sondern auch der Schwerpunktsetzung und der Verständigung und des Umgangs mit Gemeinsamkeiten und Unterschiedlichkeiten.

Noch ist völlig unklar in welche Richtung sich das Bundesnetzwerk sich entwickeln wird:

Zum allgemeinen (politisch diffusen?) Lobby-Organ für die Belange behinderter Frauen oder zur profilierten Interessenvertretung, deren Positionen durch kontroverse Diskussion entwickelt werden und deren Erscheinungsbild nach außen durchaus nicht zwanghaft pflegeleicht sein muß.

Im diesen Sinne wünsche ich mir eine spannende Diskussion um die weitere Netzwerkentwicklung!

Ulrike Lux



Bundesnetzwerk für behinderte Frauen, Lesben und Mädchen

Im August 1996 wurde am Rande der Europäischen Frauentagung in München zum Selbstbestimmten Leben behinderter Frauen in Europa ein Bundesnetzwerk behinderter Frauen ins Leben gerufen. Dieses Netzwerk existierte seitdem als loser Zusammenschluß, die Koordination wurde als Übergangslösung vom Hessischen Koordinationsbüro mit übernommen. Im August diesen Jahres entschlossen sich auf einer Tagung des bifos rund 40 Frauen mit Behinderung, dem Bundesnetzwerk eine Vereinsstruktur zu geben. Sowohl an Satzung, als auch an einzelnen Arbeitsbereichen sowie am zukünftigen (peppigen) Namen wird zur Zeit noch eifrig gedacht und gearbeitet. Bis zur endgültigen Vereinsgründung vertreten vier Sprecherinnen das Bundesnetzwerk nach außen. Für einen ersten Rundbrief werden bereits die Informationen der bestehenden Netzwerke oder anderer Zusammenhänge behinderter Frauen gesammelt. (Falls Ihr also relevante Infos habt ...)

Übergeordnetes Ziel ist es, Strukturen zu schaffen, die behinderte Frauen und Mädchen bei der Führung eines selbstbestimmten Lebens und der Vertretung ihrer Interessen unterstützen. Diese Unterstützung wird vorrangig von Betroffenen für Betroffene erfolgen.

Als Hauptaufgaben des Bundesnetzwerks wurden bereits formuliert:

- Enge Zusammenarbeit mit den bereits bestehenden Landesnetzwerken behinderter Frauen und Mädchen, und dem bundesweiten Krüppel-Lesben-Netzwerk.
- Koordination der verschiedenen landesweiten Aktivitäten und entsprechende Sammlung und Verbreitung von Information.
- Interessenvertretung behinderter Frauen und Mädchen auf politischer Ebene. Das heißt auch Ausarbeitung und Vortrag von Forderungen und Einsatz für eine entsprechende Umsetzung.

Die Kontaktadresse für Anfragen und Informationen ist bis auf weiteres:

Bundesnetzwerk, c/o IsL, Jordanstr. 5, 34117 Kassel, Fax: 0561/72 885-44

Sprechzeit ist nur Mittwochs, 17.00-19.00 Uhr unter der Telefonnummer 0561/72 885-47

Bundesnetzwerk-Tagung in Oberwesel

Nachlese I: Statements der Teilnehmerinnen

Zwar nicht mehr so ganz brandneu, aber angesichts der Diskussion um die Entwicklung des Bundesnetzwerkes durchaus hochaktuell sind die Statements einiger Teilnehmerinnen, die im August in Oberwesel „eingefangen" wurden.

Petra Stahr, Netzwerk Nordrhein-Westfalen:
Das Netzwerk NRW ist sicherlich sehr glücklich darüber, wenn sich ein Bundesnetzwerk gründet. Die Vereinheitlichung der politischen Ziele und die Vereinheitlichung der Landesnetzwerke ist schon ein Stück anzustreben, daß wir uns ähnliche Ziele nehmen und so als Bewegung auch mehr Position und Schlagkraft zu gewinnen. Das NRW-Netzwerk ist ja führend, was die Finanzierung angeht. Wir sind sehr gut ausgestattet und das ist natürlich für alle Netzwerke landesweit wünschenswert zu erreichen. Für das Bundesnetzwerk natürlich auch, das heißt das Bundesnetzwerk muß gefördert werden, um die bundesweite Arbeit von Frauen und Mädchen für Frauen und Mädchen mit Behinderungen auch leisten zu können. Es ist nötig, daß wir in bundesweiten Organisationsformen der Behindertenselbsthilfe vertreten sind, so wie z.B. des Behindertenrates so wie natürlich auch den bundesweiten Projekten. Von daher unterstützen wir das natürlich völlig und wir sehen zu, daß wir da dem Bundesnetzwerk zuarbeiten können.

Ute Lindauer, VdK Berlin-Brandenburg:
Ich bin ehrenamtlich im Vdk Deutschland tätig. Meine Beweggründe, hierher zu kommen, waren, mal zu sehen, was spezifisch die Arbeit behinderter Frauen betrifft, hier auf politischer, aber auch der Vernetzungsebene geplant ist, weil das eine Sache ist, die bisher meiner Meinung nach viel zu wenig bedacht wird und auch viel zu wenig mit Nachdruck betrieben wird: spezifische Frauen/Behinderten - Probleme in die Öffentlichkeit zu bringen, dort zu diskutieren und darauf aufmerksam zu machen.
Gut, in meinem Verband gibt es natürlich Frauenarbeit, die sich aber nicht mit behinderten-spezifischen Themen befaßt, sondern mit den Themen, die das Frauen-Klientel des Vdk betrifft und das sind aus der Geschichte heraus hauptsächlich immer noch Hinterbliebene oder Rentnerinnen und da werden hauptsächlich diese Probleme bearbeitet, und weniger Probleme, die Behinderte Frauen betreffen. Und deswegen denke ich, ist es auch für unseren Verband sehr wichtig, ein starkes Netzwerk auf dieser Ebene zu haben.
Ich komme sicher aus einem Verband, wo diese spezifische Frauenarbeit nicht geleistet wird und wo ich auch nicht die Möglichkeit sehe, mich als behinderte Frau, die im Berufsleben steht und, glaube ich, mit ganz vielen dieser Probleme behaftet ist und täglich konfrontiert wird, dort - auch ohne mich kaputt zu machen - einbringen kann Deswegen ist es für mich auch ganz wichtig zu wissen, daß es ein Bundesnetzwerk gibt, daß es da kompetente Leute gibt. Zum anderen finde ich die Frauen, die ich hier treffe, durchaus nicht anders als ich selber bin, mit den selben Zielen, Vorstellungen und Wünschen. Die haben vielleicht ein bißchen oder um einiges mehr Erfahrungen in der praktischen Arbeit auf dieser Ebene als ich selber, aber ich sehe da keinen Unterschied."



Theresia Degener, BAG behinderter Juristinnen:
Ich bin hierher gekommen, weil es das erste Treffen war, wo ich den Emil mitnehmen konnte und gesagt habe, jetzt muß ich mal aus meiner Lethargie als Mutter wieder raus und mal wieder ein bißchen politisch tätig werden. Wollte hier überhaupt nichts machen sondern nur zuhören. Jetzt hat mich aber doch der Enthusiasmus gepackt und ich finde es toll, daß so viele neue Frauen da sind. Ich bin ja eine von den älteren Häsinnen aus der Bewegung und kenne viele gar nicht. Ich bin total erstaunt, wie viele Frauen wieder mobilisiert werden konnten. Und ich sehe eine ganz gute Zukunft fürs Netzwerk, wenn wir die leidigen Strukturdiskussionen so auf die Reihe kriegen, daß wir uns nicht daran kaputtdiskutieren. Ich glaube, das allerbeste ist, daß wir bereits über Netzwerke verfügen, und die stehen, egal was wir mit dem bundesweiten Netzwerk machen. Wenn wir da das weiterhin schaffen, wirklich in allen Bundesländern solche regionalen Netzwerke als Basis aufzubauen, dann kann ich eigentlich nur rosige Zeiten für so ein bundesweites Netzwerk sehen. Ich würde sagen, die Basisarbeit läuft dann eben auf Landesebene, auf regionaler Ebene, und das ist auch richtig so. Das, was bundesweit an Aktivitäten erforderlich ist, wird sozusagen einfach effektiver zusammengefaßt und im Sinne von Lobbyarbeit. Was Neues habe ich auch gar nicht erwartet. Es ist das, was eigentlich schon seit Jahren erforderlich ist. Schon 1981 haben sie gesagt, wir brauchen ein bundesweites Frauennetz. Nur wir haben immer gedacht, es gibt zu wenig behinderte Frauen. Beim Krüppeltribunal haben vielleicht mitgemacht. Im Frauenbuch haben vielleicht 12 Frauen mitgemacht. Dann ging es immer peu a peu weiter und ich finde den Zuwachs enorm, das wir richtig sagen können, wir haben Adressenverteiler von 1000 Adressen oder so, das finde ich super."
Sexuelle Gewalt, Diskriminierungsdiskussionen, würde ich sagen, sind die wichtigsten Themen für mich. Es wäre auch mein Wunsch, daß Frauen, die sowieso in der Forschung sind sich jedenfalls in Universitäten tummeln oder in Bildungseinrichtungen, daß die sich auch hier treffen und vernetzen und austauschen, sich gegenseitig unterstützen, wie das die Juristinnen machen. Da wird untereinander gekungelt damit. die Frauen vernünftig arbeiten können und unterstützt werden können und den Streß, den sie mit den Männern haben, ertragen können."



Angelika Weirauch, Koordinierungs- und Beratungsstelle für die Anliegen behinderter Frauen, Dresden
Unsere Beratungsstelle gibt es seit dem 01. Dezember 1996. Sie ist zur Zeit angebunden bei der Gleichstellungsstelle der Landeshauptstadt Dresden. Jetzt arbeiten ein ¾ Jahr, haben viele Kontakte geknüpft und versucht, eine gute Basisarbeit aufzubauen, eine gute Beratungsarbeit, andererseits uns in den Ministerien bekannt zu machen, in den Verbänden. Nach all diesen Erfahrungen jetzt sind wir dabei, einen Verein zu gründen und dann nicht nur für Dresden, sondern für ganz Sachsen. Als Perspektive, Stellen in verschiedenen Regionen, weil Sachsen relativ groß ist, also in verschiedenen Städten oder eben auch in Landkreisen oder in Richtung mobile Beratung, das ist noch nicht zu Ende überlegt. Ich bin natürlich mit Strukturfragen hergekommen, weil wir gerade in dieser Vereinsgründungsphase sind und ich hatte mir vorgestellt, daß so ein Verein auch gleich angebunden werden könnte an das Bundesnetzwerk oder so daß wir sozusagen

also gleich mit Sachsenarbeit einsteigen können, wenn wir die passenden Partnerinnen finden, die das für ihre Bundesländer schon gemacht haben.

Susanne Handrick,
IG Arthrogryposis
Ich zwar bin sehr aktiv gewesen für die Interessengemeinschaft Arthrogryposis, das ist eine Selbsthilfegruppe für ein spezielles Krankheitsbild. Und da dieses Krankheitsbild ziemlich selten ist hat sie sich sofort auf Bundesebene gegründet und hat ungefähr mit 100 Leuten nach einem Jahr Informationsarbeit schon begonnen. Wir haben es genau andersherum gemacht, wir haben dann später versucht, im regionalen Bereich Gruppen aufzubauen, was auch ganz gut gelingt. Dort mache ich vorwiegend inhaltliche Arbeit. Ich habe Vorträge erarbeitet und Arbeitsgruppen vorbereitet und auch geleitet. Ansonsten habe ich mehr Erfahrungen in der spezifischen individuellen Beratung von Menschen mit verschiedenen Behinderungen, die ich aus meiner Lebenserfahrung einfach kennengelernt habe."
„Zur Zeit versuche ich, ein wissenschaftliches Projekt ins Leben rufen, wo ich die soziale Situation von Behinderten unter die Lupe nehmen möchte. Für diese Tätigkeit ist natürlich das Hineinwachsen oder der Kontakt zu verschiedensten Behindertenbewegungen ganz wichtig, also um ein genaueres Gefühl dafür zu haben, welche Probleme eigentlich relevant sind. Es ist ja ganz wichtig, daß eine Forschungsarbeit auch Ergebnisse bringt, die sich politisch mal nutzen oder umsetzen lassen."
„Ich bin hier her gekommen, weil ich mich speziell mit den Frauenfragen noch nicht so befaßt habe. Ich habe mich mehr mit Diskriminierung oder auch mit struktureller Gewalt von Behinderten allgemein auseinander gesetzt, sehe aber, daß die Problematik der Frauen doch spezifisch ist und daß die auch verdient, genauer beleuchtet zu werden. Und ich denke, daß ich das hier in der Diskussion lernen kann."

Die Statements wurden gesammelt von Ulrike Lux.



Nachlese II: Bundesnetzwerktreffen - eine punktuelle Nachlese

22. -24. August 1997 - an diesem denkwürdigen Wochenende trafen sich rund 40 Frauen in Oberwesel, um ein bundesweites Netz behinderter Frauen zu spinnen. Zusammengekommen war eine bunte Gruppe, die schön vielfältig war - was sich im Alter der Frauen ausdrückte, von wo sie kamen (Nord/Süd, Ost etwas weniger - / West, Stadt/Land), „Prominente" und „ganz Neue", Frauen mit unterschiedlichsten Behinderungen, politischen und / oder Szenehintergründen ...
Natürlich waren außer heterosexuell lebenden Frauen auch Lesben da (wahrscheinlich auch bisexuelle und Frauen, die keine Sexualität leben, aber das kann ich nur vermuten).
Waren diverse Entscheidungen erstaunlich leicht und schnell gefällt worden, so traten bei der Vor-Diskussion um den Namen des Netzwerkes größere Differenzen auf. Das Problem lag nicht darin, daß der eigentliche „peppige" Name noch nicht gefunden wurde, sondern eher in der Unterzeile: Werden wir uns „Netzwerk behinderter Frauen" nennen oder „Netzwerk behinderter Frauen, Lesben und Mädchen"?? Lesben im Titel, das ging einigen deutlich zu weit ... Das könnte interessierte Frauen (und Männer) abschrecken, uns beizutreten bzw. uns zu unterstützen. Die Einschätzung homophober Ängste bei Heterosexuellen und ihre Einschätzung teile ich, weiß um ihre Existenz. Aber bei der Schlußfolgerung, den Namen „unverfänglich" zu halten, mag ich nicht mitziehen!
Meiner Ansicht nach sind wir hier als behinderte Frauenbewegung an einem ähnlichen Punkt wie es die nichtbehinderte Frauenbewegung vor gut 20 Jahren war. Es geht um Wahrnehmbar-Werden, Gesehen- bzw. Gehört-Werden. Das ist eine höchst politische Frage, und auch die Entscheidung um den Netzwerknamen wird es sein. Jetzt geht es um die Interessen und das Wahrnehmen von Krüppellesben - so wie es bis vor einigen Jahren darum ging, daß *die Behinderten* durchaus auch weiblichen Geschlechts waren, mit eigenen Wünschen, Bedürfnissen und Diskriminierungserfahrungen. Die haben Wir (mit den folgenden „Wir's" meine ich behinderte Frauen allgemein) herausgearbeitet und benannt - auch wenn das welche unsinnig, spalterisch, oder, oder ... fanden und längst nicht allen Krüppelfrauen eigene, frauenspezifische Strukturen und Inhalte wichtig waren (und sind).
Wir gehen / rollen auch in die Norm-Welt und in Urlaub, obwohl es dort Menschen gibt, die sich vor uns erschrecken, ekeln, und die unsere Existenz am liebsten verleugnen würden.
Wir vertreten die Inhalte von *Selbstbestimmt Leben*, stärken uns in unserem Bewußtsein, schön und -anders- fähig zu sein, fordern und entwickeln das Recht auf selbstdefinierte PartnerInnenschaft, und manchmal leben wir sie auch schon ... Stolz und offensiv, ja - aber bitte nicht alle?!
Wenn sich jetzt Frauen zur Lobby für Menschen erklären, die sich möglicherweise vor Lesben erschrecken, ekeln und unsere Existenz verleugnen möchten, hat das vielleicht auch ein bißchen mit ihrer eigenen Einstellung zu lesbisch lebenden Frauen zu tun ... Ich wünsche mir als Lesbe Unterstützung von Euch „Mehrheitsfrauen", so wie ich das Recht auf Heirat für Hetero-Frauen mit sogenannter geistiger Behinderung vertrete, obwohl ich mit der Ehe als Institution nix am Hut habe, und die Mutterschaft, obwohl ich selbst keinen Kinderwunsch habe!
Und wenn ihr -ironisch- fragt, ob Lesben denn keine Frauen seien, kann ich nur antworten: „Doch, meiner Ansicht nach sind alle Lesben Frauen. Aber nicht alle Frauen sind Heteras!" Und den Eindruck muß frau fast immer kriegen, wenn sie etwas zu behinderten Frauen liest, hört oder sieht. Solange Partnerschaft ausschließlich beschrieben wird als eheliche (oder nichteheliche) Gemeinschaft mit einem Mann, und bei den sogenannt alleinstehenden Frauen nur davon ausgegangen wird, daß sie keinen Mann haben (vielleicht „haben" sie ja eine Frau!) - um nur zwei Beispiele zu nennen - solange finde ich es sehr not-wendig, daß Lesben ausdrücklich benannt werden. Später können wir ja neu diskutieren ...

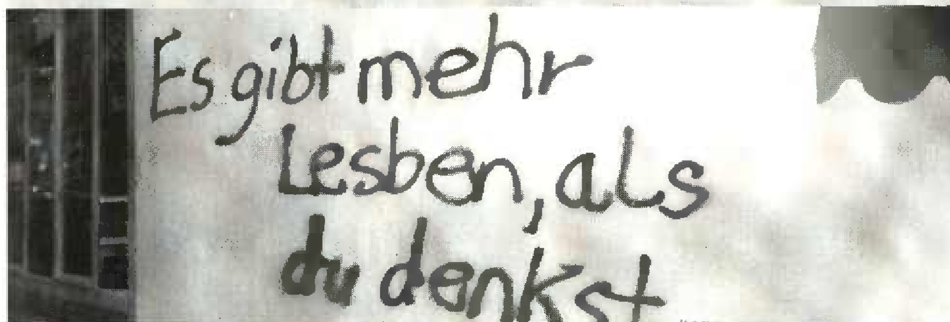
JUTTA HARBUSCH

Krüppel-Lesben-Netzwerk

Krüppel-Lesben erscheinen als Randfiguren, sowohl in der Krüppel-Szene als Lesben als auch in der Lesben-Szene als Krüppel-Frauen. Wir haben ein Netzwerk im deutschsprachigen Raum aufgebaut, um die Kontakt- und Austauschmöglichkeiten zwischen uns Frauen, die wir aus den Normen fallen, zu verbessern. Weitere Ziele sind, sich vor großen Lesbenveranstaltungen miteinander in Kontakt setzen zu können, im Vorfeld Forderungen zu stellen, Bedingungen, unter denen Krüppel-Lesben teilnehmen, zu verbessern oder erst zu schaffen und als Krüppel-Lesben wahrgenommen und mitgedacht zu werden. Außerdem können Anfragen nach Referentinnen und Künstlerinnen für Vorträge, Workshops, Ausstellungen und andere Veranstaltungen ans die Netzwerkadresse gerichtet werden. Ganz viele weitere Krüppel-Lesben oder Lesben mit „Behinderungen", die wir noch nicht erreicht haben, sind im Netzwerk herzlichst willkommen! Bitte angeben, ob die Adresse auf der Krüppel-Lesben-Adressenliste, die wir an alle Netzwerklesben schicken, mit einem Sternchen versehen sein soll (ein Sternchen bedeutet, daß die Adresse nicht ohne Nachfrage an andere weitergegeben werden soll). Da 10% aller Frauen „behindert" sind, wäre es wichtig, daß alle Frauen- und Lesben-Organisationen sich mit dem Thema auseinandersetzen und dadurch u. a. auch für Frauen und Lesben mit allen Arten von „Behinderungen" offen werden.

Krüppel-Lesben-Netzwerk
c/o Frauenbuchladen Amazonas
Schmidtstr. 12
44793 Bochum
Tel. / Fax. 0234/683194

(Dieser Text ist nur von Kassandra Ruhm)





Normalität *oder* Was für mich Krüppel-Lesbe zu sein bedeutet

- Zur Lesben-Szene gehören zu wollen (oder zumindest die Möglichkeit dazu haben zu wollen) und es nicht zu können. Zumindest dann nicht, wenn ich nicht reibungslos unter den auf „Nichtbehinderte" zugeschnittenen Bedingungen mitlaufen kann. Ich sehe mich, ähnlich wie auch in anderen „nichtbehinderten" Szenen, vor der Entscheidung, entweder meine „Behinderung" zu negieren oder ständig kämpfen zu müssen.
- In den Krüppel- und „Behinderten"-Zusammenhängen hingegen finde ich zumeist eine an Männern orientierte und männlich dominierte Szene vor, in der Heterosexualität die unhinterfragte Norm ist. Eine Norm, aus der ich und meine Lebenskonzepte herausfallen. Lesbisch sein ist für mich nicht nur, mit wem ich ins Bett gehe - was leicht stillschweigend hingenommen werden kann und auch keine/n was angeht . Lesbisch sein ist für mich etwas, was mit vielen Bereichen meines Lebens zu tun hat.
- Ich möchte nicht so lange automatisch für heterosexuell gehalten werden, wie ich mich nicht offensiv als Lesbe oute . (Natürlich würde ich auch nicht wollen, daß alle hetero- oder bisexuellen Frauen und Männer immer fraglos als Lesben und Schwule eingeschätzt werden.)
- „Normal" sein wollte ich nie, doch jetzt vermisse ich manchmal, nicht zur „Normalität" gehören zu können. Ich wünsche mir, daß, wenn ich auffalle, es nicht deshalb ist, weil ich Krüppel, Frau oder Lesbe bin. Daß meine Persönlichkeit gesehen wird und nicht in erster Linie diese zumeist negativ bewerteten „Normabweichungen".

KASSANDRA RUHM, BOCHUM

Meine Wohnung ist eine Lesbenwohnung

Meine Wohnung ist eine Lesbenwohnung .
Bilder von Frauen an den Wänden
Eine Postkarte mit einer nackten Frau im
Rollstuhl verschönert meine Küche,
in der ich schon mit so vielen
Frauen und Lesben gemeinsam
gekocht und gesessen habe

Durch meine Boxen singen meist Frauenstimmen
Da liegt ein Heft mit Noten
von feministischen Lesbenliedern
In meinem Herzen auch so viele
Verletzungen durch Lesben

Manchmal schwingt durch mich und meine Räume
mein Verwunderung über meine
Mangelgefühle nach politischer, leidenschaftlicher Diskussion,
Kreativität fern von Normen
und angstlos liebevoller Wärme

Auf den Sofa liegt ein geliehener Pulli
Ich habe eine rauhen Hals vom Zigarettenrauch
und eben viel gelacht
trotz meiner Angst

Die brennende Kerze auf dem Tisch
habe ich mit meinen Streichhölzern aus
dem Frauencafe angezündet
Daneben seit gestern die
für mich hinterlegte Kassette
mit Aufnahmen von schmerzhaft ausgrenzenden
Diskussionen von Lesben
über Ausgrenzung von Krüppel-Lesben
und schwarzen Lesben
Die Frau auf dem Bild, das
ich malte, schreit, schreit

Bücher von schwarzen und von weißen
Lesben, reihum ausgeliehen,
stehen neben meinem Bett,
Bücher mit Kitsch, Analyse und Schmerz
Gleich lege ich mich schlafen
mein Gedanken bei so verschiedenen
Frauen ... und hier

Ich habe einen rauhen Hals vom Zigarettenrauch
und eben viel gelacht
trotz meiner Angst

Kassandra Ruhm, Bochum, 6.11.94



Behinderte Frauen in der Forschung

Spätestens seit dem Kongreß: „Geschlechterdifferenz in der Sonderpädagogik" der im April diesen Jahres in Hamburg stattfand, ist es klar, es gibt sie, die Forschungsprojekte über behinderte Frauen. Doch wie sehen diese konkret aus, werden behinderte Frauen nur wieder Objekte der Forschung, oder sind sie Teil des Forschungsprojekts? Wir haben einige Wissenschaftlerinnen gebeten, ihre Forschungsprojekte darzustellen. Der Bericht einer behinderten Frau, die seit mehreren Jahren an der Universität und der frauenspezifischen Behindertenforschung tätig ist, wird in der nächsten Nummer der randschau abgedruckt.

Forschung mit und über Frauen mit Behinderungen - ein ziemlich weißer Fleck in der Wissenschaft

Was gibt es denn an Forschungsergebnissen über die Lebenssituation von Frauen mit Behinderungen?

Zur Situation von Frauen mit Behinderung liegen im deutschsprachigen Raum nur wenige Untersuchungen vor, zumeist nur Studien mit kleinen Fallzahlen. Sowohl in der Gesundheits- als auch in der Frauenforschung wurden Frauen mit Behinderung bislang nicht beachtet. Die Forschungsarbeiten zum Thema Behinderung wurden geschlechtsneutral abgehandelt, die Forschungsinteressen und Fragestellungen an der „männlichen Erwerbsbiographie" ausgerichtet. Es gibt keine Daten zu Ausbildung, beruflicher Einbindung und finanzieller Absicherung von Frauen mit Behinderung. Der Bereich der familiären Lebensführung blieb gänzlich ausgespart. Daten zu Hausarbeit, Kinderwunsch und Kinderversorgung, Partnerschaft und Sexualität wurden nicht erhoben. Die auch für Frauen mit Behinderung charakteristische Verschränkung des familiären und beruflichen Lebensbereichs wurde im Forschungszusammenhang nicht abgebildet.



Aus autobiographischen Einzelberichten und Interviewstudien mit kleiner Fallzahl ist bekannt, daß Frauen mit Behinderung sich oft zweifach diskriminiert fühlen: als Behinderte und als Frauen. Sie erleben oft, daß sie der Rolle als Mutter, Ehefrau, Hausfrau, Pflegende von Angehörigen, Sexualpartnerin etc. genügen können. Sie berichten von diskriminierenden Erfahrungen beim geäußerten Kinderwunsch und grundlosen humangenetischen Beratungen und Sterilisationsempfehlungen sowie abgesprochener Sexualität. Die besonderen Belastungen und sozialen Behinderungen in diesen Bereichen und Themen wie sexuelle Übergriffe und Gewalt, lesbische Identität von Frauen mit Behinderung, etc. werden in der Öffentlichkeit nicht zur Kenntnis genommen.
Zur Häufigkeit und Verbreitung dieser berichteten Erfahrungen liegen bislang jedoch für die BRD noch keine repräsentativen Zahlen vor. Dies soll sich nun ändern!

Ein neues von der Bundesregierung gefördertes Forschungsprojekt:

Vor allem auf die Initiativen von Frauen mit Behinderungen hin wurde nun mit einer umfangreichen, vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanzierten Studie auf dieses Forschungsdefizit reagiert.
Die von der Freiburger Frauenforschungsgruppe SOFFI K. geplante Studie möchte in drei Schritten Informationen gewinnen und die besondere Lebenssituation von Frauen mit Behinderung sichtbar machen:
Durch die Vernetzung einer bundesweiten schriftlichen Befragung von körper- und sinnesbehinderten Frauen (5000 Frauen wurden ausgewählt), einer qualitativen vertiefenden Befragung mit 60 biographischen Interviews und einer Befragung von Betroffeneninitiativen und PolitikvertreterInnen sollen Aussagen zu folgenden Punkten gemacht werden: Verdeutlichung der Größenordnung der Problematik, Erfassung der Vielschichtigkeit und Komplexität der Lebenssituation der einzelnen Frauen, sowie die Erfassung von Möglichkeiten und Schwierigkeiten der politischen Interessendurchsetzung.



Sind nun Frauen mit Behinderungen wieder einmal Objekt der Interessen anderer?

Um dies auszuschließen wird in der vorgestellten Studie besonderer Wert auf die Zusammenarbeit mit betroffenen Frauen gelegt, damit deren Interessen sowohl in der Entwicklung der Instrumente, bei der Datenerhebung, als auch im Auswertungsprozeß und in der Präsentation der Ergebnisse Rechnung getragen wird. D.h. für die interpretative Gewinnung der Forschungsergebnisse - besonders auch im qualitativen Teil - ist der Dialog zwischen Forscherinnen (ein Team aus behinderten und nicht-behinderten Frauen) und betroffenen Frauen Voraussetzung.
Gewährleistet ist dies auch durch die theoretische Orientierung der aus der Frauenforschung stammenden Forscherinnen, nämlich der Parteilichkeit für Frauen und dem Paradigma der Selbstbestimmung.

Welche Relevanz und Nützlichkeit hat eine solche Studie denn für Frauen mit Behinderungen?

Auf die Bedeutung der Bereiche Sexualität, Partnerschaft, Mutterschaft, lesbische Identität, Zwang zu humangenetischer Kontrolle, Erfahrungen von Gewalt, Übergriffen und Demütigungen für Frauen mit Behinderungen haben gerade die Betroffenen selbst hingewiesen, so daß die Inhalte der Studie den Forderungen an eine subjektorientierte Forschung entsprechen.
Durch die Praxisrelevanz der erhobenen Daten sollen die Stärken und Fähigkeiten der Betroffenen verdeutlicht werden, damit Frauen mit Behinderung nicht länger als Objekt behandelt werden und Behinderung nicht als Mangel gilt. Auch sollen durch Einbeziehung der subjektiven Perspektiven Aussagen gewonnen werden, welche unterschiedlichen Bedarfe und Bedürfnisse verschiedene Gruppen von Frauen mit Behinderungen haben.
Ein Ziel der Studie ist es, herauszufinden, wie sich die politischen Durchsetzungsmöglichkeiten für Frauen mit Behinderungen verbessern lassen.

Es ist zu hoffen, daß ein solch umfangreiches Datenmaterial neue Erkenntnisse zu dem öffentlichen Diskurs über „Frauen mit Behinderungen" beitragen wird und auch in der Gesetzgebung entsprechend Berücksichtigung findet.



Wann und in welcher Form sind die Ergebnisse zugänglich?

Die Studie wird im Herbst 1998 abgeschlossen sein, so daß mit der Veröffentlichung der Ergebnisse über das Bonner Ministerium Anfang 1999 zu rechnen ist. Die Auftraggeberin BMFSFJ wird dann um eine weitere Veröffentlichung auf Kassetten und in Punktschrift gebeten.

Und welche Motivation haben denn die Forscherinnen selbst, über diese Thematik Daten zu gewinnen?

Hier unterscheidet sich wohl der Blickwinkel je nachdem ob die Forscherin selbst Betroffene von Behinderung ist oder nicht. Durch die Zusammensetzung des Freiburger Teams aus Frauen mit und ohne Behinderung fließen damit unterschiedliche Perspektiven und Erfahrungen mit der zu untersuchenden Realität in den Forschungsprozeß ein.

Die folgenden drei Absätze dokumentieren die Sichtweise der drei Autorinnen dieses Artikels:

Aus der Sicht einer körperbehinderten Forscherin sieht das folgendermaßen aus: Die eigene Auseinandersetzung mit den körperlichen Einschränkungen, den gesellschaftlichen Reaktionen auf Behinderung, den Erfahrungen mit dem professionellen Medizinsystem und die Auswirkungen und Verschränkungen in vielen anderen Bereichen wie z.B. auch in der Berufswahl und -ausübung waren für mich zunächst meine individuell zu lösenden Probleme. Die Suche nach gesellschaftlicher Bedingheit vieler Probleme führte zu meiner Verwurzelung in der Frauenbewegung. Doch dort war das Thema Behinderung, Ausgrenzung etc. damals kein Thema. Wir waren ja alle gleich. Mit meiner beruflichen Ausbildung wurde ich als Diplom-Psychologin dann selbst Professionelle und versuchte, berufliche Kompetenz und Interessen mit meinen eigenen Erfahrungen aus meiner Biographie, aber auch die Erfahrungen im Kontakt und in der Auseinandersetzung mit meinen nicht-behinderten KollegInnen im beruflichen Alltag zusammenzubringen. Dies hatte folgerichtig eine größere Politisierung für die Rechte Behinderter zur Folge und den Wunsch, meine berufliche Energie mehr im Engagement für Frauen mit Behinderungen einzubringen.

Die Möglichkeit, „eine andere Art von Forschungsprojekt" zur Lebenssituation behinderter Frauen durchzuführen und damit Einfluß auf Politik und Gesetzgebung zur möglichen Verbesserung der Lebensumstände zu nehmen, führt viele bislang eher getrennte Bereiche meines Lebens zusammen. Dazu wünsche ich mir auf der einen Seite den Kontakt zu, den Austausch mit und die Kritik von anderen Frauen mit Behinderungen und von Selbsthilfeinitiativen, auf der anderen Seite die Auseinandersetzung und das Streitgespräch mit den nicht-behinderten Fachkolleginnen, um den Dialog zu fördern, Gemeinsames und Trennendes zu benennen und die „Schnittmenge" zwischen uns zu vergrößern.

Als „nicht-behinderte Fachkollegin" bezeichnet zu werden, ist eine neue Erfahrung für mich.

Der neue Forschungszusammenhang hat unsere Sichtweisen und unser Verhältnis zueinander verändert. Zuvor waren wir in anderen Forschungsprojekten einfach Kolleginnen und in der Frauenbewegung engagierte Frauen. Nun gehören wir plötzlich als „gemischtes" Team zwischen behinderten und nicht-behinderten Frauen zu unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, die es wissenschaftlich und methodisch zu differenzieren und auf verschiedene Lebenslagen und Bedarfe hin zu untersuchen gilt. Dies ist eine merkwürdige Erfahrung, die ich auch noch nicht ganz verdaut habe. Als Sozialwissenschaftlerin, die sich seit Jahren mit den verschiedensten Forschungsaufträgen und -verträgen im Bereich Medizinsoziologie den Lebensunterhalt verdient, fällt es mir manchmal schwer, zu begründen, warum ich mir gerade dieses oder jenes Thema ausgesucht hätte. Oft war ich einfach froh, nicht arbeitslos zu werden. So bin ich auch zum Thema Behinderung gekommen und habe mich dann neben der theoretischen Auseinandersetzung mit der mir persönlich sehr viel näheren Frage des Frauseins auseinandergesetzt. Schließlich war in meinem Forschungsauftrag immer nur von abstrakten Begriffen wie „Hilfe- und Pflegebedarf" oder „Behinderungen und Beeinträchtigungen" und allgemeinen „Lebenslagen und Bedarfen" die Rede. Ich interessierte mich für geschlechtsspezifische Unterschiede und weibliche Lebenszusammenhänge, weil ich selbst eine Frau bin. Für mich bedeutete dies eine Annäherung und Reduzierung von Entfremdung im Rahmen meines Lebenszusammenhangs. Denn schließlich: was ist im Leben einer Frau schon normal? Wenn ich eine tiefe Erkenntnis aus der Frauenbewegung mitgenommen habe, dann die, daß Frauen doch nicht alle gleich sind. Aber gegen die feste Einteilung in Gruppen wie „behindert" - „nicht-behindert" bin ich aus leidvollen Erfahrungen mit sozialwissenschaftlichem „Kästchen-denken" allergisch. Ich hoffe sehr, daß wir mit unserer Studie - mit der Art wie wir forschen ebenso wie mit den zu erwartenden Ergebnissen - zeigen können, daß wir nicht alle gleich, aber doch alle Frauen sind. Das Verhältnis von Gleichheit und Differenz verbindet als roter Faden die Bestimmung von Behindertsein und Frausein und knüpft die Verbindung zur zentralen Diskussion der Frauenforschung. Die Auseinandersetzung mit den Erfahrungen behinderter Frauen kann diese Diskussion nur bereichern.

Meine erste Reaktion war Verunsicherung: Wie sollte ich als Frau, die auf den ersten Blick keine körperlichen Einschränkungen hat und daher auch Diskriminierungen und strukturelle Benachteiligungen nicht erfahren muß, über Frauen schreiben, die in einigen Bereichen existentiell andere Erfahrungen gemacht haben als ich? Meine

Auseinandersetzung mit den Erfahrungen von Frauen mit Behinderung würde ich als einen Prozeß beschreiben, in dem ich versucht habe, meine Gefühle von Faszination und Bewunderung mit meinem Entsetzen, meiner Wut und meiner Hilflosigkeit gegenüber dem, was ich erfuhr, zu verbinden. Mir war es wichtig, bewußt mit meinen eigenen Zuschreibungen umzugehen: Ich möchte Frauen mit Behinderung weder überhöhen, noch möchte ich ihr „Schicksal" bedauern, aber ich habe gemerkt, daß das aus meiner Sicht einer nichtbehinderten Frau gar nicht so einfach ist. Ich weiß heute, daß ich von Frauen mit Behinderung vieles lernen kann, aber ich weiß auch, daß es Berührungspunkte gibt, denn auch ich kenne Bereiche, in denen ich einer gesellschaftlich gesetzten Norm, wie z.B. dem Schönheitsideal, nicht genüge.

Ich finde es wichtig, daß auch nicht-behinderte Frauen die Realität von Frauen mit Behinderung in ihr Denken und ihre Forschung integrieren. Unterschiedliche Erfahrungen, Bedürfnisse und Lebenssituationen müssen wahrgenommen, berücksichtigt und respektiert werden. Von zentraler Bedeutung ist dabei jedoch die Reflektion des eigenen Standpunktes und der eigenen Sichtweise als nicht-behinderte Frau: An welchen Stellen gehe ich eventuell von Annahmen aus, die meine eigene Realität widerspiegeln, jedoch mit der subjektiven Situation von Frauen mit Behinderung keine Berührungspunkte haben? In wieweit verzerrt meine Sichtweise das Ergebnis meiner Forschung?

Der Austausch mit Frauen mit Behinderung, sowohl in diesem Forschungsprojekt als auch privat, ist hier eine große Bereicherung für mich und hilft mir, meine Ansichten zu überprüfen.

Nicole Eiermann, Monika Häußler, Maja Roth + SoFFI K.
Wilhelmstr. 15, 79098 Freiburg
T.: 0761 - 276624
Fax: 0761 - 276625

Modellprojekt „Wohnortnahe berufliche Rehabilitation von Frauen“



Laut Bericht der Bundesregierung sollen dort, wo wegen einer Behinderung besondere Hilfen zur Integration ins Arbeitsleben nötig sind, diese als Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation zur Verfügung stehen. Zur Zielerreichung sollen sich die Rehabilitationsmaßnahmen orientieren

- am Grundsatz einer möglichst frühzeitigen Intervention,
- am Grundsatz der individuellen Hilfe, das heißt, daß den besonderen Bedürfnissen jeder einzelnen Person Rechnung getragen werden muß,
- am Grundsatz der Finalität, nach dem die notwendige Hilfe unabhängig von der Ursache der Behinderung geleistet werden muß und
- an der Leitlinie der Integration. Das heißt, daß auch die berufliche Rehabilitation selbst integrativ angelegt sein muß. Behinderten muß der Zugang zum Berufsleben nach den auch für Nichtbehinderte geltenden Grundsätzen und Kriterien sowie an den gleichen Lernorten ermöglicht werden. „Wie bei der beruflichen Bildung Nichtbehinderter liegt auch hier der Schwerpunkt im Bereich der dualen Ausbildung mit dem Ziel eines qualifizierten Berufsabschlusses in einem der anerkannten Ausbildungsberufe" (Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung 1994, S. 103). Diese Ziele werden aber nicht immer - beispielsweise bei der Umschulung von Frauen mit gesundheitlichen Einschränkungen und Behinderungen - erreicht. Das erkennt auch die Bundesregierung. Im „Dritten Bericht der Bundesregierung zur Lage der Behinderten" wird davon gesprochen, daß Frauen bei Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation/Umschulungen unterrepräsentiert sind und hier noch Reformen ausstehen. Insofern nimmt die modellhafte Erprobung von neuen Konzepten für Frauen in der beruflichen Rehabilitation einen besonderen Stellenwert ein.

Der Ausgangspunkt des Modellprojekts „Wohnortnahe berufliche Rehabilitation von Frauen" liegt in dem sozialen Problem, daß Frauen mit Behinderungen und gesundheitlichen Einschränkungen auf dem Arbeitsmarkt nicht nur wegen der gesundheitlichen Einschränkungen bzw. Behinderungen, sondern zusätzlich als Frauen benachteiligt sind. Die These der doppelten Diskriminierung wurde in den Veröffentlichungen zur Lebenslage behinderter Frauen seit den achtziger Jahren immer wieder aufgestellt und über sekundärstatistische Analysen nachzuweisen versucht (vgl. Niehaus 1995)[1]: Frauen mit gesundheitlichen Einschränkungen und Frauen mit Behinderungen, das zeigen die Statistiken der Arbeitsämter, sind häufiger arbeitslos und nehmen seltener an Rehabilitationsmaßnahmen teil. Wenn Frauen mit Behinderungen keine Möglichkeiten zur Erwerbsarbeit haben, haben sie auch keine eigenen Ansprüche auf Leistungen wie beispielsweise die der gesetzlichen Rentenversicherung (vgl. Degener 1994)[2]. Dies betrifft insbesondere Frauen, die vorwiegend im Haushalt tätig sind oder Betreuungsaufgaben in der Familie übernehmen.

Einerseits sind somit schon im Vorfeld der Teilnahme an Umschulungen Barrieren auszumachen, die die Frauen von einer Umschulung fernhalten. Hier sind beispielsweise die Frage nach der Sicherung des Lebensunterhaltes während der Maßnahmen, die Höhe des Übergangsgeldes oder die Art der Beratung in den Arbeitsämtern zu nennen. Daß Frauen mit Behinderung seltener an Maßnahmen der beruflichen Umschulung teilnehmen, hängt andererseits auch mit der Art der angebotenen Maßnahmen zusammen.

Bei den Umschulungen spielen die Berufsförderungswerke eine wichtige Rolle. Berufsförderungswerke sind gemeinnützige, außerbetriebliche Einrichtungen, die Erwachsene qualifizieren, die wegen der Art ihrer Behinderung oder zur Sicherung ihres Rehabilitationserfolges auf die besonderen Hilfen dieser Einrichtungen angewiesen sind. Umschulungen erfolgten bisher vorwiegend außerbetrieblich mit einem hohen Anteil an Internatsunterbringungen. Als Hauptursache für die geringe Beteiligung von Frauen an Maßnahmen in Berufsförderungswerken wird die internatsmäßige Unterbringung angesehen. Mit der aushäusigen Unterbringung eng verbunden ist die Frage der Kinderbetreuung. Als weiteres Problem wird von den Frauen die eingegrenzte Berufspalette in den Berufsförderungswerken thematisiert.

1993 wurde das Thema „Berufliche Rehabilitation von Frauen" auf einer Tagung der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR) in Kassel erneut aufgegriffen. Frauen aus der politisch engagierten Selbsthilfebewegung und dem in Hessen gegründeten Netzwerk von Frauen mit Behinderungen kamen und mahnten Reformen massiv an. Es konstituierte sich im direkten Anschluß an die Tagung unter der Federführung der BAR eine Projektgruppe, die sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Leistungs- und Einrichtungsträger, der angesprochenen Ministerien und Hauptfürsorgestellen und betroffenen Frauen zusammensetzte.



Die Vorschläge einer wohnortnahen betrieblichen Umschulung außerhalb eines Berufsförderungswerkes mit sozialpädagogischen und familienentlastenden Begleitmaßnahmen wurden entwickelt und gingen in das Modellprojekt ein.

Bei dem Modellprojekt „Wohnortnahe berufliche Rehabilitation von Frauen", das jetzt in Sachsen-Anhalt, Hessen und Rheinland-Pfalz/Saarland läuft, handelt es sich um eine erweiterte innerbetriebliche Rehabilitation durch Umschulung für Frauen[3]. Das Konzept wohnortnaher beruflicher Rehabilitation ist modular angelegt und orientiert sich am dualen System der beruflichen Bildung. Es wurde in Zusammenarbeit mit den Leistungsträgern, mit betroffenen Frauen und Experten in der beruflichen Bildung aus Praxisfeldern und Universitäten (z.B. Kassel) federführend von der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation entwickelt. Das Konzept sieht vor, daß die Umschulung örtlich nicht mehr an die Berufsförderungswerke (BFW) gebunden ist. Damit ist keine internatsmäßige Unterbringung nötig. Die berufspraktische Umschulung findet in wohnortnahen Betrieben und die berufstheoretische Ausbildung in den regionalen Berufsschulen statt. Dadurch soll einerseits eine größtmögliche Wohnortnähe für die Frauen sichergestellt, andererseits aber auch dem Anspruch auf Normalität und Integration schon während der beruflichen Maßnahme Rechnung getragen werden. Wohnortnahe begleitende Dienste, die die sozialpädagogische, psychologische, behinderungsspezifische und medizinische Betreuung abdecken, sollen die erfolgreiche Umschulung der Rehabilitandinnen sichern helfen. Die berufspraktische Neuausbildung findet in einem wohnortnahen Betrieb und die berufstheoretische Neuausbildung in einer regionalen Berufsschule statt. Mit einer Prüfung vor den Kammern (IHK und HK) nach 24 Monaten soll die Umschulung abschließen.

Mit der Hauptmaßnahme wurde in Sachsen-Anhalt im Oktober 1996 und in Hessen und Rheinland-Pfalz/Saarland im Januar 1997 begonnen. Nachdem in Sachsen-Anhalt (Standorte Dessau, Merseburg/Halle) und Rheinland-Pfalz/Saarland (Standort Mainz) unterschiedliche private Bildungsträger mit der Durchführung der Umschulung beauftragt wurden, ist in Hessen das Berufsförderungswerk (BFW) Frankfurt für den Ablauf des Projekts in einer „Außenstelle" (Standort Kassel) verantwortlich. Wir wurden mit der wissenschaftlichen Begleitung dieses Modellprojekts vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung beauftragt.



Darüber hinaus gibt es noch weitere Aktivitäten, die die Situation von Frauen in der beruflichen Rehabilitation verbessern sollen. Es hat sich 1997 eine Arbeitsgruppe aus VertreterInnen der Netzwerke behinderter Frauen, der Arbeitsämter, der Rentenversicherungsträger, der Berufsförderungswerke, der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation und der Universität Oldenburg gebildet, die auf die Entwicklung einer speziellen Fortbildungsveranstaltung für Reha-BeraterInnen zur frauenspezifischen Reha-Beratung zielt. Erste Erfolge zeichnen sich ab.

DR. MATHILDE NIEHAUS*, OLDENBURG

* Dr. Mathilde Niehaus arbeitet im Institut für Sonderpädagogik, Prävention und Rehabilitation der C. v. O. Universität Oldenburg und leitet dort die Begleitforschung zum Modellprojekt „Wohnortnahe berufliche Rehabilitation von Frauen".

Literatur

[1] Niehaus, M. (1995): Aus Statistiken lernen: Ausgewählte Analysen der Schwerbehindertenstatistik, des Mikrozensus und der Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit. In: Fleßner, H. (Hrsg.): Aufbrüche - Anstöße. Frauenforschung in der Erziehungswissenschaft. Oldenburg: BIS; S. 157-172.

[2] Degener, T. (1994): Behinderte Frauen in der beruflichen Rehabilitation. Kassel: bifos

[3] Die Entwicklung der Konzeption und die Beteiligung der Frauen mit Behinderung sind ausführlich beschrieben vgl.: Niehaus, M. (1997). Probleme der Evaluationsforschung von Modellprojekten in der beruflichen Rehabilitation am Beispiel der Implementation wohnortnaher betrieblicher Umschulungen von Frauen. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 2, S. 291-304.

mobil
Mobile Beratung zur beruflichen Orientierung behinderter Frauen im Landkreis Marburg-Biedenkopf
Arbeit und Bildung e.V.

„Habe ich denn überhaupt eine Chance?“

Mobile Beratung behinderter Frauen zum Thema Beruf

Frau A., 18 Jahre alt, ist Epileptikerin, bekommt jedoch nur äußerst selten Anfälle. Nach ihrem Realschulabschluß bekommt sie einen Ausbildungsplatz in Bürobereich eines Elektrogroßhandels. Kurz vor Antritt der Ausbildung kommt es zu einer Hirnblutung. Als Frau A. nach vielen Wochen das Krankenhaus einigermaßen genesen wieder verläßt, steht sie ohne Ausbildungsplatz da. Auch die Plätze für das nächste Jahr sind bereits vergeben. Das Jahr, welches sie in der Klinik und zu Hause verbracht hat, wird ihr bei allen weiteren Bewerbungen zum Hindernis.

Frau B., 30 Jahre alt, ist gehbehindert und in der Handmotorik eingeschränkt. Sie absolviert zunächst eine Ausbildung zur Bürofachkraft in einem ca. 150 km von ihrem Heimatdorf gelegenen Berufsförderungswerk. Dann kehrt sie ins Elternhaus zurück und ist 10 Jahre lang arbeitslos. Schließlich wird sie für ein Jahr im Rahmen einer BSHG §19 Maßnahme („Arbeit statt Sozialhilfe“) in der Verwaltung ihrer Heimatgemeinde beschäftigt, ihre Mutter übernimmt die Fahrdienste zur Arbeit. Nach dem Auslaufen der Maßnahme ist Frau B. erneut arbeitslos.

Das sind Probleme, vor der behinderte Frauen häufig stehen. In zwei hessischen Landkreisen, im Landkreis Marburg-Biedenkopf und im Landkreis Kassel, gibt es seit Dezember 1995 für Frauen mit Behinderungen und gesundheitlichen Einschränkungen ein neues Beratungsangebot: Je zwei mobile Beraterinnen stehen ratsuchenden Frauen in Fragen des Einstiegs oder Wiedereinstiegs ins Berufsleben zur Verfügung. Sie arbeiten ergänzend zum Aufgabenfeld des Arbeitsamtes, informieren über mögliche Hilfen bei Behinderung und motivieren Frauen, auch mit einer Beeinträchtigung den Schritt ins Arbeitsleben zu wagen. Alle Beraterinnen, Diplom-Sozialarbeiterinnen bzw. Diplompädagoginnen, sind selbst behindert. Die Beratung ist kostenlos und erfolgt in den Büros der jeweiligen Beratungsstellen in Marburg bzw. Kassel sowie in gut erreichbaren Räumlichkeiten in den Gemeinden, etwa in Bürgerhäusern. Auf Wunsch kommen die Beraterinnen auch ins Haus.

Dieses Beratungsangebot für eine bisher wenig beachtete Zielgruppe fiel nicht vom Himmel. Die Idee entstand in der Arbeitsgruppe „Erwerbstätigkeit“ des Hessischen Netzwerks behinderter Frauen. Aus den hier zusammengetragenen Erfahrungen wurde deutlich: Anders als bei behinderten Männern wird von behinderten Frauen oft gar nicht erst erwartet, eine Ausbildung zu absolvieren oder einer Tätigkeit außer Haus nachzugehen. Mobilitätsprobleme kommen gerade in der ländlichen Region noch hinzu. Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation werden oft nur wohnortfern angeboten - ein besonderes Problem für Frauen mit Kindern. Zudem fehlen Frauen wegen Kindererziehung häufig die vorgeschriebenen Versicherungszeiten, um Reha-Leistungen zu erhalten. Beratungsstellen sind für viele Frauen nur schwer erreichbar und kaum auf ihre Fragen eingestellt. Hier muß etwas passieren, darüber waren sich alle Frauen einig. Ein Konzept wurde erarbeitet, Kostenträger mußten gefunden werden. Im Landkreis Marburg-Biedenkopf ist die Beratungsstelle „*mobil* - Mobile Beratung zur beruflichen Orientierung behinderter Frauen“ angesiedelt bei Arbeit und Bildung e.V. in Marburg, einem gemeinnützigen Weiterbildungsträger, der Beratung und Qualifizierungsmaßnahmen für arbeitslose Menschen bietet. Träger von „YENTL - Mobile Beratung zur Erwerbstätigkeit behinderter Frauen“ im Landkreis Kassel ist der gemeinnützige „Verein zur Förderung der Autonomie Behinderter - fab e.V.“, der im Sinne der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung unterschiedliche Beratungs- und Dienstleistungsangebote für Menschen mit Behinderungen erbringt. In der Pilotphase wurde das Projekt zunächst von der Hessischen Landesregierung gefördert. Für weitere vier Jahre wird es nun aus Mitteln der Arbeitsverwaltung und des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen finanziert.
Da das Beratungsangebot mit seiner Zielgruppe, der mobilen Arbeitsweise und der Schwerpunktsetzung „ländliche Region“ bisher einmalig ist, hat es sicherlich bundesweit Modellfunktion.

Berufskarrieren von Frauen mit Behinderung? - Zum Hintergrund

Frauen mit Behinderungen und gesundheitlichen Einschränkungen sind in besonderem Ausmaß vom dem betroffen, was allgemein auf dem Arbeitsmarkt zu beobachten ist: Die Zahl der Arbeitslosen steigt, Berufskarrieren bekommen immer häufiger Brüche oder werden ganz beendet. Die Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen sinkt. Im Konkurrenzkampf um Ausbildungs- und Arbeitsplätze

haben Frauen mit Behinderungen oder gesundheitlichen Einschränkungen trotz aller Förderungsmöglichkeiten kaum eine Chance. Das wissen sie auch selbst: Viele melden sich erst gar nicht beim Arbeitsamt.

Zahlen, die uns genauer über das Ausmaß dieses Problems informieren könnten, sind nicht nur aus diesem Grund schwer zu erhalten: Statistiken, beispielsweise der Bundesanstalt für Arbeit, sind in der Regel nicht nach Geschlecht und dem Vorliegen einer Behinderung oder gesundheitlichen Einschränkung aufgegliedert. Geschlechtsspezifisches Zahlenmaterial ist schwer erhältlich. Einen Anhaltspunkt bietet der Mikrozensus von 1992, nach dem gut ein Viertel der behinderten Männer erwerbstätig ist, aber nur ein Sechstel der behinderten Frauen. Bekannt ist weiterhin, daß Frauen in allen Bereichen der beruflichen Rehabilitation deutlich unterrepräsentiert sind und sich dieses auch in ihrer Einkommenssituation spiegelt (38% der Frauen, aber nur 11% der Männer müssen mit einem Nettoeinkommen von unter 1000 DM auskommen. Dagegen hatten zwar 10,8 % der behinderten Männer, aber nur 2,1 % der Frauen über 3500 DM zur Verfügung - Mikrozensus 1992).

Was hindert behinderte Frauen daran, eine berufliche Karriere zu entwickeln, sich durch eine möglichst eigenständige soziale Absicherung die Basis für ein weitestgehend selbstbestimmtes Leben zu schaffen? (Nicht vergessen werden darf, daß viele Hilfen für behinderte Menschen erst bei Berufstätigkeit gewährt werden, oder einfacher gewährt werden, wenn der/die Betroffene berufstätig ist!)

Vor dem Hintergrund

- eines traditionellen Rollenbildes, nach dem Frauen nicht unbedingt berufstätig sein sollten (und das in der letzten Zeit wieder mehr Bestärkung erfährt),
- eines weitverbreiteten Denkens, das Behinderung immer noch vor allem als „Minderung der Erwerbsfähigkeit“ definiert
- und eine wenig positiven Wirtschaftslage

gibt es eine Reihe von gesetzlichen, strukturellen und verwaltungstechnischen Hemmnissen:

Zum einen werden die Lebensbedingungen behinderter Frauen in den bestehenden Gesetzen nicht genügend berücksichtigt. Das ist wenig erstaunlich, wenn man sich klarmacht, daß das Schwerbehindertenrecht vor allem aus der Kriegsopferfürsorge entstand: Hier ging es ja zunächst darum, Kriegsverletzte (also Männer) zu rehabilitieren.

So findet sich beispielsweise für viele behinderte Frauen kein Kostenträger, etwa wenn bei einer Hausfrau die Behinderung aufgrund eines Unfalls in Haushalt eingetreten ist, oder wenn eine Frau zuvor im Betrieb ihres selbständigen Mannes mitgearbeitet hat, ohne sozialversichert zu sein, wie dies immer noch viel zu häufig der Fall ist.

Die Gesetzgebung bot bis vor Kurzem dennoch eine Reihe von guten Möglichkeiten zur beruflichen Integration - diese hier im einzelnen aufzuzählen würde sicherlich zu weit führen, zumal sich zur Zeit fast ständig etwas ändert, vor allem: verschlechtert. Das Problem lag und liegt aber auch in der Umsetzung dieser Möglichkeiten. Hierzu einige Beispiele:

Es gibt eine Reihe von Angeboten, die Behinderte bei der berufliche Orientierung unterstützen sollen: Spezielle Berufsberatungen beim Arbeitsamt, medizinische und psychologische Tests, Berufsorientierungs- und -findungsmaßnahmen, meist in Einrichtungen, Reha-Beratungen. Viele Frauen berichten aber, daß ihre Berufswünsche kaum berücksichtigt werden, sondern die Beratung sich stark am Angebot der Einrichtungen orientiert. Zudem wird immer noch häufig zu den typischen Frauenberufen, etwa im hauswirtschaftlichen Bereich und im Bürobereich, geraten.

Viele Maßnahmen werden nur in weit vom Wohnort entfernten Einrichtungen angeboten: Für eine Ausbildung oder Umschulung muß das soziale Umfeld, die Familie, verlassen werden. Eine Hürde, vor der vor allem Frauen zurückschrecken.

Viele Frauen entsprechen nicht den oft hochgesteckten Leistungsanforderungen einer Ausbildung oder Umschulung. Sie werden gar nicht erst zugelassen. (Viele Umschulungen müssen übrigens in einer verkürzten Ausbildungszeit von zwei Jahren absolviert werden).

Andere trauen sich eine Ausbildung oder Umschulung darum gar nicht erst zu - ein sehr weibliches Problem. Sie ziehen sich in die Familie zurück oder versuchen, als ungelernte Kräfte auf dem freien Arbeitsmarkt unterzukommen - oft ohne Erfolg.

Eine große Hürde sind besonders die Übergänge von der Schule in eine Ausbildung, von der Ausbildung in die Erwerbstätigkeit, von einer erkrankungsbedingten Pause oder Familienpause zum Wiedereinstieg: Trotz aller Möglichkeiten, die die Rehabilitationsgesetzgebung bietet, in diesen schwierigen Phasen werden Frauen mit allem, was über das begrenzte Beratungsangebot des Arbeitsamtes hinausgeht, allein gelassen: Wie sich Familie, Kindererziehung, eingeschränkte Mobilität, Probleme im Umgang mit Einschränkungen und Behinderung mit beruflicher „Karriere“ unter einen Hut bringen lassen, ist ihr Problem.

Aus diesen Beispielen läßt sich etwa die Tatsache erklären , daß der Anteil an Teilnehmer*innen* an Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation mit 30% erschreckend niedrig ist. Viele Träger, wie die Berufsbildungswerke und Berufsförderungswerke, sprechen hier gern von „Teilnahmehemmnissen“ - die Frauen passen einfach nicht in ihre Programme. Vielleicht sollte hier lieber von „strukturbedingten Karrierehemmnissen“ und von „Angebotsdefiziten“ gesprochen werden, denn die Angebote müßten eigentlich auf Lebenssituationen von Frauen abgestimmt werden - und nicht umgekehrt.

Unsere Arbeit konkret

Wir bieten ganz verschiedene Formen der Beratung an:

1. Information

Als Anlauf- und Koordinationsstelle für ratsuchende Frauen bemühen wir uns zunächst um eine genaue Abklärung der jeweils individuellen Fragestellung, geben erste Informationen, zum Beispiel zu Weiterbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten, und weisen Wege zu den jeweils zuständigen Ämtern und Behörden. Manchmal - allerdings nicht allzuoft - ist es damit schon getan.



SELBSTBESTIMMT LEBEN KONKRET

4/97

INTERESSENVERTRETUNG 'SELBSTBESTIMMT LEBEN' IN DEUTSCHLAND - ISL E.V.

Projektboom

Bereits im November wurden einigen Initiativen der Selbstbestimmt Leben Bewegung vorgezogene Weihnachtsgeschenke in Form von Projektbewilligungen zugestellt. So wird es möglich sein, daß das ISL-Projekt Peer Counseling im Rahmen des europäischen Horizon- Programms für weitere 3 Jahre in Berlin weiter arbeiten kann, bifos kann ein Projekt zur architektonischen Zugänglichkeit im Rahmen des Helios-Nachfolgeprogramms durchführen, die ISL in Kassel bekam vom Bundesministerium für Gesundheit ein Projekt zur Selbstvertretung bewilligt und so manches Zentrum hat ebenfalls schon Bescheide bekommen, die ihnen die Durchführung neuer Projekte ermöglichen. Sicherlich haben wir mit der Beantragung dieser Projekte längst nicht alle Probleme der Zentren für selbstbestimmtes Leben gelöst - manche stehen nach wie vor am Rande des Abgrunds - doch hat die Selbstbestimmt Leben Bewegung durch diese Projektbewilligungen wieder einmal einen weiten Sprung nach vorne getan.

Erstens haben wir einmal exemplarisch vorgeführt, daß unsere Ansätze in der Behindertenpolitik und -arbeit nach z.T. über 10jähriger Tätigkeit immer noch modellhaften Charakter und zukunftsweisend sind. Zweitens haben wir uns in die verschiedenen Programme eingemischt und gelernt, wie man Anträge richtig und erfolgreich stellt und Drittens wird dadurch unsere Arbeit an verschiedenen Fronten endlich besser honoriert, denn diese ein-



gangs als Weihnachtsgeschenke titulierten Projektbewilligungen wurden von uns Betroffenen hart erarbeitet und mühsam erkämpft. So wissen wir auch, daß derartige Projekte nur ein Teil der Medaille darstellen, da sie zeitlich berfristet sind. Auch wenn wir dadurch die Möglichkeit bekommen, wieder zwei, drei oder vier Jahre konzentriert an einer Sache zu arbeiten, müssen wir uns gedanklich bereits wieder damit beschäftigen, was danach kommt und wie die Finanzierung unserer Arbeit dann sicher gestellt werden kann. So hilfreich das Projektwesen für uns zur Zeit ist, umso mehr muß die Devise in der Zukunft heißen, daß wir Regelförderungen für unsere Angebote brauchen, denn die Förderung der Selbstbestimmung Behinderter oder das Peer Counseling sind kein temporärer Luxus, den sich eine Gesellschaft mit zeitlich begrenzten Projekten leistet und dann wieder fallen läßt, sondern muß zum abgesicherten Grundangebot werden, das eine Regelförderung bekommt. Andererseits lebt unsere Bewegung nicht nur davon, ob Projekte bewilligt und Stellen gesichert werden oder nicht, sondern vor allem von den vielen Menschen, die unsere Ziele ehrenamtlich unterstützen. Daher ist es neben dem Kampf für Regelförderungen genau so wichtig, neue MitstreiterInnen für unsere Bewegung und neue Mitglieder für die ISL und deren Mitgliedsorganisationen zu werben, wenn wir auch in Deutschland die Selbstvertretung und Selbstbestimmung von behinderten Menschen konsequent stärken wollen.

Ottmar Miles-Paul
- Bundesgeschäftsführer -



H.-R. Bönning u. B. Stötzer - Rehastand ISL

INHALT



People First

Was Menschen, die potentiell in Werkstätten für Behinderte arbeiten oder in Heimen leben und häufig als geistig Behinderte bezeichnet werden, mit dem Begriff „People First“ kreiert haben, wird auch in Deutschland zusehens Wirklichkeit. Zuerst Mensch zu sein und für sich selbst zu sprechen und sich selbst zu vertreten, sind Ziele, die im Mittelpunkt dieser für Deutschland neuen Bewegung, die langsam sichtbarere Formen annimmt. Vom 17.-19. Oktober trafen sich 30 Delegierte von Selbstvertretungsgruppen im Rahmen der Aktion Grundgesetz in Melsungen und formulierten für sich, was sie von der Behindertenpolitik, aber auch von Veranstaltungen erwarten, die in diesem Bereich organisiert werden. Dabei wurde deutlich, daß sich die Forderungen dieses Personenkreises nicht stark von denen der Selbstbestimmt Leben Bewegung unterscheiden, sondern daß sie lediglich weniger theoretisch und konkreter formuliert werden. So wurde zum Beispiel sehr treffend zum Ausdruck gebracht, daß es nicht mehr länger angehe, daß der Einrichtungen immer das Oberwort hat, sondern daß die Bewohner von Einrichtungen selbst bestimmen wollen, wie sie ihr Leben gestalten. Vor allem wurde betont, daß es Wahlmöglichkeiten außerhalb von Einrichtungen geben müsse, so daß eine Frau, der es gelungen ist, aus der Einrichtung auszuziehen unter tosendem Beifall erklärte „ich steh jetzt auf und bin glücklich - ich bin jetzt wieder ein Mensch und das zählt.“

Andererseits machten die TeilnehmerInnen dieses Seminar aber auch deutlich, daß sie bei den diversen Veranstaltungen im Behindertenbereich noch erheblich benachteiligt werden. Eine verständliche Sprache in Reden und Materialien, Veranstaltungen, bei denen sie selbst zu Wort kommen und auch mal in eigenen Gruppen diskutieren zu können, sind Herausforderungen, denen auch wir von der Selbstbestimmt Leben Bewegung uns stellen müssen. Vor allem begann sich diese Bewegung aber in Melsungen, eine Struktur zu geben, in dem sie Sprecher wählten, die die Arbeit zukünftig koordinieren werden und dabei war es auch selbstverständlich, daß es zwei Frauen und zwei Männer waren, die gewählt wurden, denn wie ein Teilnehmer sehr treffend formulierte „schau´n wir uns doch mal um, wir sind doch hier nicht nur Männer.“ Im Gegensatz zu so manchen Gremien der Behindertenpolitik lohnte sich bei diesem Seminar das Umschauen, denn die Frauen waren gut vertreten und wurden auch entsprechend gewählt. Diese neue Bewegung, kann durch die Bewilligung eines Modellprojektes zur Förderung der Selbstvertretung und Selbstbestimmung von Menschen mit sog. geistiger Behinderung, das bei der ISL angesiedelt und gemeinsam mit der Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung und Gemeinsam Leben - Gemeinsam Lernen nun auch gezielter gefördert werden. Hier wird auch Arndt Kunau, einer der Sprecher von People First Deutschland beschäftigt werden, der von Interessierten zukünftig unter folgender Anschrift kontaktiert werden kann.

People First Deutschland
Arndt Kunau
Jordanstr. 5, 34117 Kassel
Tel. 0561/72885-18
fax: 0561/72885-29.

BVG schränkt Grundrechte Behinderter ein

Nachdem Viele mit Spannung darauf gewartet hatten, daß das Bundesverfassungsgericht seinen Spruch zum Recht auf schulische Integration fällt, geschah dies am 29. Oktober und es wurde ein schwarzer Tag für all diejenigen, die gehofft hatten, daß das Benachteiligungsverbot im Grundgesetz für sich allein schon eine durchschlagende Wirkung habe. Das Bundesverfassungsgericht hat die Klage einer behinderten Schülerin aus Niedersachsen auf schulische Integration zurückgewiesen. Das Gericht stellt fest: „Es ist von Verfassungs wegen nicht zu beanstanden, daß ... die zielgleiche und zieldifferente integrative Erziehung und Unterrichtung unter den Vorbehalt des organisatorisch, personell und von den sächlichen Voraussetzungen her Möglichen gestellt ist.“ Wir beanstanden im Gegensatz zum Bundesverfassungsgericht, daß die schulische Integration behinderter Kinder an einen Finanzierungsvorbehalt gebunden ist. Die Umsetzung des Benachteiligungsverbotes aus Art. 3 Abs. 3 Grundgesetz soll offenbar niemanden stören, sie soll nicht teuer sein und den beteiligten Stellen keine allzu große Mühen bereiten. Diese Position können und wollen wir nicht hinnehmen. Wir fordern die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben und für jedes behinderte Kind das Recht, eine Regelschule zu besuchen. Wir treten für die Schaffung der politischen Rahmenbedingungen zur Gleichstellung behinderter Schülerinnen und Schüler in allen Bundesländern ein. Dieses Recht muß in Landesgleichstellungsgesetzen oder in den Schulgesetzen verankert werden. Am 6. Dezember fand bereits eine erste bundesweite Demo in Hannover statt, die von vielen Verbänden mitgetragen wurde - weitere Aktionen werden sicherlich folgen.

Hoher Besuch aus den USA





Organisiert durch die ISL besuchte Judith Heumann, Staatssekretärin im US amerikanischen Bildungsministerium in Washington und langjährige Streiterin der Independent Living Bewegung mitte November Deutschland. Von einem Zusammentreffen mit dem Bundespräsidenten Roman Herzog während der Eröffnungsveranstaltung in Berlin und Ignatz Bubis in Frankfurt, über Empfänge durch SozialministerInnen und BildungsministerInnen der Länder bis zu Besuchen von integrierten Schulen in Kassel und Frankfurt, absolvierte Judith Heumann ein 1wöchiges Programm, das sich sehen lassen konnte. Wichtig war vor allem, daß Judith Heumann bei diesen Gelegenheiten die Ansätze der amerikanischen Behindertenpolitik vorstellte und durch ihr eigenes Besipiel als Staatssekretärin mit hohem Assistenzbedarf, die einen Elektrorollstuhl nutzt, belegte. So standen Themen wie die Schaffung von Gleichstellungsgesetzen für Behinderte, die schulische Integration und die Selbstvertretung Behinderter auf der Tagesordnung, die ganz in unserem Sinne sind.

Seminar in der Ukraine

Gisela Hermes vom bifos und Ottmar Miles-Paul von der ISL führten zusammen mit Elisa Pelkonen von Disabled Peoples´ International vom 20.-24. September in Lviv in der Ukraine ein Seminar mit VertreterInnen ukrainischer Behindertenverbände und Ministerien über zukunftsweisende Ansätze in der Behindertenpolitik durch. Während dabei einerseits sozusagen an jeder Bordsteinkante deutlich wurde, welche Barrieren dort noch der Selbstbestimmung Behinderter entgegen stehen, wurde andererseits auch deutlich, daß es in der Ukraine ein großes Engagement zur Förderung der Selbstbestimmung Behinderter gibt, das eine gute Basis für eine weitere Zusammenarbeit bietet. So wird u.a. überlegt in Lviv ein Zentrum für selbstbestimmtes Leben Behinderter aufzubauen.



Ihre **ANTWORT** direkt an ISL

An die Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland - ISL e.V. Jordanstr. 5

34117 Kassel

AbsenderIn

Name: ____________________

Vorname: ____________________

Anschrift: ____________________

____

____

Telefon: ____________________ **ggf. Fax:** ____________________

ISL e.V.

____________ ____________

Datum **Unterschrift**

Ausfüllen, Ausschneiden, in einen Briefumschlag stecken, frankieren und zuschicken

Förderfonds stärken - neue Initiativen fördern

Rechtzeitig zur Zeit der Besinnung und Neuorientierung wollen wir Euch den Förderfonds zum selbstbestimmten Leben Behinderter ins Gedächtnis rufen, der sich zum Ziel gesetzt hat, neue Initiativen zum selbstbestimmten Leben Behinderter zu fördern. So ist es dank der finanziellen Unterstützung engagierter Einzelpersonen in den letzten Jahren gelungen, Initiativen wie dem ZsL Mainz, Selbstbestimmt Leben Hannover, Selbstbestimmt Leben Würzburg oder dem ISL-Projekt Peer Counseling in Berlin auf die Sprünge zu helfen, die heute ein fester Bestandteil unserer Bewegung sind. Überlegt Euch also bitte in einer ruhigen Minute, ob ihr diesen Förderfonds unterstützen könnt oder andere Leute kennt, die dazu bereit sind, denn auch die Selbstbestimmt Leben Bewegung kann nicht nur von Luft und Liebe leben.

Behinderte Eltern tagten in den USA

Ende Oktober trafen sich behinderte Eltern aus den USA und anderen Ländern in Oakland in Kalifornien. Gisela Hermes, die sich in diesem Bereich in Deutschland seit längerem engagiert, war es möglich, für die Selbstbestimmt Leben Bewegung an dieser Tagung teilzunehmen. Beeindruckt von einer Vielzahl neuer Ansätze in diesem Bereich will sie zukünftig über das bifos auch in Deutschland weitere Austauschmaßnahmen für behinderte Eltern organisieren.



Behindertenrat in Hessen gegründet

Am 2. Oktober 1997 wurde der Landes behindertenrat Hessen in Frankfurt gegründet. Entgegen dem unendlichen und nervenaufreibenden Gezerre auf Bundesebene ist es den hessischen Behinderten gelungen, sich klare Kriterien zu geben, so daß im Hessischen Landesbehindertenrat zum Beispiel behinderte Frauen gleichberechtigt vertreten sind und die Selbstvertretung dadurch sicher gestellt ist, daß nur behinderte Menschen bzw. deren gesetzliche VertreterInnen wählen und gewählt werden können. Vor allem wird die Gründung des unabhängigen Behindertenrates von der Politik gestützt, so daß zu hoffen ist, daß der Behindertenrat in Hessen eine wichtige Rolle zur Durchsetzung des ersten Landesgleichstellungsgesetzes für Behinderte spielen wird. Eine Herausforderung, der sich die ISL durch ihre gewählten Delegierten Christa Pfeil und Ottmar Miles-Paul gerne stellt.

Termine

16.-18.1.98	Tagung des Netzwerks Artikel 3 zur Gleichstellung Behinderter in Bad Segeberg
21.3.98	Aktionstag „Mobilität für Alle" mit Aktionen zur Zugänglichmachung des Nahverkehrs vor Ort
26.-28.3.98	„Die Würde des Menschen ist unantastbar - Gegen die Angriffe der Bioethik auf das Leben" Bundesweiter Kongreß mehrerer Behindertenverbände und der ISL in Kassel
5.5.98	Europaweiter Protesttag für die Gleichstellung Behinderter mit dezentralen Aktionen.

Weitere Termine und nähere Informationen gibt´s bei der ISL- Geschäftsstelle, Jordanstr. 5, 34117 Kassel, Tel. 0561/72885-46.

IMPRESSUM: Hg: Interessenvertretung „Selbstbestimmt Leben" Deutschland - ISL e.V. -, Förderfonds zum selbstbestimmten Leben Behinderter in Zusammenarbeit mit krüppeltopia e.V. - Verein zur Förderung der Emanzipation Behinderter
V.i.S.d.P.: Ottmar Miles-Paul ● Vertrieb: ISL e.V., Jordanstr. 5, 34117 Kassel, Tel. 0561/72885-46 fax: 0561/72885-29 E.-Mail: Miles-Paul@ASCO.nev.sub.de ● Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder
Für Blinde und Sehbehinderte ist dieses Info auch auf Diskette oder via E-Mail auf dem Brett cl/behindert/allgemein erhältlich

Eine starke Behindertenselbsthilfe braucht Bewegung
Bewegen auch Sie sich und werden Sie Mitglied der ISL

- ❑ **JA,** ich bin behindert oder chronisch krank und möchte **Mitglied in der ISL** werden und überweise den jährlichen Mitgliedsbeitrag von__________DM (mindestens 120 DM - 10 DM/Monat) auf das Konto der ISL 1187 333 bei der Kasseler Sparkasse BLZ: 520 503 53 Kennwort Mitgliedsbeitrag. (Die Einrichtung eines Dauerauftrages wird empfohlen).
- ❑ **JA,** ich bin nicht behindert und möchte das Engagement für ein selbstbestimmtes Leben Behinderter durch meine **Förderschaft im Förderfonds zum selbstbestimmten Leben Behinderter** unterstützen. Bitte senden Sie mir hierzu die entsprechenden Unterlagen zu.
- ❑ **JA,** ich finde die Arbeit der ISL gut und möchte dafür **Werbung machen**. Bitte schicken Sie mir hierfür entsprechende Unterlagen zu

Werden Sie *Mitglied* bei ISL





2. Orientierung:

Ein ganz zentrales Element unserer Arbeit sind die Orientierungsgespräche: Gerade wenn die Berufswahl oder Planung der weiteren beruflichen Perspektive aufgrund einer Behinderung oder Erkrankung eingeschränkt ist, ist es für viele Frauen ganz wichtig, einen Ort zu haben, an dem sie nicht auseinanderdividiert werden in weiblich, behindert, arbeitslos, sondern die Möglichkeit haben, ihre Geschichte zu erzählen und viele Fragen zu stellen. In einer solchen Beratung, die manchmal 1 ½ oder 2 Stunden dauert, können sie sich wieder ihrer eigenen Kräfte bewußt werden: Damit ist ein erster Schritt zur Entwicklung neuer beruflicher Perspektiven getan.

3. Begleitung

Aus vielen Orientierungsgesprächen entwickelt sich eine längere Begleitung: Ist ein konkretes Ziel ins Auge gefaßt, bieten wir ganz handfeste Unterstützung, wie zum Beispiel Hilfe bei Antragstellungen oder Begleitung bei Behördengängen - mit denen die meisten Frauen zuvor wenig gute Erfahrungen gemacht haben. Daneben geht es aber darum, etwa ein schief gelaufenes Bewerbungsgespräch oder eine schwierige Situation im Praktikum besprechen zu können. Und manchmal geht es auch um das, was in der Fachsprache gern Krisenintervention genannt wird: Bricht für eine Frau bei einer Arbeitserprobung eine Welt zusammen, weil sie der festen Überzeugung ist, daß der Absturz des Computers im Büro ihrer Arbeitsstelle auf ihr Konto geht, sind wir auch schon mal als Feuerwehr im Schnelleinsatz gefragt.

Ein Praktikum gibt den Frauen die Möglichkeit, ohne größeren Druck ihre Fähigkeiten und Stärken herauszufinden - und ist manchmal der Einstieg in eine „richtige Stelle".

Insbesondere bei den Begleitungen müssen wir mit jeder Frau neue Wege und Lösungen für ihre Fragestellung finden - die Frauen passen einfach nicht in die Strukturen und Maßnahmen, die das Instrumentarium der beruflichen Rehabilitation bietet. Nicht wenige Frauen haben bereits mehrere Maßnahmen ohne Erfolg hinter sich gebracht, wenn sie zu uns kommen.

Insgesamt geht es uns gerade in der Begleitung darum, mit den Frauen zu erarbeiten, daß sie auch in einer sehr schwierigen Lebenssituation mit scheinbar wenig Perspektive bestimmte Wahl- und Handlungsmöglichkeiten haben bzw. finden. Für viele ist dies ein erster Schritt in ein selbstbestimmteres Leben.

4. Beratung in Kooperation

Von Anfang an haben wir Kontakt zu anderen Beratungsstellen gesucht. Jetzt machen wir die Erfahrung: Kooperation zahlt sich aus. Manche Frauen kommen über andere Beratungsstellen, die Begleitung leisten, etwa aus dem sozialtherapeutischen Bereich oder aus dem betreuten bzw. unterstützten Wohnen. Hier ist nicht so sehr der ganzheitliche Blick, sondern die Fachkompetenz in Fragen der Erwerbstätigkeit gefragt. Kommt eine Frau in Begleitung ihrer Beraterin oder Betreuerin der anderen Institution, haben die Gespräche oft fast den Charakter einer äußerst kreativen Arbeitsgruppe. Wichtig ist uns, daß eine Abstimmung unter Beteiligten verschiedener Institutionen niemals über den Kopf einer ratsuchenden Frau hinweg geschieht, sondern nur, wenn sie sich selbst dafür entscheidet.

5. Gruppenarbeit

Gerade in sehr ländlichen Bereichen haben Frauen, die zu uns Kontakt aufnehmen, oft das Gefühl, sie seien die einzige mit den Problem, als Frau mit einer Behinderung eine Beschäftigung finden zu wollen oder auch zu müssen. Sie kennen keine anderen Frauen, die wie sie auf der Suche sind oder gar ihr Problem schon erfolgreich gemeistert haben. Und aus einer dörflichen Umgebung, wo jeder jeden kennt, kann eine Fahrt allein in die Stadt oder die Kontaktaufnahme zu fremden Menschen schnell als eine unüberwindbare Hürde erscheinen. Uns ist es darum ganz wichtig, ähnlich betroffene Frauen zusammenzubringen: Austausch, *gemeinsames* Überlegen und Planen ist eine gute Möglichkeit, Frauen bei einem Schritt aus der Vereinzelung zu stärken und sie zu ermutigen, beispielsweise an einem Bildungsangebot teilzunehmen. Seit Mai 1996 bietet *mobil*, die Marburger Beratungsstelle, einen vierzehntägig stattfindenden offenen Vormittagstreff an, der gut angenommen wird. Ein ähnliches Angebot im Landkreis Kassel befindet sich in Planung.

Gute Erfahrungen machen wir in der Beratung mit der Reaktion der ratsuchenden Frauen auf die Tatsache, daß wir selbst behindert sind. Der „Aha-Effekt" des Peer Counseling funktioniert zwar nicht immer - aber immer öfter. Auch wenn viele Frauen, die zu uns kommen, sich nicht als behindert bezeichnen würden, eine Frau mit einer offensichtlichen Einschränkung in einer berufstätigen Rolle zu sehen, macht vielen Mut. Wir wünschen uns mehr behinderte Frauen in der Beratung!

Was kann getan werden?

- Überlegungen zu einer besseren Förderung beruflicher Karrieren

Ein ganz wichtiger Bereich unserer Arbeit ist die Öffentlichkeitsarbeit. Zentral sind dabei zwei Ansatzpunkte:

Zum einen machen wir die Erfahrung, daß Kontakte der Frauen zu uns nur durch eine sehr breit gestreute Informationsarbeit zustande kommen.

Zum anderen wird vielen Menschen, zum Beispiel Bürgermeistern, Frauenbeauftragten oder auch potentiellen Arbeitgebern, erst bewußt, daß es

a) überhaupt behinderte Frauen gibt,

b) welche Probleme sie möglicherweise



haben, aber vor allem auch

c) daß die meisten von ihnen sehr motiviert sind und arbeiten können und wollen, wenn ihnen eine Chance dazu gegeben wird.

Viele Hindernisse liegen jedoch auch auf der politischen und der strukturellen Ebene. Die wichtigsten unserer Überlegungen zur einer besseren Förderung von behinderten Frauen - lassen sich so zusammenfassen:

Es fehlen Möglichkeiten der Ausbildung in Teilzeitmaßnahmen für Frauen, die aufgrund der Behinderung und/ oder der familiären Situation weniger belastbar sind.

Es fehlen Möglichkeiten der Unterstützung und Entlastung im häuslichen Bereich: Zum Beispiel ist es kaum möglich, während einer - oft sehr anstrengenden - Umschulung eine Haushaltshilfe finanziert zu bekommen, sofern keine kleinen Kinder im Haushalt leben.

Es fehlen Maßnahmen in Vorfeld von Ausbildung oder Umschulung, die behinderten Frauen in einer Gruppe die Möglichkeit zur beruflichen Orientierung geben. Mit zwei Orientierungskursen zur beruflichen Wiedereingliederung für behinderte Frauen bei Arbeit und Bildung e.V. in Marburg sind bereits gute Erfahrungen gemacht worden. Zur Zeit läuft ein neuer, fünfeinhalb Monate dauernder Kurs - mit sehr positiven Rückmeldungen der Teilnehmerinnen.

Möglichst viele Maßnahmen müssen wohnortnah angeboten werden. Oft ist das übrigens nicht nur besser, sondern auch wesentlich billiger.

Ganz wichtig ist der Aufbau eines flächendeckenden Netzes beratender und begleitender Dienste. (Bisher gibt es ein solches Netz nur für Menschen, die bereits erwerbstätig sind: die Psychosozialen Dienste - PSD) Insbesondere in ländlichen Regionen sollen diese Dienste mobil sein, dort beraten, wo die Frauen leben. Und: Die Beratung bzw. Begleitung muß über das Thema Erwerbstätigkeit im engeren Sinn hinausgehen, sich an den Lebenslagen der Frauen orientieren.

Erforderlich ist eine raschere Entwicklung von Alternativen zur Werkstatt für Behinderte: Wir machen die Erfahrung, daß viele Frauen, die behinderungsbedingt die Voraussetzungen für eine Ausbildung nicht erfüllen, lieber zu Hause bleiben, als in einer Werkstatt zu arbeiten. Gute Erfahrungen sind bereits mit Kursen für WfB-Beschäftigte gemacht worden, die die Werkstatt verlassen wollen. Leider werden solche Kurse von den örtlichen Arbeitsämtern selten finanziert. Wünschenswert wäre, daß solche Kurse geschlechtsspezifisch angeboten werden.

Es fehlen Möglichkeiten der unterstützten Beschäftigung, so daß beispielsweise Frauen mit einer geistigen Behinderung oder schwereren Körperbehinderung direkt am Arbeitsplatz trainiert und begleitet werden könnten.

Trotz aller Bemühungen werden viele Frauen keine Beschäftigung auf dem freien Arbeitsmarkt finden. Soll für sie Arbeitslosigkeit nicht zum „endgültigen Los" werden, müssen andere Wege der Qualifizierung und Beschäftigung gefunden werden. Alternativen zur Werkstatt für Behinderte sollten gestützt und ausgebaut werden, ohne dabei neue Ghettos entstehen zu lassen. Auch *hier ist auf frauenfreundliche Gestaltung zu achten. Vor allem aber notwendig ist eine bessere Kooperation der vielen verschiedenen Kosten- und Maßnahmeträger und ihre Öffnung für neue Ideen.*

Was ist aus Frau A. und Frau B. geworden?

Nach mehreren Beratungsgesprächen und weiteren erfolglosen Bewerbungen hat Frau A einen ganz normalen Ausbildungsplatz im Verwaltungsbereich einer Beschäftigungsfirma gefunden - durch einen heißen Tip meiner Kollegin.

Frau B. hat sich in den letzten Wochen nicht mehr gemeldet. Im letzten Gespräch klang an, daß sich mit einer beruflichen Umorientierung oder der Stellensuche überfordert fühlt. Stellt sie sich auf weitere zehn Jahre Arbeitslosigkeit ein? Ich werde ihr eine Einladung zu unserem offenen Vormittagstreff schicken. Und falls sie neugierig wird und wirklich kommt, wird sie *vielleicht* merken, daß sie mit ihrer Situation nicht allein ist. *Vielleicht* ist damit ein erster Schritt getan...

Trotz aller Hindernisse: Ich denke, berufliche Karrieren sind auch für behinderte Frauen möglich! Erforderlich ist vor allem engagiertes Hineindenken in Lebenslagen von Frauen. Erforderlich ist es, aus diesem Hineindenken Konsequenzen zu ziehen, neue Wege zu gehen. Erforderlich ist vor allem Mut zu manchmal etwas unkonventionelleren Lösungen.

Wir hoffen, daß die Auswertung der Dokumentation der beiden Beratungsstellen in Kassel und Marburg wesentlich zur konzeptionellen und praktischen Weiterentwicklung frauenspezifischer Konzepte in der beruflichen Rehabilitation auch in anderen Regionen beitragen kann.

ULRIKE LUX,
Beratungsstelle *mobil*, Marburg

mobil
Ulrike Braczko, Ulrike Lux
Arbeit und Bildung e.V.
Krummbogen 3
35039 Marburg
Tel. 06421/ 96 36 -24/-0

YENTL
Anita Grießer, Birgit Nabben
fab e.V.
Jordanstr. 5
34117 Kassel
Tel. 0561- 72 885-24/ -25



„frau anders" - Kontakt- und Beratungsstelle für behinderte Frauen

- ein Projekt des Frauenzentrum e.V. Suhl

Die Idee

Die Idee, ein Projekt für behinderte Frauen im Raum Suhl ins Leben zu rufen, habe ich erstmals im August 1995 an eine Vorstandsfrau des Suhler Frauenzentrums herangetragen. Wichtiger Bestandteil der Überlegungen war, das Projekt nach Möglichkeit nicht an eine Behindertenorganisation anzugliedern, sondern das Frausein behinderter Frauen auch durch den Träger zu betonen.

Seit der politischen Wende gab es in Suhl immer wieder Kontakte zwischen den Frauen, die 1990 den Verein Frauenzentrum gründeten und behinderten Frauen in Form von Gesprächen und Einladungen zu den Treffen des Suhler Frauennetzwerkes. So nahm ich am „Runden Tisch Frauen" und am „Runden Tisch Gewalt" der Stadt Suhl teil, behinderte Frauen beteiligten sich aktiv am Frauenstreiktag am 8. März 1994. Das Interesse an der Lebenssituation behinderter Frauen fand schon in der satzungsmäßigen Zielstellung des Frauenzentrums, für alle Frauen offen zu sein, seinen Ausdruck. So erschien eine Trägerschaft und engere Zusammenarbeit vorstellbar. Bald danach konnte ich den Vorstandsfrauen und Mitarbeiterinnen die Konzeption für eine „Kontakt- und Beratungsstelle für behinderte Frauen" vorlegen.

Anfang mit Hindernissen

Ein bauliches Hindernis, besonders für bewegungsbeeinträchtigte Frauen, waren die seit Bestehen des Suhler Frauenzentrums schwer bzw. unzugänglichen Räume in einem Dachgeschoß ohne Aufzug, so daß es bei frauenspezifischen Veranstaltungen und Begegnungen, die überwiegend in diesen Räumen stattfanden, kaum ein Miteinander gab. 1995 war aber das Jahr, wo sich das Frauenzentrum ein neues Domizil suchen mußte. Es wurde ein altes Haus gefunden, welches mit einigen Umbauten eine barrierefreie Zugänglichkeit ermöglichte. Ebenso schien es interessant, die bisherige Arbeit des Frauenzentrums wie z.B. Beratung, Unterstützung und Interessenvertretung von Frauen in unterschiedlichen Lebenssituationen und nach Gewalterfahrungen, Freizeitangebote und politische Aktivitäten, um die Spezifik von Frauen und Mädchen mit Behinderungen zu erweitern. So ging es dann recht schnell in die konkrete Planung um Umsetzung. Förderanträge wurden gestellt, Absprachen mit dem Hauseigentümer und dem Architekten erfolgten. Meine Arbeit als Projektleiterin begann am 1.1.96 - noch nicht in den Räumen des Frauenzentrums, die zu diesem Zeitpunkt noch einer Baustelle glichen und für mich als Rollstuhlbenutzerin nicht erreichbar waren - sondern von zu Hause aus mit allerlei improvisierten Beratungsmöglichkeiten in zugänglichen Räumen in der Stadt. Das erste halbe Jahr war geprägt von Vorstellungen der Konzeption in verschiedenen Gremien der Kommune und des Landes sowie örtlichen Behindertenverbänden und -gruppen, Fortbildungen, Fondraising und jeder Menge Ärger wegen der rollstuhlgerechten Zugänglichkeit. Diesbezügliche Vorstellungen von Hausbesitzer, Architekt und Handwerkern wichen immer wieder von meinen Bedürfnissen und Wünschen ab, wichtige Entscheidungen wurden ohne mich getroffen. Letztendlich wurde solange diskutiert und argumentiert, aufgebaut und abgerissen, bis wir alle mit dem Ergebnis leben konnten.

Anspruch ...

Die inhaltlichen Zielstellungen von *„frau anders"*, wie wir das Projekt in seiner Kurzform nannten, orientierten sich an den Erfahrungen aus Projekten behinderter Frauen, die innerhalb der Zentren für selbstbestimmtes Leben arbeiteten oder gearbeitet haben, einschließlich des Peer Counselings für behinderte Frauen. So werden u.a. durch Beratung, Informationen und konkrete Hilfen behinderte Frauen und Mädchen ermutigt, eine Identität als Frau mit Behinderung zu finden, eigene Bedürfnisse und Wünsche zu entwikkeln, zu benennen und durchzusetzen, Kontrolle über ihren Körper und ihren Alltag - auch in Pflegesituationen - zu erlangen und mehr Lebensqualität durch individuelle Hilfen und eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu erreichen. Die Kontakt- und Beratungsstelle für behinderte Frauen will ebenso dazu beitragen, bisher unzugängliche Frauenangebote auch für behinderte Frauen zu öffnen und andererseits Freiräume zur Abgrenzung und Selbsterfahrung für behinderte Frauen anbieten. Weiterer Anspruch ist, innerhalb des Landes Thüringen die Lebenssituation behinderter Frauen bekannt zu machen und Verbesserun-

gen einzufordern sowie die Grundlagen für eine Vernetzung zu schaffen.
Durch die Zielstellung soll auch die Auseinandersetzung behinderter Frauen in den neuen Bundesländern mit ihrer Lebenssituation als Frau und als Behinderte angeregt werden. Die stetige Vergangenheits- und Gegenwartsbewältigung hat bisher dazu geführt, daß diese Auseinandersetzung immer noch in den Kinderschuhen steckt.
Das Thüringer Ministerium für Soziales und Gesundheit lehnte eine Modellförderung mangels finanzieller Mittel ab. Von kommunaler Seite aus gab es Anerkennung und moralische Unterstützung, aber auch Bemerkungen, daß eine Anlaufstelle „nur" für behinderte Frauen nicht gebraucht würde und durch die bereits vorhandenen Angebote für Behinderte abgedeckt werden kann. Rückenstärkung kam von Ansprechpartnern verschiedener Behindertenorganisationen oder Selbsthilfegruppen, die sich mit den „Frauenproblemen" oder Gewaltsituationen überfordert fühlten.

... und Angebot

Die Beratung und Unterstützung von behinderten Frauen lief im ersten halben Jahr auf Sparflamme, aber es gab sie ebenso wie ein Gruppenangebot in den Räumen eines Suhler Behindertenverbandes. Ab Mai 1996 hatte *„frau anders"* ein eigenes Büro und konnte Räume des Frauenzentrums mitnutzen. Die offizielle Einweihung fand dann im Juni mit recht guter öffentlicher Resonanz statt.
Aber auch danach zog keine Routine ein. Es gab eher ein spannendes Auf und Ab zwischen Verwaltungstätigkeit, Geldbeschaffung und inhaltlicher Arbeit.
Spätestens hier wurde mir der enorme Arbeitsumfang des Projektes bewußt. Ich selbst arbeite 20 Std. wöchentlich, Unterstützung bekam ich durch eine Arbeitsassistentin - für ein Jahr als ABM.

Beratung, Information und Austausch

Häufiges Anliegen von Frauen, die in die Beratungsstelle kommen, war und ist die Unterstützung bei der Durchsetzung existenzieller Ansprüche, wie Pflegegeld, Sozialhilfe, Wohngeld, Rente, Kfz-Hilfe u.a. Manchmal suchen Frauen in sehr schwierigen und komplizierten Lebenssituationen, für die es keine aktuellen Lösungen gibt, aber einfach nur Raum, über ihre Befindlichkeiten zu sprechen und durch ein Stück gemeinsamen Aushaltens wieder etwas Kraft und Mut zu finden.
Seit Beginn des Projektes zieht sich die Thematik sexuelle Gewalt wie ein roter Faden durch meine Arbeit. Praktisch ergeben sich daraus verschiedene Formen der Unterstützung und Begleitung betroffener Frauen, schwerpunktmäßig auf den laufenden oder in Aussicht stehenden Prozeß bezogen, wenn die Anzeigen bereits liefen, bevor die Frauen oder Mitarbeiterinnen von Einrichtungen in die Beratungsstelle kamen. Inzwischen nutzen Frauen das Beratungsangebot auch für ihre Entscheidungsfindung, ob sie die Gewalttat anzeigen bzw. öffentlich machen oder nicht. Die Präsens von sexueller Gewalt - auch über die Frauenhausarbeit meiner Kolleginnen - war Anlaß, in Form von Faltblättern (in Überarbeitung und Ergänzung bereits vorliegender Faltblätter der AG Sexuelle Gewalt des Hessischen Netzwerkes behinderter Frauen) - einmal für Betroffene, zum anderen für Beratungsstellen und andere Interessierte - besonders im Raum Thüringen Multiplikatorinnen darüber zu informieren bzw. behinderten Frauen und Mädchen Unterstützungsangebote aufzuzeigen.
Im Juni 1997 konnten wir - erstmalig in Thüringen - einen Selbstverteidigungskurs für körper- und sehbehinderte Frauen in Suhl durchführen und sind gerade bei der Organisation eines Folgekurses.
Weiterhin gibt es auch Anfragen aus Thüringen zu Informationen und Literatur zur Sexualität geistig behinderter Menschen, zu Wohnmöglichkeiten aber auch immer wieder politisches Interesse an der Lebenssituation behinderter Frauen.
Frauen - meist mit Körperbehinderungen - kommen regelmäßig, einmalig oder so lange in die Beratungsstelle, bis ein konkretes Problem gelöst ist. Hierbei ist es mir wichtig, einen weitgefächerten funktionierenden Hintergrund in Form von anderen BeraterInnen, PsychologInnen u.a. zu haben, um ggf. darauf zurückgreifen zu können, wenn meine eigenen Grenzen spürbar werden oder Co-Beratung bzw. Teamarbeit ratsam erscheint.

Stammtisch

Seit Oktober 1996 treffen sich 14-tägig körper- und/oder sehbehinderte Frauen bei „frau anders um 5", dem offenen Stammtisch für behinderte Frauen im Frauenzentrum, wobei sich die teilnehmenden Frauen selbst an der Organisation, räumlichen und inhaltlichen Ausgestaltung beteiligen. Sind zu manchen Treffen Referentinnen zu Themen eingeladen, die mehr informativen als Selbsterfahrungscharakter haben, gibt es eine Öffnung auch für andere Interessierte.
Nachdem der Stammtisch ohne besondere Vorstellungen über Inhalte erstmal lokker angelaufen ist, haben wir neben feuchtfröhlicher Gemütlichkeit in diesem Jahr ganz bewußt begonnen, in Selbsterfahrungsseminaren an unserer eigenen Identität zu arbeiten. Die Frauen, die zum Stammtisch kommen, sind zwischen 20 und 60 Jahren, auf dem 1. Arbeitsmarkt oder in einer WfB beschäftigt oder arbeitslos, alleinstehend oder in einer Partnerschaft bzw. Familie lebend.
Inzwischen nutzen einzelne behinderte Frauen die Veranstaltungsangebote des Frauenzentrums auch außerhalb des Stammtisches. Ein Beginn von Normalität.

Vereinsarbeit und Vernetzung

Dienstberatungen finden gemeinsam mit den anderen Mitarbeiterinnen des Frauenzentrums und Frauen des Vorstandes statt, so daß die Mitarbeiterinnen aller drei Projekte des Vereins - Beratung und Begegnung für Frauen und Mädchen „Klappe zwo", Frauenhaus und die Kontakt- und Beratungsstelle für behinderte Frauen *„frau anders"* - auch projektübergreifend arbeiten, über neue Vorhaben, aufgetretene



Probleme u.v.a. gegenseitig informieren und beraten sowie Entscheidungen treffen.
Das waren - neben den ständigen Bemühungen, die finanzielle Sicherung der Beratungsstelle und diversen Antrags- und Abrechnungszwängen, die ich für die inhaltliche und organisatorische Arbeit als sehr hinderlich, weil zeitraubend empfinde - einige Einblicke in meinen Arbeitsalltag. Aber eigentlich passiert da noch viel viel mehr.

Interessenvertretung

Hinsichtlich der politischen Mitwirkung und Interessenvertretung bieten sich verschiedene Möglichkeiten in Gremien der Kommune und auf Landesebene, die für mich jedoch nicht erst mit dem Frauenprojekt begonnen haben. Den Möglichkeiten stehen allerdings meine zeitlichen und körperlichen Grenzen
entgegen, was nicht immer auf Verständnis trifft. So könnte ich neben der Arbeit in der Beratungsstelle heute an der Sitzung des Behindertenbeirates teilnehmen, morgen in der AG Gewalt wirksam werden, übermorgen zu einer Anhörung zur Pflegesituation in den Thüringer Landtag fahren, mich in der Fachgruppe Frauen beim PARITÄTischen einbringen, an einer Beschlußvorlage zum barrierefreien Bauen in Suhl mitarbeiten und am Wochenende an einem Seminar teilnehmen oder Akten für die nächste Sitzung des Widerspruchsausschusses der Hauptfürsorgestelle Thüringen durcharbeiten. Irgendwie tue ich es auch immer wieder, aber wie lange noch ?
Eine kontinuierliche Präsenz in allen Gremien auf kommunaler Ebene ist derzeit weder von mir noch von anderen behinderten Frauen in unserer Stadt zu leisten. Sich für eine Sache mit vollem Engagement einzubringen, halte ich für sehr wichtig und sinnvoll. Derzeit heißt es aber eher, Prioritäten zu setzten und dort zu agieren, wo am ehesten etwas bewirkt werden kann. Da wir Frauen mit Behinderungen nach meiner Ansicht den sich bietenden Mitwirkungs- und Mitsprachemöglichkeiten in eigener Sache - auch durch Mitgliedschaften in Parteien und deren Gremien - derzeit nicht gerecht werden können, bleibt auch offen, ob unsere Forderungen tatsächlich Eingang in Gesetze und Parteiprogramme finden würden. Wenn wir aber wirksame Veränderungen durchsetzen wollen, müssen wir von der kommunalen Ebene und den punktuellen Lösungen zu anderen Strategien übergehen.

Grenzen

Wie bereits angedeutet, erlebe ich die Basisarbeit sehr personbezogen. Das hängt sicher mit meinen Aktivitäten und meinen Ansichten zusammen, die ich in den Jahren seit der politischen Wende auch immer wieder öffentlich vertreten habe. Dabei entwickeln sich natürlich Vertrauensverhältnisse, ein Bekanntheitsgrad und sicher auch eine Vorbildfunktion durch die eigene Lebensweise. Ich finde zwar in dieser Rolle eine Menge Selbstbestätigung, unterliege aber auch der ständigen Herausforderung, meine eigenen Grenzen zu erkennen und zu setzen und fühle mich durchaus von einer anderen Frau mit ähnlichen Fähigkeiten ersetzbar.
Besonders heftig erlebe ich den Rollenwechsel Leiterin-Teilnehmerin an unserem Stammtisch. Selbst durch Einbeziehung der anderen Frauen und Abgabe von Verantwortlichkeiten finde ich als „Nur-Teilnehmerin" wenig Akzeptanz und habe letztendlich doch die Fäden in der Hand.
Neben der Freude an meiner Arbeit und den großen und kleinen Erfolgen in der Beratungstelle empfinde ich auch die Belastungen durch die nicht sehr günstige personelle und finanzielle Konstellation.
Auch die Unterstützung meiner
Kolleginnen des Frauenzentrums, durch teilweise Übernahme von Verwaltungs-, besonders buchhalterischen Arbeiten und gelegentlicher Arbeitsassistenz sowie das fachliche Unterstützungspotential im Hintergrund kann die eigentlich fehlenden ein bis zwei Mitarbeiterinnen - die damit verbundene Aufgabenteilung - und ständige Arbeitsassistenz nicht ersetzen. Diese Stellen können jedoch in einer so kleinen Trägereinrichtung mit wenigen hauptamtlichen Mitarbeiterinnen nicht geschaffen werden, da infolge der Aufgabenstellung mit dem Schwerpunkt Beratung und Unterstützung von Frauen kaum Einnahmen erzielt, aber von Förderrichtlinien verlangt werden. Ebenso fehlt hier das Potential,



alternative Einnahmequellen aufzubauen ohne die laufende Arbeit zu vernachlässigen. Sponsoren erscheinen wir und unsere Klientel offensichtlich auch nicht gerade lukrativ.
Daher wünsche ich mir perspektivisch vor allem eine generell andere Förderpolitik von Beratungs- und Anlaufstellen für Frauen und für behinderte Menschen. Der Zwang, immer mehr Einnahmen zu erwirtschaften, weil immer weniger Fördermittel fließen, erschwert die inhaltliche Arbeit in manchmal nicht mehr erträglichem Maße. Für effektiver (oder wünschenswert) halte ich es auch, wenn der Träger insgesamt über eine stabile finanzielle Basis und einen eigenen Verwaltungsbereich verfügt. Aber genau das scheint im Sozialbereich politisch nicht gewollt zu sein.

Ausbau und Ausblick

Dennoch gebe ich der Frauenberatung bzw. Projekten behinderter Frauen aufgrund der seit Jahren erfolgten Sensibilisierung durch behinderte Frauen auf allen politischen Ebenen auch weiterhin Chancen. Wir haben MitstreiterInnen gefunden, die unsere Position stärken. Das, was wir behinderten Beraterinnen tun und taten, sollte nicht mehr wegzudenken sein, aber damit unsere Arbeit wirklich nicht mehr wegzudenken ist, bedarf es noch weiterer Erfolge bzgl. einer gesicherten Finanzierung.

Inhaltlich gesehen kann ich mir unter Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für *„frau anders"* zukünftig den Ausbau von Gruppenangeboten, die bessere Einbeziehung von Frauen aus dem ländlichen Raum, von Frauen mit geistigen und Hörbehinderungen oder die in Einrichtungen leben sowie älteren behinderten Frauen und behinderten Mädchen vorstellen und halte das auch für notwendig. Weiterhin denke ich an eine Intensivierung der Kontakte zu allen Frauengremien der Region und zu anderen Beratungsstellen, die sich schwerpunktmäßig mit sexueller Gewalt beschäftigen.

Noch fehlen Angebote zur kontinuierlichen Krisenintervention für behinderte Frauen nach Gewalterfahrungen durch kompetente Psychotherapeutinnen. Auch hinsichtlich der Vernetzung behinderter Frauen könnte noch mehr in Thüringen getan werden.

Neben Weiterbildungsangeboten und regelmäßiger Supervision halte ich den Austausch mit anderen behinderten Beraterinnen für sehr wichtig und wünsche mir in diesem Zusammenhang ein Aufleben des bundesweiten „Forums Arbeit mit behinderten Frauen".

Letztendlich muß perspektivisch die eigenständige und von Peer Counselorinnen durchgeführte Frauenberatung relevanter Bestandteil jeglicher Beratungsarbeit für behinderte Menschen sein. Projekte, die das schon praktizieren, nehmen so eine Voreiterrolle gegenüber Beratungsstellen anderer Behindertenorganisationen ein, die die Spezifik behinderter Frauen noch nicht differenziert sehen und behandeln.

Neben diesem Ansatz muß aber auch eine weitere Annäherung zwischen behinderten und nichtbehinderten Frauen, ihren Organisationen und Projekten mit dem Ziel erfolgen, daß innerhalb der Frauenarbeit und Frauenpolitik behinderte Frauen und ihre Bedürfnisse zum Selbstverständnis werden.

In diesem Sinne sehe ich das Projekt *„frau anders"* und meine damit verbundene Arbeit durchaus als einen gelungenen Anfang an.

BARBARA STÖTZER, SUHL





Wildwasser Freiburg

Wildwasser Freiburg ist ein parteiliches Frauenprojekt gegen sexuellen Mißbrauch an Mädchen und Frauen.

In der fachlichen und öffentlichen Diskussion des Themas fallen Frauen und Mädchen mit Behinderungen als Opfer meist unter den Tisch. Daher hatten wir beschlossen, diesbezüglich einen neuen Schwerpunkt unserer Arbeit zu initiieren. Für die Konzeption und Durchführung konnten wir eine Sozialpädagogin mit Behinderung einstellen.

Parteilichkeit bedeutet für uns:
- das Ernstnehmen dessen, was ein Mädchen/eine Frau uns schildert
- die Benennung gesellschaftlicher Ursachen
- daß eine Frau/ ein Mädchen mit Behinderung die Möglichkeit haben sollte, mit einer Beraterin zu sprechen, die selbst eine Behinderung hat.

Unser Projekt ist nicht als ge-sonderte Beratungsstelle für behinderte Frauen und Mädchen zu verstehen. Unser Anliegen ist es vielmehr, der allgemeinen Ausgrenzung entgegenzuwirken, d.h. Frauen/Mädchen mit und ohne Behinderungen anzusprechen, ohne in der inhaltlichen Auseinandersetzung die spezifische Situation zu vergessen, die eine Behinderung in unserer Gesellschaft mit sich bringt.

Unsere Angebote sind:
- die Kontakt und Informationsstelle: Di und Do 9.00-12.00 Uhr, Mi 14.00-17.00 Uhr Beratungsgespräche (nach tel. Vereinbarung) für Betroffene, ihren Bezugsfrauen oder Angehörigen
- Selbsthilfegruppen, integrativ oder als nichtbehindert-freier Raum,
- eine angeleitete Mädchengruppe

Öffentlichkeits- und Fortbildungsarbeit:
- Vorträge und Fortbildungen, z.B. zu bestimmten Aspekten des Thema „sexueller Mißbrauch" sowie zu „Sexueller Gewalt gegen Frauen und Mädchen mit Behinderung"
- Veranstaltungen für Mädchen und Frauen mit Behinderung zu
- Themen wie Selbstbehauptung, Grenzverletzungen, Rollenerwartungen, Frausein u.a. (auf Wunsch in Einrichtungen).
- Gestaltung von Mütterabenden in Kindergärten und Schulen.
- Verleihbibliothek mit Büchern und Videos zum Thema

Unsere Räume sind Frauenräume, sie liegen ebenerdig und sind im Moment nur für Rollis bis 80 cm Breite zugänglich.

Parkmöglichkeiten gibt es in der Faulerstraße, von der es bis zu unserer Tür etwa 50 m ist. Gehörlose Frauen sollten eine Dolmetscherin mitbringen, da wir in der Gebärdensprache nicht so fit sind.

**Wildwasser Freiburg e.V.
Adlerstr. 12
(Eingang Faulerstraße)
79098 Freiburg
Tel.: 0761/33645 (auch AB)**



Mädchentreff

bei „Autonom Leben"

Viele von uns FrauenLesben mit Behinderung, deren Behinderung nicht erst im Erwachsenenalter eingetreten ist, setzen sich schon lange damit auseinander, wie unsere Sozialisation verlaufen ist. Oft geht es darum, was uns geprägt oder auch gefehlt hat. Unter uns besteht z.B. oft Einigkeit darüber, daß uns früher erwachsene behinderte Frauen als Ansprechpartnerinnen fehlten. Auch sind wir uns bekanntlich oft einig darüber, daß unser Geschlecht früher eher eine nebensächliche Rolle gespielt hat.

In unseren Frauenzusammenhängen bei „Autonom Leben" war deshalb schon lange immer mal wieder Thema, daß wir doch eigentlich dringend mal das schaffen müßten, was uns als Mädchen gut getan hätte. Als Mitarbeiterin der Beratungsstelle von „Autonom Leben" hätte ich ein solches Angebot wahrscheinlich relativ unbürokratisch schaffen können. Aber mir war und ist es auch heute noch wichtig, dies nicht alleine zu tun. Wir hielten und halten es für sinnvoll, Einen solchen Treff von zwei unterschiedlich behinderten FrauenLesben anleiten zu lassen.

Wir beantragten deshalb Gelder für ein Mädchenprojekt bei unterschiedlichen Stellen, weil wir die Hoffnung hatten, u.a. Honorargelder für eine Studentin zu bekommen. Diese bekamen wir nicht. Aber was wir sehr unerwartet und kurzfristig von der Jugendbehörde bekamen, waren Gelder für einen WenDo-Kurs für Mädchen.

Unser Wunsch, einerseits die Gelder für den WenDo-Kurs in Anspruch zu nehmen, andererseits aber auch den Kurs, wie in unserem geplanten Projekt vorgesehen, im Rahmen des Mädchentreffs stattfinden zu lassen, schaffte also Fakten.

Im Januar '96 starteten wir den Treff mit 9 unterschiedlich behinderten Mädchen und jungen Frauen, die sich aber klar als Mädchen definierten. Wir hatten übrigens erst geplant, den Treff nur für Körper- und sinnesbehinderte Mädchen anzubieten, weil wir glaubten, mit sogenannter geistiger Behinderung überfordert zu sein. Aber schon die ersten Interessentinnen waren sehgeschädigt und körperbehindert, standen aber auf der Grenze zwischen lern- und sogenannter geistiger Behinderung. Natürlich haben wir sie nicht weggeschickt. Im ersten Jahr waren im Treff 9 unterschiedlich behinderte Mädchen und junge Frauen im Alter von 12 bis 22. Einige besuchten die Realschule, andere hatten die Schule für Menschen mit geistiger Behinderung besucht. Aber der Treff verstand sich als Gruppe. Die Tatsache, daß wir ihn zu zweit anboten, ermöglichte uns, unterschiedlichen Interessen der Teilnehmerinnen gerecht zu werden.

Die Idee, den Treff mit einem WenDo-Kurs, der an drei Freitagnachmittagen stattfand, beginnen zu lassen, erwies sich als total sinnvoll. Denn die Mädchen konnten zusammen etwas machen. So übten sie, „Nein" zu sagen, was für einige Teilnehmerinnen heute noch als das Wichtigste im Kurs empfunden wird. Alle machten vor allem die Erfahrung, daß sie sich trotz ihrer Behinderung wehren und durchsetzen können. Da der Kurs von drei WenDo-Trainerinnen und mir gemeinsam angeboten wurde, konnte ich die gemachten Erfahrungen später bei Bedarf im Treff immer wieder aufgreifen.

Die Teilnehmerinnen, die jetzt noch im Treff sind, möchten übrigens unbedingt noch einen WenDo Kurs machen. Für Ideen (im Zweifel natürlich auch konkrete Mittel) für die Finanzierung eines solchen Kurses wäre ich dankbar.

Inzwischen hat sich die Zusammensetzung des Treffs geändert. Zur Zeit sind es vier Teilnehmerinnen, die neben anderen Behinderungen auch eine Lernbeeinträchtigung haben.

Nach manchen Treffen freuen wir Anbieterinnen uns schon darüber, wenn die Mädchen wirklich miteinander geredet, und sich nicht einzeln auf uns fixiert haben. Manchmal sind wir übrigens auch ein Treff für Mädchen, junge Frauen und Hunde. Zum Einen spielt meine Führhündin Alexa im Treff eine wichtige Rolle, zum Anderen kommunizieren zwei der Teilnehmerinnen oft über Bellen und Fiepen. Alexa findet diese Kommunikation immer sehr spannend. Chasa, die den Treff gemeinsam mit mir leitet, und ich wissen dann in der Regel nicht, was die drei sich gerade erzählen... - Muß ja auch nicht!

Aber auch uns macht der Treff Spaß. Wir halten auch unsere Zusammensetzung für sehr gut.

Gerade haben wir gemeinsam einen Brief für weitere Interessentinnen entworfen, der in nächster Zeit verschickt bzw. verteilt werden soll.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, ihn auch über diesen Weg zu verbreiten. Leserinnen, die potentielle Interessentinnen kennen, bitte ich, die Info weiterzugeben:

„MÄDCHENTREFF

An alle behinderten Mädchen und jungen Frauen ab 13

Wir sind ein offener Treff für Mädchen und junge Frauen mit verschiedenen Behinderungen.

Wir treffen uns alle zwei Wochen Mittwochs von 17 bis 19 Uhr in den Räumen von Autonom Leben in der Langenfelder Str. 35.

Dort machen wir verschiedene Sachen, wie zum Beispiel Kochen, Vidiofilme gucken, spazieren gehen, Eis essen, oder einfach auch klönen. Bei schönem Wetter sitzen wir auch draußen im Garten von „Autonom Leben".

Einige von uns haben auch schon einen WenDo Kurs gemacht, wo wir geübt habenk uns besser durchzusetzen und zu wehren.

Im Treff sind keine Jungen. Im Treff sind auch keine nichtbehinderten Erwachsenen, denn auch die beiden Frauen, die mit uns gemeinsam den Treff machen, haben auch eine Behinderung.

Deshalb können wir über alle Mädchen- und Frauenthemen reden.

Wir können auch über Partnerschaft reden. Dabei ist es egal, ob es um Beziehungen mit Jungen oder mit Mädchen geht.

Wir entscheiden immer zusammen, wozu wir Lust haben und was wir machen.

Wir würden uns im Treff sehr über neue Mädchen und junge Frauen freuen.

Wenn Ihr neugierig geworden seid, oder Fragen zum Treff habt, könnt Ihr Euch unter der Nummer 432 90-149 bei Bärbel von „Autonom Leben" melden. Sie ist dort Montags von 9 bis 15 Uhr und Donnerstags von 9 bis 19 Uhr erreichbar. Es gibt aber auch einen Anrufbeantworter, auf den Ihr sprechen könnt.

Die Räume von Autonom Leben" sind natürlich mit dem Rollstuhl erreichbar.

Wir vom Treff"

Bärbel Mickler



Resümee eines Forschungsprojektes

Im Zeitraum 1993 bis 1995 wurde im Rahmen des Förderprogrammes Frauenforschung des Berliner Senats für Arbeit und Frauen das Forschungsprojekt „Die Veränderung der Lebenssituation von Frauen mit Beeinträchtigungen im Ostteil Berlins seit der Wiedervereinigung Deutschlands" gefördert. An diesem Projekt arbeiteten drei (teilweise vier) Frauen. Als Ergebnis dieses Projektes liegt ein ziemlich umfangreicher Bericht vor (einzusehen im Institut für Gesundheitswissenschaften der Technischen Universität Berlin oder in der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen). Im September 1995 haben wir an der Technischen Universität eine Tagung durchgeführt, auf der wir die Ergebnisse des Forschungsprojektes vorgestellt haben.

Dies alles liegt nun schon mehr als zwei Jahre zurück. Dies ist ein langer Zeitraum und für mich stellt sich die Frage, ob es heute noch sinnvoll erscheinen kann, über dieses Projekt zu schreiben. Das Datenmaterial erscheint mir bereits Historie zu sein. Ende des vergangenen Jahres habe ich mich nochmals mit der Thematik beschäftigt und war auf der Suche nach aktuelleren Aussagen. Aber ich konnte damals keine neueren Daten finden. Vielleicht sieht das aber heute schon anders aus und ich weiß es nur nicht!

Als wir vor nun mehr als vier Jahren mit dem Forschungsprojekt begannen, wollten wir im Ergebnis eine aussagefähige Analyse zu verschiedenen Lebensbereichen von Frauen mit Beeinträchtigungen im ehemaligen Ostberlin vorlegen. Wir beschränkten uns auf diesen Teil der Stadt, da es für das Gebiet der alten DDR bislang keine Untersuchungen zum Thema gab. Wir haben mit einem halbstandardisierten Fragebogen gearbeitet und im Laufe von ca. 15 Monaten knapp 200 Berliner Frauen mündlich befragt. Wir haben Frauen befragt, die wir über Behindertenverbände, über Pressemeldungen, über verschiedene Beratungsstellen für unser Projekt interessieren konnten. Das Alter der Befragungsteilnehmerinnen lag zwischen 18 und 65 Jahren.

Wir haben bewußt den Weg der mündlichen Interviews gewählt, da sich nicht jede Frage mit einem einfachen Ja , einem Manchmal oder einem Nein beantworten ließ. Viele zusätzliche Gesprächsinformationen konnten in die Auswertung einbezogen werden. Ich denke, daß dies richtig war, denn es ist anzuzweifeln, ob die Lebenssituation von Frauen mit Beeinträchtigungen in ihrer Spezifik durch ausschließliche quantitative Untersuchungsmethoden darstellbar ist.

Wir hatten für das Projekt folgende Schwerpunkte gewählt:

- die familiäre Situation
- die Zeit der Schul- und Berufsausbildung
- die Erwerbssituation in der DDR und heute
- die finanzielle Situation
- das gesundheitliche Befinden
- Hilfebedarf und Unterstützungspotential
- Zugänglichkeit öffentlicher Einrichtungen
- erlebte Umweltakzeptanz.

Etwas mehr als ein Drittel der Befragten lebte in einer Partnerschaft. Ähnliche Ergebnisse liegen für die Bundesrepublik (alt) vor, wonach 38% der Frauen mit Beeinträchtigungen verheiratet waren. Frauen, deren Beeinträchtigung im Erwachsenenalter eintrat, gaben häufig an, daß ihre Ehen geschieden wurden. Fast drei Viertel aller geschiedenen Frauen erwarben ihre Beeinträchtigung erst im Erwachsenenalter. Von diesen schätzen rund zwei Drittel ein, daß sie aufgrund ihrer Beeinträchtigung allein leben.

Überdurchschnittlich groß war der Anteil alleinlebender Frauen mit einer seit der Geburt bestehenden Beeinträchtigung. Von dieser Frauengruppe lebten rund 51% noch nie in einer Partnerschaft.

Insgesamt glaubten unter den alleinlebenden Befragten rund 65%, daß sie ausschließlich bzw. zum Teil aufgrund ihrer Beeinträchtigung allein leben.

Die Mehrzahl der im Projekt befragten Frauen verfügten über eine abgeschlossene Schul- bzw. Berufsausbildung. Nur 2,3% der Befragungsteilnehmerinnen gaben an, keinen Schul- bzw. 27,3% keinen Berufsabschluß zu haben (Davon befanden sich zum Zeitpunkt der Befragung 5,8% in eine Berufsausbildung). Rund 70% der Frauen ohne Berufsabschluß waren von Geburt an beeinträchtigt oder haben diese bereits im Kindesalter erworben. Als Hauptgründe für den fehlenden Berufsabschluß gaben je 50% das eingeschränkte Angebot an Ausbildungsstellen oder gesundheitliche Gründe an. Im Vergleich zur Berufsausbildung von Frauen insgesamt im Untersuchungsgebiet haben Frauen mit Beeinträchtigungen deutlich häufiger keinen Berufsabschluß (16% zu 27%).

Ein Schwerpunkt der Studie war die Analyse der Erwerbsbeteiligung von Frauen mit Beeinträchtigungen.

In unserer Untersuchung folgte bei 90% der befragten Frauen nach der Schul- und Berufsausbildung eine Erwerbstätigkeit. Rund 27% der befragten Frauen schieden bereits vor 1990 aus dem Erwerbsleben aus. Das waren in der Mehrzahl Frauen, deren Beeinträchtigung erst im Erwachsenenalter eintrat (46% dieser Frauengruppe).

Etwa 77% davon gaben für die Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses gesundheitliche Gründe an. Als weitere Gründe wurde genannt, daß keine Arbeitsstelle im erlernten Beruf gefunden wurde bzw. familiäre Gründe für das Ausscheiden aus dem Erwerbsleben vorlagen. Unter den Befragungsteilnehmerinnen waren 10% nie erwerbstätig. Das waren ausschließlich Frauen, deren Beeinträchtigung vor dem 18. Lebensjahr eintrat bzw. bereits seit der Geburt bestand.

Das zeigte,daß trotz bestandener staatlicher Regelungen der DDR diejenigen Frauen, deren Beeinträchtigung seit Geburt bestand bzw. vor dem vollendeten 18. Lebensjahr eintrat, einem erschwerten Zugang zu einer Erwerbstätigkeit in der DDR gegenüberstanden, wobei dies wohl nicht eine Geschlechterfrage war, sondern die Ursache vielmehr in der Schwere der Beeinträchtigung zu suchen ist.
Zum Zeitpunkt der Interviews waren lediglich noch 34% der befragten Frauen erwerbstätig (darin eingeschlossen waren auch die Frauen, die im Bereich der Hinzuverdienstgrenze beschäftigt waren).
Davon arbeiteten

- rund 60% in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis (etwa die Hälfte der erwerbstätigen Hoch- und Fachschulabsolventinnen bzw. 2/3 der erwerbstätigen Arbeiterinnen) und
- rund 40% in einem befristeten Arbeitsverhältnis.

Die Erwerbstätigkeit nach der Wende war für unsere Befragungsteilnehmerinnen sehr häufig mit einem Wechsel der Arbeitsstelle bis hin zur Aufnahme neuer (berufsfremder) Tätigkeiten verbunden. Weniger als ein Drittel der erwerbstätigen Frauen waren zum Zeitpunkt unserer Interviews noch auf dem gleichen Arbeitsplatz wie vor 1990 tätig. Bei knapp der Hälfte der erwerbstätigen Befragungsteilnehmerinnen hat sich der Arbeitsplatz als auch die Tätigkeit geändert. Vielfach wurde gesagt, daß die Tätigkeiten nicht der eigentlichen Qualifikation entsprach. Frauen mit Beeinträchtigungen wurden zur Zeit der DDR in Berufen ausgebildet, wo es heute nur noch wenige Arbeitsplätze gibt. So waren beispielsweise Der Beruf der Schneiderin oder der Mechanikerin typische Ausbildungsrichtungen für Frauen mit Hörbeeinträchtigungen. (Bei erwerbstätigen Frauen ohne Beeinträchtigungen haben sich nach Angabe des Statistischen Bundesamtes bei nur 30% berufliche Veränderungen notwendig gemacht.)
Auch das zeigt die Tendenz einer höheren Instabilität auf dem Arbeitsmarkt als auch größerer Arbeitsmarktrisiken für Frauen mit Beeinträchtigungen auf.
Die Zukunftsaussichten der erwerbstätigen Befragten hinsichtlich ihres Arbeitsplatzes waren von großen Zweifeln geprägt. Trotz des gesetzlich verbrieften Kündigungsschutzes für Frauen mit einem Behinderungsgrad ab 50% bzw. für mit ihnen Gleichgestellte ging etwa nur die Hälfte aller erwerbstätigen Befragten, die in einer unbefristeten Tätigkeit beschäftigt waren davon aus, daß sie ihren Arbeitsplatz behalten werden. Dagegen hatten 32% nur wenig Hoffnung ihren Arbeitsplatz zu behalten. 12% gingen davon aus, ihren Arbeitsplatz in nächster Zeit zu verlieren.
Soweit zu den Beschäftigtenzahlen. *Dagegen stehen auf der anderen Seite die Zahlen der erwerbslosen befragten Frauen in unserem Projekt.*
Zum Zeitpunkt der Interviews waren 114 Frauen nicht erwerbstätig, das heißt **66%** der Befragten. Davon befanden sich allerdings 5 Frauen in einer Ausbildung. Von den erwerbslosen Befragungsteilnehmerinnen waren

- 23 Frauen als arbeitslos gemeldet,
- 75 Frauen als Erwerbsunfähigkeitsrentnerinnen eingestuft und
- 10 Frauen von Altersübergangsregelungen betroffen.

Unter den EU-Rentnerinnen erklärten rund 2/3, daß sie mit der derzeitigen Situation ihrer Nichterwerbstätigkeit unzufrieden waren und sich eine Rückkehr in die Erwerbstätigkeit zutrauen und wünschen, einschließlich im Bereich des möglichen Hinzuverdienstes. Faßt man diese Anzahl von Frauen unserer Befragung mit den als offiziell und im Arbeitsamt registrierten arbeitslosen Frauen zusammen, ergibt sich eine tatsächliche Erwerbslosenquote von fast **44%**.
In einer Untersuchung im Raum Kassel kam man zu ähnlichen Ergebnissen. Hier betrug die Erwerbslosenquote von Menschen mit Beeinträchtigungen rund 47% bei einer amtlich ausgewiesenen Arbeitslosenquote von 3,4%.
Begründet wird die Nichterwerbstätigkeit von Menschen mit Beeinträchtigungen häufig mit einer unzureichenden Qualifikation der Betroffenen. Wenn auch in unserer Untersuchung feststellbar war, daß mit höherem Berufsabschluß der Anteil an Erwerbstätigen zunimmt, ist aber auch anzumerken, daß Frauen mit Hoch- und Fachschulabschlüssen nach 1990 in höherem Maße aus dem Erwerbsleben ausgeschieden waren, als Frauen mit einem Teilfacharbeiter- und Facharbeiterabschluß.
Die veränderte Situation im Erwerbsleben der befragten Frauen seit der Wende wird meines Erachtens bei der Betrachtung folgender Befragungsdaten deutlich. Wir wollten von unseren Befragungsteilnehmerinnen, die nicht mehr in ihrem erlernten Beruf tätig seien konnten, dafür die Ursachen wissen. Es ergab sich, daß Frauen, die bereits vor 1990 ihren erlernten Beruf aufgegeben hatten, die Ursache dafür hauptsächlich in gesundheitlichen Gründen sahen (57%), dagegen nur 11% in einer Kündigung. Frauen, die jedoch ihren erlernten Beruf seit 1990 verlassen mußten, gaben zu 66% dafür Kündigungen oder den Wegfall ihres Arbeitsplatzes nach der Wende an und nur 18% gesundheitliche Gründe.
Wir haben bei der Auswertung unserer Befragung festgestellt, daß Ergebnisse von Studien zur Erwerbssituation von Menschen mit Beeinträchtigungen der alten Bundesländer für unser Untersuchungsgebiet nicht zutreffen.

Nur ein Beispiel dazu:
Frau Dr. Niehaus stellte in ihrer Untersuchung zur Lebenssituation von Frauen mit Beeinträchtigungen in Rheinland-Pfalz fest, daß die Mehrzahl der alleinstehenden Frauen mit Beeinträchtigungen erwerbstätig waren, hingegen Frauen mit Partner überdurchschnittlich häufig nicht im Erwerbsleben stehen. Bei den von uns befragten Frauen war eine solcher Zusammenhang nicht erkennbar.
Die von uns befragten Frauen hatten nicht die Chance, in Abhängigkeit von ihrer Familiensituation zu entscheiden, ob eine Erwerbstätigkeit für sie in Frage kommt oder nicht.
Zum anderen ist der Grund dafür auch in der Biographie der Frauen aus der DDR zu sehen. Die Erwerbstätigkeit für Frauen, darunter eben auch für Frauen mit Beeinträchtigungen, war durchaus normal, wie bereits ausgeführt.

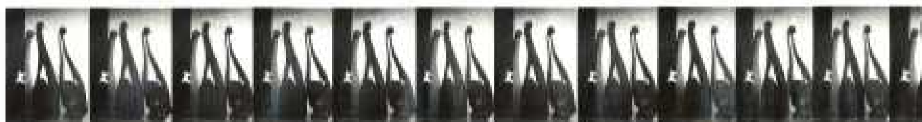
Weiter hatten wir im Interview nach der Entwicklung der finanziellen Situation gefragt. Rund ein Drittel der Befragten gibt an, daß sich ihre finanzielle Situation verbessert hat, ein weiteres Drittel sagt, es sei eine Verschlechterung eingetreten und ein Viertel erlebt keine Veränderungen.
Es wurde deutlich, daß für alleinlebende Frauen in höherem Maße eine Situationsverschlechterung eingetreten war als bei den Befragungsteilnehmerinnen, die in einer Partnerschaft lebten.
Die Hälfte der erwerbstätigen Befragungsteilnehmerinnen gab an, daß sich ihre finanzielle Situation positiv verändert hatte, unter den Erwerbslosen lediglich ein Viertel. Für 40% der erwerbslosen Frauen hat sich, nach ihren eigenen Angaben, die finanzielle Situation verschlechtert (erwerbstätige Frauen: 21%).

An dieser Stelle möchte ich auf nur ein Ergebnis unserer Befragung aus dem Themenkomplex „Verbände und Selbsthilfeorganisationen" verweisen:
Die meisten unserer Befragungsteilnehmerinnen, nämlich rund zwei Drittel, sind Mitglieder von Verbänden, weniger von Selbsthilfegruppen. Das spiegelt allerdings nicht die wirkliche Mitgliedschaft von Frauen mit Beeinträchtigungen in Verbänden wieder, sondern ist mit der Stichprobenauswahl zu begründen. Die Frage, ob die Verbände sich mit spezifischen Anliegen von Frauen beschäftigen bejahten nur 23% der Befragten, 60% dagegen beantworteten diese Frage mit einem klaren Nein.

Abschließend möchte ich noch kurz auf den Bereich *Hilfebedarf* eingehen. Wir haben diesem Thema einen umfangreichen Fragenkomplex gewidmet. An dieser Stelle seien auch nur einige wenige Ergebnisse erwähnt. Zwei Drittel der von uns befragten Frauen gaben an, daß sie Hilfe im Haushalt benötigten. Bei einem Viertel der befragten Frauen kamen professionelle HelferInnen zum Einsatz, dagegen nahmen rund 80% der Befragten die Hilfe von Freunden, Nachbarn und Angehörigen, die nicht im Haushalt lebten, in Anspruch.
Feststellbar war, daß Mitglieder in Verbänden eine höhere Inanspruchnahme von professionellen und LaienhelferInnen aufwiesen.
Feststellbar war aber auch, daß der Umfang an professionellen HelferInnen nach der Wende zugenommen, dagegen der an Hilfen aus dem Kreis der LaienhelferInnen eine abnehmende Tendenz aufweist.

Wir haben uns zwei Jahre meistens zu dritt manchmal auch zu viert mit dem kurz skizzierten Projekt an der Technischen Universität Berlin beschäftigt. Mit der abschließenden Tagung, zu der wir alle TagungsteilnehmerInnen eingeladen hatten, wollten wir den Elfenbeinturm „Forschung" verlassen und unsere Ergebnisse mir den eigentlichen Expertinnen diskutieren und gleichzeitig die Analyse den MitarbeiterInnen von Behörden, Ämtern und Verbänden vorstellen. Wir konnten zu dieser Tagung rund 80 Gäste begrüßen. Die Diskussion im Anschluß der Referate war durchaus angeregt. Doch was geschah dann, welche Praxiswirksamkeit hatte unsere Arbeit?
Wir haben im Anschluß versucht, ein Modellprojekt zur beruflichen (Wieder)-Eingliederung von Frauen mit Beeinträchtigungen in Berlin und Brandenburg auf den Weg zu bringen. Die Technische Universität Berlin unterstützte dieses Bemühen durch eine viermonatige Förderung mit der Maßgabe, in dieser Zeit Projektträger zu finden. Wir haben uns an die Hauptfürsorgestellen von Berlin und Brandenburg gewandt; Resultat: Kein Interesse. Mit der Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen sind wir über Gesprächsrunden nicht hinausgekommen. Zahlreiche Stiftungen und andere Institutionen (Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Hans Böckler Stiftung, Stiftung für Bildung und Behindertenförderung, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) konnten uns außer einer prinzipiellen Befürwortung eines solchen Projektes nicht unterstützen.
Im Frühjahr diesen Jahres kamen Frauen mit Beeinträchtigungen im Rahmen einer Ausschußsitzung des Berliner Senates zu Wort. Ihre Situation in der Stadt wurde sehr ausführlich von den eingeladenen Teilnehmerinnen der Sitzung dargestellt. Ein erneuter Hoffnungsschimmer. Aber es sind schon wieder mehr als 6 Monate vergangen und es ist nichts passiert, oder habe ich es nur nicht bemerkt?
Es ist unumstritten, daß analytische Arbeit notwendig ist, um den Ist-Zustand einer Situation darzustellen als Voraussetzung für die Einleitung notwendiger Maßnahmen. Es ist auch unumstritten, daß viele Fragen noch ungenügend beleuchtet wurden (z.B.: Gibt es Unterschiede zwischen dem Lebenssituationen von Frauen in ländlichen und städtischen Regionen? Wie stellt sich die Lebenssituation von Migrantinnen mit Beeinträchtigungen in Deutschland dar? Wie stellt sich das Leben von Frauen mit Beeinträchtigungen dar, die in Institutionen leben?) Vielleicht findet sich ein Förderer/eine Förderin, der/die die wissenschaftliche Analyse dieser oder jener Frage unterstützt. Doch was passiert dann mit den erstellten Forschungsberichten? Mir ist kaum ein praktisches Umsetzungsbeispiel Forschung - Praxis bekannt. Muß somit die Sinnhaftigkeit jeglicher sozialwissenschaftlicher Forschung in Frage gestellt werden?

SABINE KIES



ADRESSEN

Gewußt wo....

Netzwerke behinderter Frauen

Berlin: Netzwerk behinderter Frauen Berlin e.V., c/o Dr. Sigrid Arnade, Liebstöcklweg 14, 13503 Berlin, Tel. 030-431 77 16, Fax 030-436 44 42

Hamburg: Hamburger Netzwerk „Mädchen und Frauen mit Behinderung", Kontakt: Bärbel Mickler, Autonom Leben, Langenfelder Str. 35, 22769 Hamburg, Tel. 040-43 29 01-49, Fax 040-43 29 01-47

Hessen: Hessisches Netzwerk behinderter Frauen, c/o LAG Hessen „Hilfe für Behinderte" e.V., Frau Prinz, Raiffeisenstr. 15, 35043 Marburg, Tel. 06421-420 44, Fax 06421-517 15

Hessisches Koordinationsbüro behinderter Frauen, Jordanstr. 5, 34117 Kassel, Tel. 0651-728 85-22, Fax 0561-728 85-29 (gibt „Angesagt", einen Veranstaltungskalender für behinderte Frauen, heraus)

Niedersachsen: Netzwerk behinderter Frauen Niedersachsen, c/o Büro des Behindertenbeauftragten, Rennée Krebs-Rüb, Postfach 141, 30001 Hannover, Tel. 0511-12 04 53, fax 0511-1204 43

Nordrhein-Westfalen: Netzwerk von Frauen und Mädchen mit Behinderungen, Neubrückenstr. 12-14, 48143 Münster, Tel. 0251-51 91 38, Fax 0251-51 90 51

Schleswig-Holstein: mixed pickles e.V. Schleswig-Holstein - Vernetzungs-und Koordinationsbüro für Frauen und Mädchen mit und ohne Behinderungen, Kanalstr. 11, Werkhof, 23522 Lübeck, Tel. 0451/ 70 60 529

Krüppel-Lesben-Netzwerk, c/o Frauenbuchladen Amazonas, Schmidtstr. 12, 44793 Bochum, Tel./ Fax 0234-68 31 94

Bundesweites Netzwerk behinderter Frauen, c/o Hess. Koordinationsbüro behinderter Frauen, Jordanstr. 5, 34117 Kassel, Tel. 0651-728 85-22, Fax 0561-728 85-29

Alle Netzwerke o.ä., die sich hier vergeblich suchen, bitten wir dringend, sich zu melden: **die randschau,** Heike Lennartz, Foorthkamp 53e, 22419 Hamburg, **Tel. 040/ 520 98 28**

Ein neues Netzwerk für unterschiedliche Mädchen und junge Frauen in Oldenburg

Persönlicher Erfahrungsbericht aus dem Projekt : Mädchen und junge Frauen mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Behinderungen

In der letzten randschau haben wir unser Projekt schon kurz vorgestellt.> siehe die randschau Nr. 3/97 S 8/9 <. Heute ist uns wichtig, Genaueres von uns und „unserem" Projekt zu erzählen.

Als wir im April 1997 mit unserer Arbeit anfingen, konnten wir in und um Oldenburg auf so gut wie nichts zurückgreifen an Arbeit mit und für Mädchen und Frauen mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Behinderungen.

Für uns beide - die Projektleiterinnen - war diese Arbeit ein ganz neues Gebiet, auf das wir uns begeben haben.

Mit viel Lust und einigen Ideen und ziemlich wenig Wissen um die konkrete Situation von Mädchen und Frauen mit unterschiedlichen Behinderungen haben wir zuerst viel gelesen und sind in unseren Recherchen bald auch auf die randschau gestoßen.

Ich, Adriana, bin selbst seit meiner Kindheit behindert. Obwohl ich eigentlich schon immer auf Diskriminierung sehr sensibel reagiert habe, war ich in bezug auf Behinderung und Diskriminierung immer eher auf der Flucht als z.B. neugierig darauf zu reagieren, und mehr darüber wissen zu wollen.

Ich habe vor etlichen Jahren das Buch „Geschlecht Behindert - Besonderes Merkmal Frau „ gelesen und ich war zu diesem Zeitpunkt sehr überrascht und auch erschrocken, wieviele Parallelen es zu meiner eigenen Geschichte gibt. Das habe ich dann aber lieber schnell verdrängt. Es war mir immer ganz besonders wichtig, auf keinen Fall als Krüppellesbe irgendwo aufzufallen - und ich war stolz darauf, wie gut mir das gelungen ist.

Mein Leben zu diesem Zeitpunkt bedeutete für mich immer eine Grenzüberschreitung. Vor allem, was meine körperlichen Grenzen betrifft. Um nicht ausgegrenzt zu werden, habe ich mir eigentlich jahrelang selbst ziemlich viel Gewalt angetan.

In bezug darauf, behindert zu sein, gab es für mich nichts, was ich damit positiv verbinden konnte. Ich fand es einfach nur schrecklich. Ich habe also systematisch alle Auseinandersetzungen gescheut, in denen es um die Ausgrenzung von Frauen mit unterschiedlichen Behinderungen ging.



Bis vor eineinhalb Jahren war diese Auseinandersetzung für mich nicht wichtig.

In Oldenburg kam ich immer wieder in Kontakt zu Frauen, die sich mit der Situation von Mädchen und Frauen mit Behinderungen auseinandersetzen wollten und die ein Projekt dazu planten. Mir wurde bewußt wie ich als Mädchen reagiert habe, wenn ich mal wieder auf meine Behinderung reduziert wurde und das gab mir den Kick, dieses Projekt mit anderen Frauen und Mädchen mit Behinderungen zu machen.

Ich bin seit vielen Jahren in der feministischen Mädchenarbeit aktiv und habe einige - sehr unterschiedliche - Stellen gehabt, in denen ich Feministische Mädchenarbeit etabliert oder mitgetragen habe. Für mich ist dieses Projekt eine echte Herausforderung. Ich entdecke an den Schwierigkeiten, die wir haben, Mädchen und Frauen zu erreichen, meine eigene Angst als Mädchen sehr gut wieder. Als Mädchen und junge Frau hätte ich alles getan, um bloß nicht in eine Gruppe zu kommen, die mich als Behinderte anspricht.

Wir wissen wie wichtig die Arbeit mit Verbündeten und die Arbeit in Netzwerken ist. Ich war überrascht darüber, wie viele Strukturen sich in den letzten Jahren gebildet haben, in denen behinderte Frauen und Lesben zusammenarbeiten und nach unserem Eindruck vieles auf die Beine gestellt haben. Ich habe auch mitbekommen, wie viele Jahre es gedauert hat, sich z.B. auf der Lesbenwoche Gehör zu verschaffen und mindestens durchzusetzen, das die Räume rolligerecht/ besser noch behindertengerecht sind, in denen die Lesbenwoche stattfindet.

Wir finden viele Parallelen zur Ausgrenzung von z.B. Jüdinnen, Migrantinnen, Schwarzen Frauen, Flüchtlingsfrauen aus der Gesellschaft oder konkret auch aus der Frauen/Lesbenbewegung.

Es scheint aber auch so zu sein, daß innerhalb der KrüppelInnenbebewegung Ausgrenzung stattfindet - so wie sie auch in anderen Minderheitengruppen stattfindet.

So wie unser Konzept ursprünglich angelegt ist, scheinen wir uns an der Spaltung in „Schlimmer und weniger schlimm behindert zu sein „ zu beteiligen- oder zumindest besteht diese Gefahr.

Unser Fokus von Mädchen und Frauen, die wir erreichen wollen, konzentrierte sich auf Mädchen und Frauen mit körperlichen Behinderungen. Mädchen und Frauen mit geistigen/seelischen/psychischen Behinderungen wollten wir erst mal draußenlassen.

Nun wollen wir unsere Auswahl noch einmal kritisch überprüfen, da es kein Zufall zu sein scheint, gerade den Schwerpunkt auf Mädchen und Frauen mit körperlichen Behinderungen gelegt zu haben.

Für Regina und mich war von Anfang an wichtig, auch Schwarze Frauen, Jüdinnen, Migrantinnen, Flüchtlingsfrauen und Mädchen in unsere Arbeit miteinzubeziehen. In Bremen gibt es mittlerweile einen Verein - ILKCANDAL- der von MigrantInnen gegründet wurde und mit dem wir eine Zusammenarbeit anstreben.

In letzter Zeit wollen wir verstärkt Frauen mit anderen Behinderungen in unser Projekt miteinbeziehen.

Die Behindertenbewegung in Oldenburg ist gemischt - sprich männerdominiert. In

Berufsbildungswerken, im Bereich Wohnen, im Freizeitbereich fehlen die Mädchen und Frauen. Sie scheinen zu Hause zu sitzen, keinen Beruf zu erlernen, Hausfrau zu sein, isoliert zu sein und besonders lange bei den Eltern zu wohnen.

Mich erinnert diese Szenerie sehr an die Anfänge von Feministischer Mädchenarbeit 1984, als ich in Berlin anfing, als Sozialarbeiterin zu arbeiten. Mittlerweile gibt es mehr Räume für Mädchen und Frauen - von einer Selbstverständlichkeit kann allerdings noch lange nicht die Rede sein -. Im Gegenteil - im Zuge der allgemeinen Sparmaßnahmen scheint vieles verlorenzugehen oder ist bereits verlorengegangen.

Wir denken viel über das „Teile und Herrsche"-Prinzip nach, daß perfekt zu funktionieren scheint. Die Kämpfe werden häufig innerhalb vereinzelter Gruppen ausgetragen und richten sich gegen die Mitglieder dieser Gruppen. Es scheint ungeheuer schwierig zu sein, darüber hinauszukommen und mit allen Unterschiedlichkeiten genügend Gemeinsamkeiten zu entwickeln, um daraus eine sinnvolle Perspektive - mindestens genug Widerstand gegen die herrschende Politik zu entwickeln.

Das Projekt, in dem wir seit einem halben Jahr arbeiten, hat zwei Schwerpunkte. Der eine war die Initiierung eines Arbeitskreises von Frauen, die in und um Oldenburg eine Arbeit mit und für Mädchen und Frauen mit Behinderungen etablieren wollen. Diesen Arbeitskreis gibt es mittlerweile. Wir erarbeiten konkrete gemeinsame Ziele. Im Moment konzentrieren wir uns darauf, für das Jahr 1998 eine Fortbildungs ,- und Veranstaltungsreihe auf die Beine zu stellen.

Dies ist der zweite Schwerpunkt, mit dem sich Regina und ich beschäftigen. Unser Konzept sieht vor, ausschließlich Fachfrauen und Referentinnen einzuladen, die selbst einen Hintergrund von Behinderung mitbringen. Dann soll es neben theoretischen Vorträgen, Referaten etc. sehr viel kreative Veranstaltungen geben. Die Situation von Migrantinnen, Schwarzen Frauen, Jüdinnen, Flüchtlingsfrauen .... wird ein wichtiger Schwerpunkt sein. Dazu gehören für uns Lesungen, Ausstellungen, Workshops zu unterschiedlichen Themen (kreatives Schreiben, Selbstverteidigung, Musik, Theater, Malen) von und für Mädchen und Frauen mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Behinderungen.

Ab November bieten wir für Frauen mit unterschiedlichen Behinderungen einen Gesprächskreis an, der in den ersten 10 Stunden angeleitet sein wird. Wir arbeiten mit der Lebenshilfe Oldenburg zusammen und bauen dort eine Mädchengruppe auf, die sich ebenfalls einmal wöchentlich für 2 1/2 Stunden trifft.

Unsere Träume gehen noch weiter. Wir würden sehr gerne regelmäßige Beratungstermine für Mädchen und Frauen anbieten und auch für Multiplikatorinnen, die Mädchen und Frauen mit Behinderungen in ihre Arbeit miteinbeziehen wollen. Wir wollen Beratung/Unterstützung für Eltern von Töchtern anbieten, weil uns klar ist, daß diese Arbeit sehr notwendig ist und auch in und um Oldenburg noch nicht etabliert ist. Darüber hinaus wollen wir im Frauennetzwerk Niedersachsen mitarbeiten, weil wir auf keinen Fall eine isolierte Arbeit machen wollen. Ob wir für diese Träume jemals eine finanzielle Absicherung erhalten, das wissen wir nicht. Wie die Finanzierung aussieht und welche Form demnach unsere Arbeit konkret annehmen kann, steht zur Zeit noch in den Sternen.

Wenn Ihr mehr von unserer Arbeit wissen wollt, oder Lust habt, mitzuarbeiten - in welcher Form auch immer- könnt Ihr uns telefonisch jederzeit unter o441 - 248655 erreichen. Schriftlich sind wir zu erreichen unter :

Projekt: Mädchen und junge Frauen mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Behinderungen
c/o Kontakt und Informationsstelle des Vereins Autonomes Mädchenhaus Oldenburg e.V.
Cloppenburger Str. 35
26135 Oldenburg
Tel:. o441 - 12864 Fax: o441 - 75959

Falls Ihr Interesse habt, von der Arbeit von ILKCANDAL mehr zu erfahren, hier auch noch diese Adresse:

ILKCANDAL -Interkultureller Elternverein zur Förderung behinderter Kinder - im Haus der Lebenshilfe Bremen e.V.
Waller Heerstraße 55
28217 Bremen
Fax: o421 - 387 77 - 99
Tel.: o421 - 387 77- 46

R. GUERREIRO UND A. STERN, OLDENBURG

bifos Frauenprojekt:

Projekt zur Qualifizierung behinderter Beraterinnen

Das bifos (Bildungs- und Forschungsinstitut zum selbstbestimmten Leben Behinderter e.V.) bietet seit seinem Bestehen in 1992 auf nationaler und internationaler Ebene für behinderte Menschen Seminare und Tagungen rund um das Thema Behinderung an. Mehrfach gab es dabei Angebote speziell für behinderte Frauen, wie z.B. den internationalen Kongreß für behinderte Frauen in München 1996.

Neu dagegen ist im bifos die Existenz eines eigenständigen Frauenprojekts, das seit 1996 für vorerst 3 Jahre besteht. Es handelt sich um ein bundesweites Weiterbildungs-Angebot, das sich an (zukünftige) behinderte Beraterinnen, unabhängig von Art und Schwere ihrer Behinderung, richtet.

Wie auch bifos, ist das Projekt eng mit der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung behinderter Menschen in Deutschland und auf internationaler Ebene verbunden. Grundlage der Arbeit ist dabei das Prinzip des Peer Counseling: Betroffene Menschen unterstützen und beraten Betroffene. Dementsprechend sind die drei Mitarbeiterinnen und die Referentinnen des Projekts Frauen mit einer Behinderung.

Warum ein Projekt für behinderte Frauen?

Das Frauenprojekt ist aus der Erfahrung entstanden, daß Frauenveranstaltungen außerhalb der Behindertenbewegung seltenst die spezifischen Belange behinderter Frauen berücksichtigen, und zwar weder inhaltlich noch organisatorisch (Treppen, keine Gebärdendolmetscherin, keine Materialien für blinde Frauen, ...).

Veranstaltungen für Menschen mit Behinderung berücksichtigen hingegen selten frauenspezifische Belange. Obendrein können gerade persönliche Erfahrungen von Frauen und Mädchen nicht in gemischtgeschlechtlichen Veranstaltungen besprochen werden.

Beide Bereiche können jedoch nicht isoliert voneinander betrachtet werden, da sie sich sowohl gegenseitig durchdringen als auch verstärken. Eine Behinderung hebt eben frauenspezifische Benachteiligung in der Gesellschaft nicht auf, sondern erhöht noch die Schwierigkeiten, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Dazu einige Beispiele:

Behinderte Frauen und Mädchen werden oft nicht als weibliche Wesen wahrgenommen, Sexualität wird Ihnen meist aberkannt (was sie jedoch nicht vor sexualisierter Gewalt schützt).

Mutterschaft von behinderten Frauen stößt fast immer auf Erstaunen bis Ablehnung.

Sexuelle Gewalt in Institutionen/Heimen ist noch weitgehend ein Tabuthema.

Frauenhäuser erhalten für die Unterstützung behinderter Frauen keine finanzielle Unterstützung, da behinderte Frauen nicht in das „Ressort Frauen", sondern in den „Behindertentopf" gehören.

Pflegeabhängige behinderte Frauen können selten ihre Hilfepersonen selbst aussuchen, ihnen werden auch für die Intimpflege meist nur männliche Personen zugeteilt.

Ausbildungs- oder gar Rehaplätze sind für Mädchen und Frauen mit Behinderung kaum vorhanden. (Ursachen sind hierfür auf der allgemeinen Ausbildungsebene räumliche/organisatorische Barrieren, und auf Reha-Ebene die überwiegende Orientierung an „männlichen" Berufsbildern.)

Die Notwendigkeit einer eigenständigen Beratung für behinderte Frauen ist offensichtlich.

Klassische Angebote der Aus- und Weiterbildung für Beraterinnen berücksichtigen wiederum auch nur „entweder ...(allgemeine Beratung/Frauenberatung)" „oder ...(Behinderte)" Und auch hier ist schon allein die Teilnahme für behinderte Frauen aufgrund räumlicher Hindernisse oder Kommunikationsproblemen oft nicht möglich. Hinzu kommt, daß bei Aus- und Weiterbildungsangeboten zum Thema Behinderung sowohl Lehrende als auch Lernende meist selbst keine Behinderung haben, die Ebene persönlicher Erfahrung fehlt (Zoo-Effekt).

Die bisher tätigen behinderten Beraterinnen arbeiten daher weitgehend isoliert und ohne die Möglichkeit, über Aus- und Weiterbildungsangebote Qualifizierung und Unterstützung für ihre Arbeit zu erhalten. Dies wollen wir mit dem Weiterbildungsprojekt verändern.



Unsere Ziele:

Das Ziel der Beratung behinderter Frauen und Mädchen ist die Unterstützung zur Führung eines selbstbestimmten Lebens und die Vertretung der eigenen Interessen, sowohl im privaten als auch im gesellschaftlichen Bereich. Dieses Ziel ist die Basis des Weiterbildungsprojekts. Im Idealfall folgt daraus nicht nur eine Verbesserung der einzelnen persönlichen Situation, sondern, auf lange Sicht, eine allgemeine Verbesserung der Teilhabe und Akzeptanz von Mädchen und Frauen mit einer Behinderung.

Das Ziel der Weiterbildung ist es, die Lükke im Ausbildungs- und Beratungsangebot zu schließen. Behinderten Beraterinnen soll eine adäquate Qualifizierung und ein Austausch über ihre Arbeit ermöglicht werden. Über Ausbildung und Austausch soll eine dauerhafte Unterstützung und eine Erweiterung der Fähigkeiten für die Beratungsarbeit gewährleistet werden.

Wichtig ist uns auch sowohl Fortbestand als auch Weiterverbreitung der Weiterbildung und des Austauschs (und somit auch der Beratung) über das Projekt hinaus. Zu diesem Zweck werden wir am Ende des Projekts die Unterrichtsmaterialien und ein Beratungs-Handbuch veröffentlichen.

Ziel ist dabei, über dauerhafte Unterstützung und Weiterbildung behinderter Beraterinnen für möglichst viele behinderte Frauen und Mädchen ein Beratungsangebot zu schaffen, das ihren persönlichen Lebensumständen entspricht und in erreichbarer Nähe liegt.

Kurzbeschreibung der Weiterbildung:

Die Weiterbildung setzt sich aus drei Bausteinen mit jeweils drei Schwerpunktseminaren zusammen. Der erste Baustein, Methodik der Beratung, gibt eine Einführung in Beratung und Methoden. Der zweite, Inhalte der Frauenberatung, hat die Themenschwerpunkte Sexualität, Gewalt, Arbeit. Der dritte Baustein, Rahmenbedingungen, beschäftigt sich mit strukturellen Rahmenbedingungen, Organisation/Finanzierung und Austausch von Beratung. Ergänzend dazu finden 5 Fachtagungen mit je einem eigenen Themenschwerpunkt statt.

Am Ende des Projekts werden die Unterrichtsmaterialien zwecks Anregung und Nachahmung veröffentlicht. Als Abschluß wird ein umfangreiches Beratungshandbuch erscheinen, das behinderten Beraterinnen in ihrer Arbeit Unterstützung bieten soll.

Für Fragen und Einzelheiten stehen wir gerne zur Verfügung im:
bifos „Frauenprojekt"
Jordanstr. 5
34117 Kassel
Tel.: 0561/72 885-42, Fax: 72 885-44

BRIGITTE FARBER, KASSEL



Laut, stolz und leidenschaftlich

Internationale Konferenz für behinderte Frauen in Führungspositionen

614 Frauen aus 82 Ländern trafen sich vom 15. - 20. Juni 1997 in Bethesda, Washington D.C., USA zu einer internationalen Konferenz für behinderte Frauen in Führungspositionen. Diese Konferenz war als Nachfolgekonferenz zur 4. Weltfrauenkonferenz in Peking gedacht. Behinderte Frauen wollten zusammen über ihr Leben diskutieren, wir wollten Forderungen aufstellen und sie auch an die Öffentlichkeit bringen, um unsere Lebensbedingungen endlich nachhaltig zu verbessern.

Fünf Tage waren vollgepackt mit Themen über Führungsqualitäten, Bildung und Entwicklung, Gesundheit und Familie, Arbeit, Selbsthilfefirmen, Kommunikation und Technologie. Dazu gab es vormittags einführende Referate und nachmittags ein breites Angebot von Workshops zum jeweiligen Tagesthema. Die Workshops wurden von behinderten Frauen aus der ganzen Welt geleitet, leider aber auch von nichtbehinderten Ärztinnen, was ein Zugeständnis an die Sponsorenfirma war. Ich erinnere mich besonders an einen Workshop über Sexualität mit einem Beitrag einer irischen, behinderten Künstlerin. Sie zeigte Dias von ihrem Körper und trug dazu Gedichte vor. Oder an die Vorführung einer brasilianischen, querschnittsgelähmten Ballerina, oder an den Talenteabend, an dem alle, die Lust hatten, ihre besonderen Talente vorführen konnten. Alles unvergeßliche Eindrücke!

Die amerikanische Regierung hat diese Konferenz ernstgenommen. Sieben verschiedene Ministerien hatten zur Finanzierung der Konferenz beigetragen. Hillary Clinton übernahm die Schirmfrauenschaft. Die Außenministerin und die Gesundheitsministerin sprachen bei der Eröffnung. Beide Ministerinnen betonten in ihren Reden unsere Menschenrechte. Aber auch behinderte Frauen, die in der US Verwaltung führende Rollen innehaben, sprachen zu uns, sowie viele andere aus vielen unterschiedlichen Ländern. Ich habe mir die Mühe gemacht drei Beiträge zu übersetzen, um einen Eindruck der Konferenz zu übermitteln.

Ich war total gerührt so viele starke behinderte Frauen aus so vielen Ländern an einem Ort zu sehen und zu hören. So viel starker Wille, Mut und Kraft, so viel Solidarität, so viel Schönheit und so viele bunte Kleider. Viele Kontakte wurden geknüpft und es wurde viel diskutiert.

Auf der Konferenz konnte frau auch merken, daß es jetzt schon viele tolle, starke Frauen in der Behindertenbewegung und

Auszüge der Rede von Donna E. Shalala, US Gesundheitsministerin, auf der internationalen Konferenz für behinderte Frauen in Führungspositionen

„... Themen, die behinderte Frauen betreffen sind nicht nur Behindertenthemen, nicht nur Frauenthemen. Sie sind Herausforderungen für jede einzelne Person auf diesem Planeten. Keine von uns darf aufgeben, bevor wir uns ihnen nicht gestellt haben.

Wie wir vor fast zwei Jahren in China deutlich gemacht haben, sind Länder nur stark, wenn Frauen stark sind und Frauen sind nur stark, wenn alle Frauen stark sind, wenn alle Frauen gesund sind. Denn, wenn Frauen mit Behinderungen der Zugang zu Grundrechten und zu einer Basis-Gesundheitsversorgung, einschließlich Familienplanung verwehrt wird, dann brauchen wir internationales Handeln. Wenn Landminen, sexuelle Gewalt, Beschneidungen und andere Arten der Gewalt weiterhin das Leben von Frauen auf der ganzen Welt zerstören, dann brauchen wir internationales Handeln.

Und wenn Vorurteile, Unwissen und andere Barrieren Frauen mit Behinderungen daran hindern, Nahrung zu bekommen, aktiv zu sein und andere lebensnotwendige Dinge zu bekommen, die sie benötigen, um ein erfülltes und gesundes Leben zu führen, dann brauchen wir internationales Handeln ...

Ich bin stolz darauf, daß unser Handeln nicht an der Grenze haltgemacht hat. Ob es unseren Töchtern hier oder anderswo auf der Welt passiert, wir werden weiterhin klarstellen, daß genitale Beschneidung eine Verletzung unserer Humanität ist, daß Vergewaltigung, als Kriegswaffe, ein Verbrechen gegen die Humanität ist, und daß der Handel mit Frauen und Kindern, die für Prostitution und Sklaverei bestimmt sind, unmenschlich ist. ...

Jede Frau mit Behinderungen braucht Zugang zu guter Gesundheit und wir brauchen gute Gesundheitsversorgung mehr als nur eine klitzekleine Veränderung hier und da. Wir brauchen eine grundsätzliche Veränderung in unserer Haltung, in unserer Politik und bei unseren PolitikerInnen. Eine Veränderung der Einstellung im Verstand und im Herzen.

Wir müssen auf den Tag zuarbeiten und hinträumen, an dem Themen, die Frauen mit Behinderungen betreffen, nicht mehr zur Seite geschoben und vergessen werden.

Einem Tag, an dem Forschung an Frauen mit Behinderungen ein Teil der gesamten Forschung ist, und an dem Gesundheitsversorgung für Frauen mit Behinderungen ein Teil der gesamten Gesundheitsversorgung geworden ist. ...
Wir sollten uns den Tag vorstellen, an dem es keine Hindernisse mehr gibt, die Frauen mit Behinderungen davon abhalten, das zu bekommen, was alle Menschen verdienen, nämlich Gesundheit, Bildung, Familie, Unabhängigkeit und Liebe. ..."

in der behinderten Frauenbewegung gibt. Leider werden Führungsqualitäten oft nicht anerkannt. Vielfach wurde auch immer wieder gefragt: „Was müssen wir verändern, damit unsere Fähigkeiten anerkannt werden"? Ich denke, wir müssen einfach noch viel mehr Frauen in die Bewegung mit einbeziehen, wir müssen noch stärker, noch selbstbewußter werden, noch nachhaltiger unser Forderungen einbringen.
Außerdem bin ich der Überzeugung, daß unsere Themen und unsere speziellen Forderungen, von Politikerinnen allmählich wahrgenommen werden. Wir sind nicht mehr unsichtbar, aber natürlich müssen wir weiter darum kämpfen, gehört zu werden und ernstgenommen zu werden, um etwas zu erreichen. Wir müssen noch sehr viel Öffentlichkeitsarbeit leisten. Regierungen, die noch keine Rechtsprechung eingeführt haben, die behinderte Menschen, behinderte Frauen berücksichtigt, müssen unter Druck gesetzt werden, unsere besonderen Bedürfnisse müssen anerkannt werden. Wir haben zum Abschluß der Konferenz ein Manifest verabschiedet, in dem die UN-Konventionen, die Menschenrechte, Gewalt gegen behinderte Frauen, Zugang zu Bildung und Arbeitsplätzen und Gesundheitsvorsorge besonders hervorgehoben werden. Wichtig war aber auch, daß wir uns vorgenommen haben, daß Tagungen für behinderte Frauen so oft wie möglich stattfinden sollten, um behinderten Frauen die Möglichkeit zu geben, sich gegenseitig zu stärken, ihr Leben selbst zu kontrollieren und gemeinsam für Menschenrechte in den jeweiligen Ländern zu kämpfen.
Informationen über die Konferenz, auch über die Reden, die dort gehalten wurden, sind über Internet (www.Prodworks.Com/ilf) abzurufen.

Auszüge aus der Rede der Außenministerin der USA, Madeleine K. Albright, auf der internationalen Konferenz für behinderte Frauen in Führungspositionen

„ ... Alle Frauen, ob wir Behinderungen haben oder nicht, sind bereit, unsere rechtmäßigen Plätze als gleichberechtigte Bürgerinnen in jeder Gesellschaft der Erde, zu beanspruchen.
Wir haben eine gemeinsame Vision, die auf der Wahrheit basiert, daß in unserer Epoche weder Sicherheit, Wohlstand und Freiheit beschränkt sind, noch sind sie der berechtigte Besitzstand von nur einigen Leuten an einigen Orten. ...
Es gibt mehr als 300 Millionen Frauen mit Behinderungen auf der Welt. In vielen Gesellschaften sind sie an den Rand gedrängt, werden nicht zur Schule gelassen, von den Arbeitgebern abgelehnt, bekommen keinen Zugang zur Gesundheitsversorgung.
Wir können uns diesen Verlust nicht leisten. Wir brauchen ihre Kraft und ihre Fähigkeiten. Wenn wir die Art von Zukunft, die wir uns wünschen, gestalten sollen , dann können Frauen mit Behinderungen nicht an den Rand gedrängt werden. Frauen und Mädchen mit Behinderungen müssen die Möglichkeiten bekommen, Fähigkeiten zu erlangen.
An diesem Morgen, auf dieser geschichtemachenden Konferenz, versichere ich Ihnen, daß ich alles in meiner Macht stehende tun will, dafür zu sorgen, daß Amerika seinen Beitrag leistet, unsere gemeinsame Zukunft zu fördern. ...
Die Vereinigten Staaten werden es sich zur politischen Aufgabe machen, weltweit zu verbreiten, was uns hier möglich war zu erreichen, durch unsere Kenntnis der Rehabilitation, der Stärke unserer zivilen Organisationen, der befreienden Natur unserer Technologie und der Gerechtigkeit unserer Gesetzgebung, wie dem amerikanischen Antidiskriminierungsgesetz...
Die Verbindungen zwischen Armut und Behinderung, zwischen Gesundheitsvorsorge für werdende Mütter und Verhinderung von Behinderung, zwischen Rehabilitation vor Ort und Unabhängigkeit für behinderte Menschen werden nicht in ihrem ganzen Ausmaß verstanden. Aber es gibt viele, die es verstehen bei USAID, im Friedenskorps, in den UN Organisationen und Programmen und in den anderen Organisationen, die wirtschaftliche und soziale Entwicklungspolitik weltweit unterstützen.
Ihre Herausforderung ist es, die Ressourcen zu finden, die sie brauchen, damit wir alle vorankommen. Als Ministerin habe ich kein leeres Scheckbuch, aber ich habe einen vollen Schreibtisch. Ich werde mein absolut Bestes geben, um auf dem Kapitol und überall in Amerika bekannt zu machen, daß, in dem wir diesen Organisationen helfen, wir unseren FreundInnen überall unsere Hand reichen und wir damit unsere Werte ehren. Wir helfen, unsere eigene Zukunft zu sichern.
Landminen, wir müssen mehr dazu tun, um die Erde von ihrer tödlichen Gegenwart zu reinigen. Wir müssen mehr tun, um Rehabilitation zu gewährleisten und den Opfern einen Wiedereinstieg in die Gesellschaft zu ermöglichen. Und wir müssen eine Vereinbarung aushandeln, die auf immer die Gefahr von Landminen, die für Frauen und Kinder auf der ganzen Welt gegenwärtig ist, beendet.
Hier in den Vereinigten Staaten ist unsere oberste Priorität bei der Erfüllung der Erklärung von Peking, die Gewalt gegen Frauen zu beenden. Das ist auch ein Ziel der amerikanischen Außenpolitik. Die Wahrheit ist jedoch, daß heutzutage auf der ganzen Welt schrecklicher Mißbrauch gegen Frauen und Frauen mit Behinderung begangen wird.
Dieser Mißbrauch reicht von häuslicher Gewalt bis zu Mord wegen der Mitgift, von Beschneidungen bis dahin, junge Mädchen in die Prostitution zu zwingen. Einige Menschen sagen, das liegt an der Kultur und wir können da gar nichts machen. Ich sage, es ist kriminell und jede von uns trägt die Verantwortung, dem ein Ende zu setzen.
Abschließend möchte ich Ihnen noch das sagen, was ich Ihnen in Huairou (China) gesagt habe. Es ist allerhöchste Zeit für die Vereinigten Staaten die Konvention über die Eliminierung jedweder Art von Diskriminierung gegen Frauen zu ratifizieren. ...
In einigen Wochen wird USAID eine neue Politik und einen neuen Aktionsplan zu Behinderung und Entwicklung herausgeben. Dieses Dokument wird das Engagement der Behörde ausdrücken, Menschen mit Behinderungen in seine Programme einzuschließen und USAID wird dieses Thema an gut sichtbarer Stelle auf unsere Tagesordnung zur Entwicklungshilfe setzen für Gespräche, die wir mit Regierungen führen, die unsere Hilfe erhalten..".

DINAH RADTKE, ERLANGEN



Unser Leben als behinderte Frauen

Rede von Marsha Saxton anläßlich des internationalen Forums für behinderte Frauen in Führungspositionen in Washington 1997

Übersetzung: Dinah Radtke

Seit vielen Jahren beschäftige ich mich mit Frauen- und Behindertenthemen. Ich bin an der Verbindung zwischen Gesundheitsproblemen von Frauen und Behindertenproblemen interessiert. Im Moment erhalte ich ein Edward Roberts Post-Doktoranden-Stipendium. Ich lehre Behindertenstudien an der Universität von Kalifornien und arbeite am „World Institute on Disability". Ich werde über meine Arbeit berichten, aber zuerst einmal möchte ich Euch meine eigene Geschichte erzählen und wie ich dazu gekommen bin diese Arbeit zu machen. Ich möchte meine persönliche Geschichte mit Euch teilen, weil es mir dabei hilft die Verbindung zu anderen Frauen herzustellen. Ich möchte Euch auch dazu ermutigen, Eure eigene Geschichte zu erzählen. Wir müssen uns gegenseitig erzählen, wie unsere Leben wirklich aussehen. Und dann können wir darangehen die Welt für jede besser zu machen.

1951 wurde ich mit Spina Bifida geboren. Meinen Eltern wurde erzählt, daß meine Geburt eine Tragödie darstellt. Und daß, wenn sie möchten, sie mich in ein Heim geben könnten, so daß sie nicht mit meiner Pflege belastet würden. Meine Eltern wollten mich aber und nahmen mich mit nach Hause und liebten mich, wie jedes andere Kind. Aber viele Babies auf der ganzen Welt mit Spina Bifida und anderen Behinderungen wurden nicht mit nach Hause genommen und nicht geliebt.

Die Dinge sind in den letzten 50 Jahren etwas besser geworden. Aber unglücklicherweise wird die Geburt von einem Baby mit Behinderung immer noch als schreckliche Tragödie betrachtet. Diejenigen von uns, die mit Behinderungen geboren werden, tragen diese negative Botschaft ihr ganzes Leben lang mit sich. Diejenigen von uns, die später im Leben behindert oder krank werden, werden mit der negativen Botschaft konfrontiert, daß sie ja nicht ganz sind, daß sie nicht ganz menschlich sind. Das verletzt unser Gefühl für Macht auf der Welt, unseren Glauben daran, daß wir gut sind, wertvoll sind, liebenswerte Frauen sind.

1958 als ich 7 Jahre alt war, kam ich in ein Shriner's Krankenhaus für verkrüppelte Kinder in San Francisco, um eine muskuläre Schwäche in meinen Beinen operativ korrigieren zu lassen. Ich hatte Angst und fühlte mich allein im Krankenhaus. Meinen Eltern war es nicht erlaubt, mich zu besuchen. Die Krankenschwestern und Doktoren versuchten den Kindern zu helfen, damit sie besser laufen konnten. Einige waren freundlich, andere nicht. Aber wir bekamen die Botschaft, daß wir gerichtet werden mußten, damit wir für die anderen akzeptierbar wurden. Eine Krankenschwester sagte mir: „Der liebe Gott machte dich gescheit und glücklich, als Ausgleich dafür, daß du ein Krüppel bist." Diese Botschaft beeinflußte mich so, daß ich fühlte nie irgend jemandem etwas über meinen Schmerz erzählen zu können, oder darüber wie sehr ich mich fürchtete. Ein Arzt sagte mir: „Diese Operationen sind sehr kostenintensiv. Du mußt dankbar sein, ohne sie wärst du dein ganzes Leben lang „verkrüppelt". Ich bekam die Botschaft, daß ein Krüppel sein, eine ganz schreckliche Sache ist. Obwohl diese Operation, dieses Krankenhausleben sich wie Mißbrauch anfühlten, sollte ich dankbar sein. Als ich im Krankenhaus war, wollte ich Ärztin werden, weil ich sah, daß die Ärzte Macht über die Krankenschwestern und die Patientinnen hatten. Ich sah auch, daß ich die medizinische Versorgung verbessern wollte und dazubeitragen wollte, daß Kinder besser behandelt würden, als ich behandelt wurde.

Viele Jahre später 1971, als ich im College war, stöberte ich in einem Buchladen auf dem Universitätsgelände von Kalifornien, ein neues Buch auf: „Unser Körper, unser Leben" zog meine Aufmerksamkeit an. Ich blätterte es durch und suchte nach Teiltexten des Buches, die sich auf meine Erfahrungen als junge Frau mit Spina Bifida bezogen. Ich suchte nach Themen über Körperbild und Sexualität. Ich kaufte das Buch nicht. Ich fühlte mich, als ob ich meinen Körper oder mein Leben in diesem neuen Buch über Frauenkörper und -leben nicht finden würde.

1979, nur ein paar Jahre später, arbeiteten Freundinnen und ich mit den Autorinnen von „Unser Körper, unser Leben" zusammen, um die Kapitel über Körperbild, Sexualität, Geburtskontrolle, Mutterschaft, Reproduktionstechnologien und soziale Aktionen neu zu schreiben und Informationen über die Bedürfnisse behinderter Frauen und ihren Erfahrungen einzuarbeiten. Jetzt erwarten behinderte Frauen immer mehr, daß sie in allen Büchern über Frauenerfahrungen und -gesundheit vorkommen. Unser „Körper, unser Leben" wird jetzt in 20 Ländern veröffentlicht und ist in 8 Sprachen übersetzt worden.

1988 gründeten einige meiner Freundinnen und ich eine Organisation in Boston mit den Namen „Das Projekt für Frauen und Behinderung". Wir boten Unterstützungsgruppen an und Training, um behinderte Frauen fit zu machen. Wir boten auch Informationstraining für Ärzte/Innen und Frauengruppen an, über Gesundheitsprobleme oder - themen behinderter Frauen. Wir veröffentlichten einige Artikel und hörten von vielen behinderten Frauen aus der ganzen Welt. Viele begannen ähnliche Gruppen, ganz kleine, aber wir begannen

uns zu vernetzen, das Gefühl von einem internationalen Netzwerk behinderter Frauen zu bekommen.
Ich wurde nicht Ärztin, aber ich arbeite immer noch daran das Medizinsystem zu ändern. Ich bin jetzt an einem Gebiet interessiert, das sich Bioethik nennt. Ethik ist das Studium über das Richtige und das Falsche, die gute und schlechte Praxis in einem Beruf oder Studiengebiet. Bioethik untersucht die Ethik der biologischen-medizinischen Wissenschaft. Bioethik versucht herauszubekommen was gut oder schlecht bei einer medizinischen Behandlung oder Technologie ist und wie man es verhindern kann, daß Menschen verletzt werden, wenn sie als Versuchs- oder als Forschungsobjekte gebraucht werden.
Es gibt eine kleine, aber wachsende Gruppe von Frauen, die die „Feministische Bioethik" aufbauen. Feminismus bedeutet viele verschiedene Dinge für verschiedene Leute. Für mich bedeutet es, daß Frauen daraufhinarbeiten das gleiche Machtverhältnis auf der ganzen Welt herzustellen. Es bedeutet zu verstehen, wie Diskriminierung gegen Frauen jeden verletzt, nicht nur Frauen. Und wie sehr die Ideen von Frauen und die Art wie Frauen Dinge tun dazubeitragen können, daß die Welt besser funktioniert. In der feministischen Bioethik versuchen wir zu verstehen, wie Diskriminierung gegen Frauen die medizinischen Technologien und medizinischen Behandlungen beeinflussen kann und wie die Ansichten von Frauen und Erfahrungen von Frauen dazubeitragen können, daß die medizinische Wissenschaft menschlicher und gerechter wird.
Bei meiner Arbeit bin ich an verschiedenen Themenbereichen interessiert, die die feministische Bioethik gerade anfängt zu untersuchen. Ich möchte Euch gerne davon berichten:

Reproduktive Gesundheitsvorsorge

Behinderte Frauen sind Frauen und benötigten eine Gesundheitsvorsorge, die für unseren weiblichen Körper bestimmt ist. Behinderte Frauen auf der ganzen Welt werden immer noch nicht behandelt, wie „Wirkliche Frauen" mit „Richtigen Frauenkörpern". Vielen behinderten Frauen wird immer noch keine Geburtenkontrolle angeboten. Andere dagegen werden gezwungen Geburtenkontrolle zu gebrauchen oder sich gegen ihren Willen sterilisieren zu lassen. Wir behinderten Frauen werden immer noch nicht gefragt, wie wir unsere Gesundheitsvorsorge möchten. Ärzte/Innen werden nicht geschult, um zu sehen, daß Frauen mit Behinderungen auch sexuelle Wesen sind, daß sie Gebärmutterhalskrebs oder Brustkrebs bekommen können, daß sie Röntgenuntersuchungen brauchen oder Behandlungen, daß behinderte Frauen auch eine Menopause haben können. Dies ist eine Diskriminierung der Behinderung und des Geschlechts.
Wir möchten sicherstellen, daß behinderte Frauen wie Frauen behandelt werden, mit weiblichen Körpern, mit weiblicher Sexualität, mit weiblichen Bedürfnissen für eine qualitätsvolle Gesundheitsvorsorge.
Wir möchten, daß Frauen-Gesundheitsgruppen und Kliniken und Organisationen für Reproduktionsrechte, die Bedürfnisse behinderter Frauen als wichtige Bedürfnisse anerkennen.

Behinderte Mütter

Wieviele Frauen im Raum sind Mütter? Hebt Eure Hand oder bittet jemand die Hand für Euch zu heben. Wieviele von Euch möchten Mutter sein, oder wollten Mutter sein? Wieviele Frauen verbringen Zeit mit Kindern?
Viele behinderte Frauen sind Mütter und verdienen Respekt für ihre Mutterschaft. Vielen behinderten Frauen wird gesagt, daß sie nie Mütter sein können, weil sie unfähig wären, oder weil sie ihre Behinderung vererben würden. Dies sind veraltete Überlegungen und sie unterdrücken uns. Dies ist Diskriminierung der Behinderung und des Geschlechts. Wir möchten sicherstellen, daß behinderte Frauen Babies haben können, wenn sie das möchten und sie groß ziehen können, wenn sie das möchten. Wir möchten Dienste schaffen und finanzielle Hilfen schaffen für Mütter mit Behinderungen damit sie für ihre eigenen Kinder sorgen können und damit sie auch Kinder adoptieren können. Wir möchten, daß behinderte Mütter mit Respekt und Anerkennung für ihre wichtige Arbeit und ihre wunderbaren Kinder behandelt werden.
Für die behinderten Frauen, die sich Kinder wünschten, aber keine bekamen, sind Gefühle des Verlustes groß. Diese Gefühle sind wirklich da und sie müssen wahrgenommen werden. Wir müssen erkennen, daß wir wirklich Frauen sind, selbst wenn wir nicht unsere eigenen Kinder haben. Unserer Arbeit gehört allen Kindern. Wir sind hier alle Mütter.
Mutterschaft und gute Gesundheitsvorsorge für unsere weiblichen Körper sind



Themen mit denen sich alle behinderten Frauen auf der ganzen Welt beschäftigen. Während der letzten 10 Jahre fingen die Themen behinderter Frauen in den Frauenbüchern und Publikationen in den U.S.A. an, in den Listen der vertretenen Gruppen aufzutauchen. Wir haben es bis zur Liste geschafft, aber wir haben noch einen langen Weg vor uns, damit wir wirklich mit einbezogen werden und wirklich verstanden werden.
Es gibt noch einige andere sehr wichtige Themen in den USA, von denen ich glaube, daß sie so wichtig sind, um auf einer Weltkonferenz angesprochen zu werden.

<u>Pränatale Tests und selektive Abtreibung</u>

Pränatale Tests bedeuten, medizinische Tests zu nutzen, um festzustellen, ob ein Baby einen genetisch-bedingten Zustand haben könnte. In vielen hoch industrialisierten Ländern einschließlich der USA, den europäischen Ländern, Kanada, Australien, Japan und China wächst die genetische Forschung sehr schnell an. Die Initiative für das Menschliche Genom in den USA wird mit 3 Billionen Dollar über einen Zeitraum von 15 Jahren subventioniert, damit vielleicht eine Karte aller menschlicher Gene hergestellt werden kann. Wissenschaftler erwarten, daß Tests entstehen werden, um jede genetische Krankheit zu entdecken. Aber es ist sehr viel schwerer Heilmethoden zu schaffen, als Diagnosetests, die nur eine Krankheit herausfinden und sie benennen. Es wird noch Jahrzehnte oder sogar vielleicht Jahrhunderte dauern, bis wir Heilmethoden für die meisten genetischen Krankheiten haben werden.
Wir wissen, daß die meisten Behinderungen keine genetischen Ursachen haben.

Die meisten Behinderungen und Krankheiten entstehen durch Armut und Hunger, Unfälle, Krieg, Virus und Bakterien. Wir sollten fragen, ob es Sinn macht, so viel Geld für genetische Wissenschaften aufzubringen, wenn durch gerechtes Teilen von medizinischen und wirtschaftlichen Ressourcen die meisten Ursachen von Behinderung und Krankheit verringert werden könnten. Mit anderen Worten, Ideen wie soziale Gerechtigkeit und Gleichwertigkeit sind sehr wichtig, um den Menschen zu helfen, so gesund wie möglich zu bleiben und so lebenswerte Leben wie möglich zu leben. Dieses Wissen haben wir jetzt schon. Wir brauchen nicht Billionen Dollars auszugeben für medizinische Wissenschaften, um herauszubekommen, wie Reichtum und Ressourcen geteilt werden könnten, damit die größtmögliche Anzahl an Menschen, das gesündeste Leben leben kann. Wir benötigen menschliche Systeme in den Regierungen und das Ende der Unterdrückung, um eine gute Gesundheit zu erreichen.

Aber in den USA ist die Gesundheitsvorsorge eine große Industrie. Die genetischen Wissenschaften werden sehr gut subventioniert und jeden Tag werden neue genetische Entdeckungen gemacht. Viele Frauen werden dazu gedrängt diese Tests zu machen, um herauszufinden, ob ihr ungeborenes Baby einen genetisch- bedingten Zustand haben könnte. Dann werden viele dazu ermuntert eine Abtreibung durchführen zu lassen, um dieses Baby, das eine behinderte Person werden würde, zu verhindern. Einige haben dies „Neue Eugenik" genannt. Dies ist eine hochtechnologische Version der Diskriminierung von Behinderung und Geschlecht. Es gleicht derjenigen, bei der auf pränatalem Weg weibliche Föten identifiziert werden und dann eine Abtreibung durchgeführt wird, um zu verhindern ein Mädchen zu bekommen. Eine Form von „hochtechnisiertem" Sexismus.



Dieses Problem ist sehr komplex, weil es mit der Entscheidung der Frau zu tun hat, eine Abtreibung durchführen zu lassen. Ich und viele anderen Aktivistinnen in der Behinderten- und Frauenbewegung möchten nicht, daß die Rechte der Frauen auf Abtreibungen eingeschränkt werden. Aber wir stellen in Frage, daß diese medizinische Technologie wirklich den Frauen hilft, mehr Macht in ihren Leben zu haben. Wir können erkennen, daß hinter dieser Technologie die Diskriminierung der Behinderung steht und die Bemühungen des medizinischen Systems das Leben der Frauen zu kontrollieren. Wir möchten sicherstellen, daß alle Frauen verstehen, daß sie diese Tests ablehnen können, wenn sie sie nicht möchten. Wir möchten sicherstellen, daß kein Arzt/Ärztin oder keine Versicherungsgesellschaft oder Regierung, Frauen dazu zwingt, Tests zu benutzen und sie dann zwingt Abtreibungen durchzuführen, wenn sie es nicht wollen. Wir möchten sicherstellen, daß die Unternehmen, die große Profite durch das Verkaufen der Tests erzielen nicht die jenigen sind, die die öffentliche Politik beeinflussen, oder medizinische Pflegestandards schaffen, eine Politik die ihre wirtschaftlichen Interessen unterstützt. Unglücklicherweise geschieht das jetzt schon in den USA.

Wir möchten auch, daß sich Kinder mit Behinderungen auf der Welt willkommen fühlen. Genauso wie wir möchten, daß sich alle Kinder auf der Welt willkommen fühlen. Nicht wegen irgendwelcher Eigenschaften, sondern einfach, weil sie geboren wurden, und weil wir sie lieben für das, was sie sind.

Ärztlich unterstützter Selbstmord

Ein anderes wichtiges Thema ist der ärztlich unterstützte Selbstmord. Behinderte Menschen sind wertvolle menschliche Wesen und verdienen es ein gutes Leben zu leben, so lange und so erfüllt wie möglich. Aber viele Menschen mit Behinderungen werden oft von anderen isoliert, leben in Armut und ihnen wird erzählt, daß sie für ihre Familien und für die Gesellschaft eine Last sind. Menschen in dieser Situation fühlen manchmal, daß Tod der einzige Ausweg für sie ist. Manchmal verstehen Ärzte/Ärztinnen und Familienmitglieder nicht, daß das Leben behinderter Menschen so hart ist, weil wir diskriminiert werden. Sie können den Unterschied nicht sehen, zwischen dem Schmerz darüber, behindert zu sein und dem Schmerz über eine schreckliche soziale Unrechtsbehandlung. Viele Leute können nicht zwischen sehr schwerbehinderten Menschen unterscheiden und Menschen die sterben. Manche Ärzte/Ärztinnen ermutigen Leute zu sterben bevor ihr natürlicher Tod eintritt, indem sie ihnen tödliche Dosen von Medikamenten verabreichen. Manchmal, wenn sehr schwerbehinderte Kinder umgebracht werden, wird es „Tod aus Mitleid" genannt, dies geschieht nicht aus Mitleid. Dies ist Mord und es ist die schlimmste Art von Diskriminierung.

Viele haben über Dr. Kevorkian in den Nachrichten gehört. Er hat den Tod von vielen Menschen erleichtert. Menschen, die fühlten, daß sie sterben wollten. Einige der Menschen glaubten, daß sie bereits im Sterbeprozeß waren. Einige waren behinderte Menschen, die nicht im Sterbeprozeß waren, die sich aber allein und hoffnungslos fühlten und nicht in der Lage für ihre Rechte als behinderte Menschen zu kämpfen. Einige fühlten sich als Last für ihre Familien. Die Menschen die Dr. Kevorkian getötet hat sind meistens behinderte Frauen. Dies ist eine Art der Diskriminierung der Behinderung und des Geschlechts.

Wir möchten sicherstellen, daß behinderte Menschen oder jeder Kranke, oder jeder alte Mensch nie ermutigt oder gezwungen wird zu sterben, um Geld zu sparen, um ihrer Familie Mühe zu sparen. Wir möchten sicherstellen, daß behinderte Menschen die Ressourcen und die Selbstbestimmung haben ihr eigenes Leben so gut sie können, zu lenken, so daß sie sich als wertgeschätzte Bürger und Bürgerinnen fühlen. Wir möchten sicherstellen, daß behinderte Menschen, die sich wegen sich selbst schrecklich fühlen, eine Chance bekommen, zu verstehen, daß Diskriminierung die Ursache dieser schlechten Gefühle ist, und daß sie die Wahl haben andere behinderte Menschen zu treffen, die sehr gerne leben. In den USA gibt es eine neue Organisation, die sich „Noch Nicht Tot" nennt. Das ist eine Organisation, die dagegen angeht, den ärztlich unterstütztem Mord zu bekämpfen. Wir möchten sicherstellen, daß falls diese Idee von ärztlich unterstützten Selbstmord sich in mehreren Ländern durchsetzt, daß dann behinderte Menschen organisiert sind und bereit sind Widerstand zu leisten.

Diese zwei Problembereiche sind in den USA und anderen Industrieländern aufgetreten. Sie zeigen wie sehr Diskriminierung Behinderter „hochtechnisch" werden kann und sich verkleidet als „Helfende Menschen". Diese Praxis ist dagegen jedoch, auf vielfältige Weise, eine andere Version der Diskriminierung der Behinderung. In dem profitorientierten Gesundheitssystem der USA und in anderen Industrieländern, enthüllen pränatale Diagnostik und der ärztlich unterstützte Selbstmord, wie sehr die Diskriminierung der Behinderung in den neuen hochtechnisierten und in den neuen medizinischen Ideen lauert.

Training der medizinischen Versorger/Innen über Behinderung

Um bei diesen „bioethischen Problemen" Fortschritte zu machen, müssen Ärzte/Ärztinnen über Behindertenthemen informiert werden. Ein von mir geliebter Teil meiner Arbeit ist es Ärzte/Ärztinnen, Medizinstudenten/Medizinstudentinnen und andere Gesundheitsversorger/Innen über Behinderung zu unterrichten, dadurch daß ich sie behinderte Menschen außerhalb eines Krankenhauses oder Klinik treffen lasse, daß sie uns dadurch wirklich als Menschen kennenlernen. Dies ist ein Weg auf dem Gesundheitsversorger/Innen lernen können, daß behinderte Menschen nicht „PatientInnen" sind, sondern Menschen sind, die Ideen haben, interessant sind, lustig sind, klug sind, liebenswert sind, gewöhnliche Bürger/Innen, vielleicht sogar Menschen sind, mit denen man sich anfreunden kann. Sie können lernen, daß Menschen mit kognitiven und geistigen Behinderungen ihren Familien und der Welt viel zu bieten haben, und daß sie nicht bloß „eine Last sind". Wir möchten daß Ärzte/Ärztinnen und andere verstehen, daß behinderte Menschen die Expert/Innen über Behinderung sind. Behinderte Menschen können auch wahrnehmen, daß sie Peers- und Lehrer/Innen für medizinische Versorger/Innen sein können, und daß sie ihnen sehr viel beibringen können. Diese Tatsache gibt behinderten Menschen sehr viel Kraft.

Medizinische Versorger/Innen können anfangen zu verstehen, daß es Diskriminierung ist, die es schwierig macht mit Behinderung zu leben, und daß das Leben mit Behinderung leichter wird durch das Erwerben von Fähigkeiten und Respekt. Diese Idee ist sehr neu und wenige Schulen sind dafür offen. Ich möchte gerne



eines Tages sehen, daß behinderte Menschen in jeder medizinischen Fakultät und in jeder Krankenpflegeschule auf der ganzen Welt unterrichten. Es kann sein, daß es nicht während meiner Lebenszeit geschieht, aber ich glaube, es ist so eine gute Idee, daß ich erwarte, daß es eines Tages geschehen wird.

Vorschläge für die Selbststärkung

Das sind die bioethischen Themenbereiche, über die ich arbeitete. Aber ich glaube ganz fest, daß der wichtigste Teil meiner Arbeit darin besteht mit anderen Frauen über unser Leben zu sprechen. Ich habe einige Vorschläge dafür, wie wir darin stärker werden können, die beste Gesundheitsvorsorge, die wir haben können jetzt zu bekommen und dann allmählich das Gesundheitsvorsorgesystem dahingehend ändern können, daß es unsere Bedürfnisse als behinderte Frauen erfüllt.

Einander zuhören

Mein erster Vorschlag besteht darin, einander zu zuhören. Für alle Frauen ist es wichtig, daß man ihnen zuhört, wenn sie über ihre Gesundheitsprobleme reden. Dies schließt dich und mich ein. Wir müssen Frauen finden, denen wir vertrauen und mit denen wir über unsere Gesundheit sprechen können.

Uns gegenseitig zu zuhören durchbricht unsere Isolation. Wenn wir hören, daß andere Frauen ähnliche Erfahrungen machen, dann merken wir, daß wir nicht alleine sind. Wir können die Scham über unsere Körper durchbrechen und Hilfe bekommen und an gemeinsamen Lösungen arbeiten. Wir lernen, daß viele Gesundheitsprobleme mit Diskriminierungen verbunden sind. Wir werden daran erinnert, daß behinderte Frauen die Expertinnen über ihre eigene Gesundheit sind.

Hör zu und helfe anderen dabei zu lernen sich wirklich gegenseitig zu zuhören. Unterbrich Frauen nicht, wenn sie sich aufregen oder Verzweiflung zeigen, das ist der wichtigste Teil beim Zuhören. Höre zu und sage „Erzähle mir mehr", so viel wie möglich. Gebe Frauen eine Chance, wirklich etwas über ihre Körper und ihren Schmerz und ihre Wut zu sagen. Wenn du jemand bist, der immer anderen zuhört, dann sorge dafür, daß du Zeit und Raum schaffst, damit die besten Zuhörerinnen, die du kennst, dir zuhören!

Frage auch, was ist gut in deinen Leben? Es ist wichtig Frauen an ihre Kraft und an ihre Freude zu erinnern. Wenn Frauen ihre Geschichte erzählen können, wenn sie fühlen, daß ihnen zugehört wird, daß sie respektiert werden, daß sie zu den Frauen dazu gehören, dann bekommen wir ein klares Bild über das was wir dann mit unseren Leben anfangen wollen. Es ist eine mutige Tat deine Geschichte zu erzählen, wirklich jemandes Geschichte zu zuhören und das Schweigen darüber zu beenden, wie unsere Leben wirklich aussehen. Dann können wir besser die Hindernisse beschreiben und Hilfe von Verbündeten finden und bekommen, Ziele setzen und hervorheben, Strategien schaffen und handeln, um unsere Ziele zu erreichen. Wir nennen das Peer Counseling, aber es ist auch das, was Frauen ganz natürlich von selbst tun.

Für behinderte Frauen ist sehr wichtig, sich in Gruppen über Gesundheitsprobleme zu treffen, anderen zu zuhören und darüber zu reden und zu verstehen, wie sich Diskriminierung auswirkt. Das funktioniert dann am besten, wenn verschiedene Behinderungen, einschließlich älterer und jüngerer behinderter Frauen und Mädchen, so oft wie möglich zusammen kommen. Behinderte junge Frauen und Mädchen brauchen „große Schwestern". Sie sind unsere Hoffnung als zukünftigen Anführerinnen unserer Gruppen.

Behinderte Frauen sind Lehrerinnen

Mein nächster Vorschlag ist dahingehend, daß wir unseren medizinischen Versorger/Innen beibringen von uns zu lernen. Jede Frau kann damit beginnen, ihrem eigenen Arzt/Ärztin beizubringen, gut über sie zu denken. Ich habe meinen Arzt/Ärztinnen schriftliche Artikel über meine Behinderung gegeben und über Behinderung als soziales Problem. Du könntest deinem Arzt/Ärztin eine Kopie von „Unser Körper, unser Leben" geben, mit roten Umrahmungen um die Abschnitte über behinderte Frauen.

Nicht alle Ärzte/Ärztinnen werden dies willkommen heißen. Aber sage deinen medizinischen Versorger/Innen, daß du Respekt möchtest und daß du behandelt werden möchtest, wie eine Erwachsene. Ich ermutige Frauen immer, eine Freundin oder Verwandte mitzunehmen, wenn sie zum Arzt/Ärztin gehen. Jemand der entspannt und ruhig bleiben kann und nicht aufgeregt wird oder versucht das Reden für sie zu übernehmen. Diese Unterstützung wird uns helfen klarer zu denken und über unsere Bedürfnisse zu reden und ihnen Fragen zu stellen. Und sie helfen uns danach uns zu erinnern, was gesagt wurde. Ich schlage auch vor, daß wir dem Arzt/Ärztinnen sagen, was wir an ihnen schätzen. Ärzte/Ärztinnen sind Menschen und sie brauchen Ermutigung und positive Rückmeldungen. Medizinische Versorger/Innen brauchen unsere Hilfe, damit sie uns bestmöglichst versorgen können.

Hoffnung

Ich glaube, daß die Welt ganz langsam menschlicher und gerechter wird. So entmutigt wir uns auch manchmal fühlen mögen, so müssen wir darauf achten unsere Hoffnung zu behalten und unsere tiefe Verbundenheit miteinander. Wir müssen unsere Erfolge feiern, die großen genauso wie die kleinen.

Die medizinische Forschung zeigt, daß die Gefühle der Hoffnung gut für das Immunsystem sind. Das ist die Art medizinischer Forschung, an die ich glaube. Ich glaube, Hoffnung ist auch gut für das Gesundheitssystem. Unsere Gesundheit, unser Überleben, unsere Kinder, unsere Familien sind wichtig, nicht nur für uns selbst, sondern für die ganze Welt. Unser Leben ist wichtig. Die Menschen verstehen das und werden gemäß dieses Wissens eines Tages handeln. An dies müssen wir uns die ganze Zeit erinnern und daran arbeiten, daß dieser Tag schneller kommen wird. Wir haben jetzt 1997 und wir sind hier alle zusammen. Behinderte Frauen, Freundinnen und Verbündete zu treffen macht mich stolz, daß ich zu dieser weltweiten Gruppe gehöre. Es erinnert mich auch daran, als ich ein kleines Mädchen war und mit anderen behinderten Mädchen in Shriner's Krankenhaus war. Aber wir sind nicht mehr in der Kinderklinik. Wir sind starke, kluge, fähige Anführerinnen unserer eigenen Bewegung. Ich wünschte, ich könnte in der Zeit zurückgehen und jenen kleinen Mädchen über diese Konferenz erzählen, ihnen erzählen, daß wir eines Tages das Wissen und die Kraft und die Verbindungen untereinander und die Hoffnungen haben, um uns gegenseitig zu stärken. Irgendwie tun wir das ja schon jedesmal, wenn wir ein junges behindertes Mädchen oder eine Frau treffen und ihr eine neue Sichtweise anbieten, wie sie mit der Diskriminierung umgehen kann, mit neuen Kenntnissen und Ressourcen und einer ganzen Welt voll mit anderen starken behinderten Frauen, die miteinander vernetzt sind und sich gegenseitig unterstützen.

Krüppelfrauen/lesbentreff innerhalb des bundesweiten Forum der Krüppel- und Behinderteninitiativen

Innerhalb des bundesweiten KrüppelInnentreffens alle 2 bis 3 Monate, haben wir aus einem früher eher seltenen Thema ein regelmäßiges gemacht.

Im Laufe der Treffen stellten wir immer wieder fest, daß für Frauen/Lesbenthemen zuwenig Raum blieb. Daraus ist eine regelmäßige Frauen/Lesben AG entstanden. D.h., daß wir auf jedem Treffen eine Zeit miteinplanen, in der wir Raum für Frauen/Lesbenthemen haben. Dabei überlegen wir immer gemeinsam, womit wir uns auf diesem Treffen befassen wollen.

Mal geht es mehr in die Tiefe (z. B "Die wichtigste Frau in meinem Leben", Gewalt/sexuelle Gewalt), mal geht es mehr um Organisatorisches. Die Inhalte gehen von Infos aus den Städten, Berichte von Frauen/Lesben zu ihrer Lebenssituation/realität bis zur Planung von den gemeinsamen Frauen/Lesbenwochenenden, die von uns aus einmal jährlich organisiert, inhaltlich vorbereitet und durchgeführt werden. Das Thema unseres diesjährigen Treffens im Juni 97 war beispielsweise "Selbstbild-Fremdbild". Auf diesen Wochenenden wird nicht nur inhaltlich gearbeitet; auch Entspannung und Spaß kommen nicht zu kurz.

Für mich persönlich ist es inzwischen sehr wichtig geworden, daß die Frauen/Lesben AG einen festen Platz bei den bundesweiten Treffen hat, da ich vor Ort (ländliche Region) leider keine Bezüge zu Frauen/Lesben mit Behinderungen habe. Ich erlebe es als sehr positiv und unterstützend, sich unter Frauen/Lesben mit ähnlichen Voraussetzungen zu treffen und auszutauschen. Mir persönlich tut es gut, viel Spaß miteinander zu haben und über spezielle Frauen/Lesbenbereiche zu reden und Verschiedenes zu überdenken, damit zu arbeiten und weiterzukommen.

Interessierte Frauen/Lesben, die neugierig geworden sind, können sich sehr gerne bei uns melden.

Bei rechtzeitiger Anmeldung kümmern wir uns um Kinderbetreuung und Gebärdendolmetscherinnen.

ULRIKE RIEß / LANDKREIS LÜCHOW-DANNENBERG

Infoadresse:

Ulrike Rieß
Zum Knick 19
29439 Lüchow OT Grabow
Tel./Fax 05864/416



HEIDI MUSS NICHT SEIN

Mädchen mit Behinderung in der zeitgenössischen Kinder- und Jugendliteratur



Wir Frauen aus der AG Sexuelle Gewalt und Behinderung des „Hessischen Netzwerks behinderter Frauen" haben uns eineinhalb Jahre lang mit einem ungewöhnlichen Projekt beschäftigt. Das Vorhaben war, Kinder- und Jugendbücher mit der Fragestellung zu untersuchen, welches Bild von Mädchen und jungen Frauen mit Behinderung darin vermittelt wird. Bevor wir mit den Recherchen begannen, überlegten wir, ob es in unserer Kindheit Bücher gegeben hat, in denen behinderte Mädchen vorkamen, und ob wir uns mit diesen Büchern evtl. identifizieren konnten. Spontan fiel uns ein einziges Mädchenbuch ein, bei dem es sich um einen Klassiker handelt:

Es gibt wohl kaum ein Mädchen, das nicht HEIDI von Johanna Spyri gelesen oder in moderner Version den Zeichentrickfilm im Fernsehen gesehen hat. In dieser Erzählung kommt ein behindertes Mädchen im Rollstuhl namens Klara vor. Das Happy-End gestaltet sich so, daß Klara dank der gesunden Umgebung in den Schweizer Bergen von ihrer Lähmung „geheilt" wird und wieder laufen kann. Die „Heilung" geschieht u.a. dadurch, daß ein Junge die Sache in die Hand nimmt, sprich den Rollstuhl - natürlich ohne Klara - den Berg hinunterstößt.

Nun ist Heidi sicherlich kein Buch, an dem sich heutzutage behinderte Mädchen und auch nichtbehinderte Mädchen orientieren sollten. (Von Johanna Spyri ist bekannt, daß sie der Frauenbewegung im vorigen Jahrhundert ablehnend gegenüberstand und sich gegen die Zulassung von Frauen zum Studium an den Universitäten aussprach.) Aber welche anderen Bücher sind Mädchen und jungen Frauen mit Behinderung zu empfehlen?. Um diese Frage zu beantworten, begaben wir uns auf die Suche nach entsprechenden - bis dahin uns noch unbekannten - Veröffentlichungen. Wir stöberten in den Bibliotheken herum und studierten ausgiebig die verschiedenen Verlagsverzeichnisse. Bei der Lektüre der ausfindig gemachten Bücher kamen wir zu folgendem Ergebnis:

Bei Kinder- und Jugendbüchern, in denen Jungen und Mädchen mit Behinderungen in Haupt- oder Nebenrollen vorkommen, ist eindeutig festzustellen, daß mehr als Zweidrittel der Erzählungen von behinderten Jungen handeln. Mädchen mit Behinderungen als Titelfiguren, als handelnde Personen sind unterrepräsentiert. Hier spiegelt sich sicherlich die Realität wider, da behinderte Mädchen und junge Frauen im Alltag mit ihren besonderen Bedürfnissen und Problemen kaum in Erscheinung treten. Sie sind nicht sichtbar und sie werden allzuoft auch nicht in ihrer persönlichen Entwicklung wahrgenommen.

Erst seit Beginn der neunziger Jahre ist ein Zuwachs an Veröffentlichungen zu bemerken, in denen behinderte Mädchen mit einem neuen Rollenverständnis dargestellt werden und in den Mittelpunkt der Erzählung rücken. Auf diese Bücher haben wir uns bei den Recherchen in der Hauptsache konzentriert. Nur ein geringer Teil der Kinder- und Jugendbücher mit dem Schwerpunkt „Behinderte Mädchen" ist deutschsprachiger Herkunft, die meisten sind Übersetzungen aus den englischsprachigen Ländern.

Auffällig ist auch, daß wir kein Kinder- oder Jugendbuch fanden, in dem ein geistigbehindertes Mädchen eine aktive Rolle spielt. Überwiegend handeln die Erzählungen, die wir gelesen haben, von Mädchen mit einer Sinnesbehinderung (Blindheit, Gehörlosigkeit) oder einer Körperbehinderung (Spastische Lähmung, Muskelschwund).

Leider gibt es von den Büchern, in denen Mädchen und jungen Frauen mit Behinderung eine Rolle spielen, noch viel zu wenig, die wir vorbehaltlos empfehlen können. Die meisten KinderbuchautorInnen bringen es nicht zustande, die geschlechtsspezifische Darstellung ebenso souverän und frei von Klischeevorstellungen zu gestalten wie es inzwischen relativ häufig mit den Beschreibungen der Behinderung gelungen ist. So haben wir z. B. herausgefunden, daß behinderte KinderbuchautorInnen die Behinderung ihrer Titelfiguren oft sehr sachlich und vorurteilsfrei schildern können, während bei der Mädchenrolle häufig sämtliche Klischees von weiblichen Verhaltensmustern herhalten müssen. Die Sicht der Welt wird durch die Perspektive des (behinderten) Jungen vermittelt. Das behinderte Mädchen orientiert sich an dem Lebensmuster des Jungen und lernt, daß das Leben nach männlichen Kriterien ausgerichtet ist. Die Behinderung wird auf die Weise angenommen, wie sie die männliche Figur vorlebt. Alternative weibliche Lebensentwürfe werden nicht entwickelt - Lebensentwürfe, die vom klassischen Bild der Frau abrücken und eine Bandbreite von Möglichkeiten aufzeigen könnten. Zukünftige Autorinnen und Autoren sollen ermutigt werden, bei der literarischen Darstellung der Situation von Mädchen (und Jungen) mit Behinderung, ihrer Phantasie mehr Raum zu lassen und von Mädchen zu schreiben,

- die lernen, sich mit ihrer Behinderung auseinanderzusetzen,
- die andere behinderte Mädchen und Frauen als Rollenvorbilder haben
- die eine reichhaltige Palette von Verhaltensmustern aufweisen,
- die sich nichts einreden lassen, sondern selbst gestalten
- und an denen sich die behinderten Mädchen von heute orientieren können.

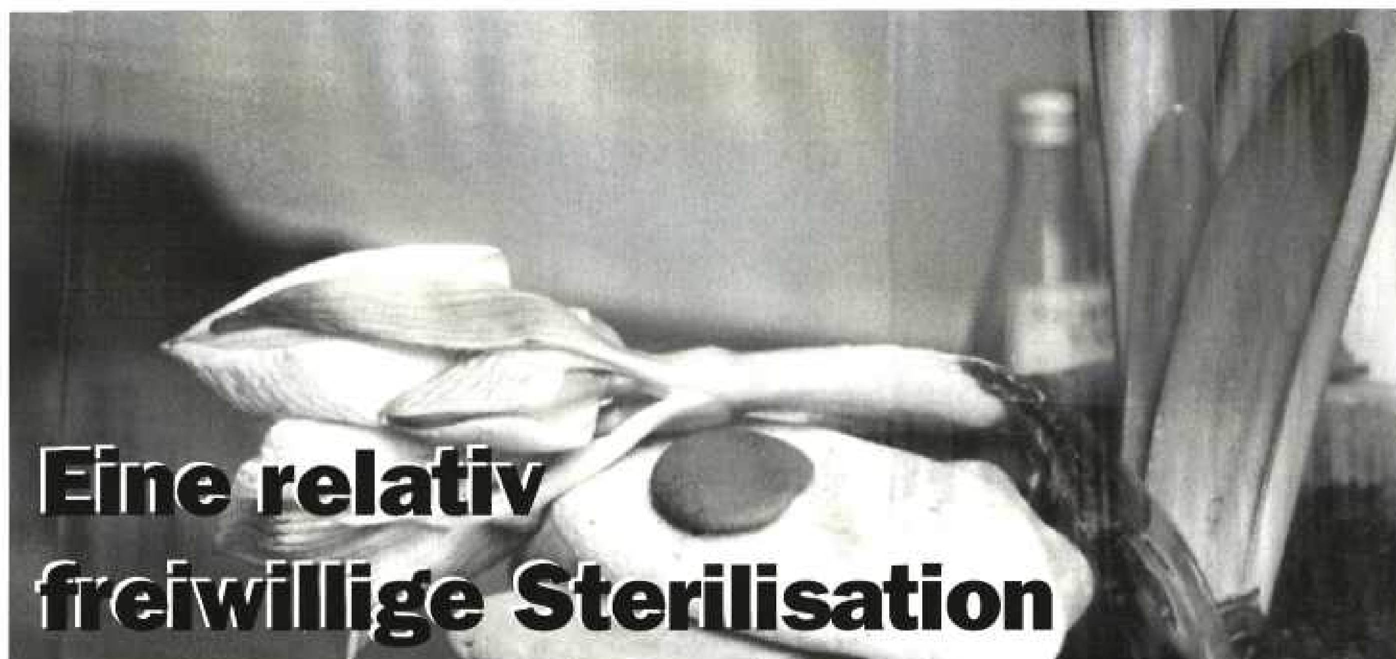
Auf diese Weise könnten Bücher (und andere Medien!) entstehen, die mit dazu beitragen, daß Mädchen und junge Frauen mit Behinderung, mehr Selbstbewußtsein entwickeln, als starke Persönlichkeiten in Erscheinung treten und zu ihren Schwächen stehen können.

Anneliese Mayer

Die Broschüre „Heidi muß nicht sein" ist gegen eine Schutzgebühr von 5,- DM zu bestellen bei

Hessisches Netzwerk behinderter Frauen
c/o LAG „Hilfe für Behinderte"
Raiffeisenstraße 15
35043 Marburg
Tel. 06421/42044

(für Sehbehinderte gibt es Exemplare in Großdruck DIN A4)



Eine relativ freiwillige Sterilisation

In den vergangenen Monaten stieß ich relativ häufig auf Artikel zum Thema Sterilisation. Sterilisation - überwiegend - von Frauen, die als lern- oder geistigbehindert definiert wurden. Die Praxis von Sterilisation in verschiedenen europäischen Ländern vor, während und vor allem nach dem offiziellen Ende des Nationalsozialismus bzw. des 2. Weltkrieges.

Sterilisation sollte und soll verhindern, daß „unerwünschte" Frauen Kinder bekommen. und das mit allen Mitteln, die wenig bis nicht mit einer freiwilligen Entscheidung der Frau zu tun haben, aber fast immer mit massiven psychischen Druck und zwang. Aber wenn diese Merkmale die Norm sind, wie mit Fruchtbarkeit und / oder Kinderwunsch von Frauen mit Behinderung umgegangen wird, wie passe ich mit meinen Erfahrungen da rein?

Im Alter von 21 Jahren entschloß ich mich - freiwillig - zur Sterilisation. Vorangegangen war eine Hirnoperation mit anschließender Halbseitenlähmung. Da ich auf Jahre Medikamente nehmen müßte, die die Wirkung der Pille außer Kraft setzen, schien mir die Sterilisation „das Sicherste" zu sein. Vom Diaphragma hatte ich damals - 1977 - noch nichts gehört. Und eine sichere Verhütung war mir nach einem Schwangerschaftsabbruch zwei Jahre zuvor äußerst wichtig!

Der erste Gynäkologe, zu dem ich ging teilte mir kurz und knapp mit, daß Sterilisation nur für Frauen in Frage käme, die älter als 35 Jahre seien und drei Kinder geboren hätten. Das kam mit aus dem Geschichtsunterricht doch bekannt vor: Hatten die Faschisten nicht dieses Kriterium für deutsche , „arische" - nichtbehinderte-Frauen gehabt?! Ich fühlte mich bevormundet, war stinksauer und keineswegs stolz, daß man mir anscheinend trotz Behinderung die Mutterrolle zutraute oder sich vielleicht auch schlicht keine Gedanken machte, wie ich ein Kind versorgen könnte. Ich als spätbehinderte - oder eigentlich zutreffender: als frisch behinderte Frau, konnte es mir jedenfalls nicht vorstellen. Ich kannte auch keine behinderten Mütter ... Persönliche Assistenz war in den siebziger Jahren noch nicht „erfunden", und wieder von meiner Mutter abhängig werden, war das letzte, was ich wollte! War ich doch gerade mal dabei herauszufinden, wie ich wieder einigermaßen selbständig leben könnte ...

Der zweite Frauenarzt akzeptierte nach längerem Gespräch meine Entscheidung, die ich auch heute noch als stimmig und durchdacht einschätze. Mit der Frage der biologischen Mutterschaft hatte ich mich bereits als Jugendliche länger auseinandergesetzt und war mir sicher, keine „eigenen" Kinder zu wollen. Das hat sich auch später nicht verändert, das heißt, ich habe meine Entscheidung für die Sterilisation nicht betreut.

Aber was die Freiwilligkeit angeht, tauchen doch einige Fragezeichen auf: Ebenso wie eine „freiwillige Entscheidung" von jemandem für Sterbehilfe nicht nur eine / seine private Entscheidung ist, sondern gesellschaftlich geprägt vom allgemeinen Umgang mit Krankheit, Behinderung, Pflegeabhängigkeit und Sterben, denke ich heute, daß meine Entscheidung mitbestimmt war von „außen" und ganz stark von einem fehlenden positiven Vor-Bild. Und so wie der Wunsch nach dem vorzeitigen Sterben aus dem Nichtwissen entstehen kann, welche höchst praktischen Möglichkeiten es für ein würdiges, selbstbestimmtes Leben gibt, denke ich heute, daß meine Entscheidung insoweit nicht freiwillig gewesen ist, weil mir ganz praktische Informationen und Perspektiven fehlten für eine Schwangerschaft, die nicht auf Freigabe zur Adoption hinausgelaufen wäre, oder eine Mutterschaft, die mich nicht an meine Mutter gebunden hätte.

Eigentliche eine paradoxe Situation, daß mir - anders als vielen Frauen mit körperlicher Behinderung - quasi zur Mutterschaft geraten wurde und ich mich unter den damaligen Gegebenheiten dagegen entschied. Das Gegenteil von Zwangssterilisation - eine zwangsläufige Entscheidung?!

Ich wünsche mir Kontakt und Austausch mit Frauen, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben. Meinen Namen und Adresse bekommt ihr über die neue Redaktion.

AKIRE

Grundsatzentscheidung des BVerG zum Benachteiligungsverbot:
(Beschluß vom 8.10.1997; AZ: 1 BvR 9/97)
Nach Ansicht des BVerfG steht ein begabungsgerech Schulsystem von vorneherein unter dem Vorbehalt org nisatorischer, personeller und finanzieller Möglichkeit Die Überweisung eines Schülers stelle nicht schon sich eine **verbotene** Benachteiligung dar. Eine solc liege nur dann vor, wenn eine Sonderschulüberweisu erfolge, obwohl eine integrative Unterrichtung durch nen **vertretbaren** Einsatz von sonderpädagogischer F derung möglich wäre. Was vertretbar ist, entsche letztlich die Schulbehörde.
Fazit: Es gibt jetzt anscheinend eine erlaubte Benach ligung, wenn sie mit finanziellen oder organisatorisch Gründen gerechtfertigt werden kann.

Kommentar von Bettina Theben, Berlin

Erste Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zu Art. 3, Abs. 3, Satz 2 Grundgesetz

Am 29. 10. enttäuschte der erste Beschluß des BVerfG zum Benachteiligungsverbot des Art. 3 GG behinderte Menschen in Deutschland. Es entschied über die Beschwerde einer Göttinger Schülerin, die nach erfolgreichem Besuch der Grundschule auf eine Gesamtschule wechselte, dann aber wegen ihres Förderbedarfs zur Sonderschule verwiesen wurde.

Zunächst zu den positiven Aspekten der Entscheidungs-Begründung: Das Gericht stellt klar, daß eine grundsätzliche schulische Aussonderung verfassungswidrig sei; dies sah die Rechtsprechung bisher zum Teil deutlich anders. Für Länder wie Sachsen, Baden-Württemberg und Bayern, deren Schulgesetze den klaren Vorrang der Sonderbeschulung kennen, stellt sich nun die Frage, ob dies verfassungsgemäß ist. Die Zweifel lassen sich auch auf die in den meisten Landesschulgesetzen enthaltene Regelung, die bestimmte Gruppen (idR sog. Geistig- oder Schwerstmehrfachbehinderte) von der integrativen Beschulung ausnimmt, ausdehnen. Der Senat begründet die Kernaussage damit, die Autonomie der Länder im Bildungswesen werde u.a. auch durch Art. 3 III 2 GG eingeschränkt: Aus dem Benachteiligungsverbot ergebe sich eine besondere Verantwortung, der die Länder mit einer pauschalen Verweisung behinderter Schüler auf Sonderschulen nicht gerecht würden. Allerdings wird es als ausreichend erachtet, wenn - wie im Niedersächsischen Schulgesetz - die gemeinsame Erziehung zwar als Zielvorstellung formuliert wird, diese aber unter dem Vorbehalt ausreichender personeller, sächlicher und personeller Mittel steht. Zu den Argumenten für diese Feststellung und den damit aufgeworfenen Problemen sogleich.

Ein zweiter positiver Aspekt ist die Auffassung, die Interessen behinderter Schüler hätten ein so hohes Gewicht, daß eine Überweisung an die Sonderschule entgegen dem Wunsch der Betroffenen dann verfassungswidrig sei, wenn der Unterricht auch mit „vertretbarem Einsatz" in der Regelschule erfolgen könne. Eine ausführliche Einzelfallprüfung und eine Interessenabwägung, bei der aufgrund der Ausstrahlung des Art. 3 III 2 GG der ´Wunsch´ der Schüler großes Gewicht habe, ist erforderlich. Diese Interessenabwägung müsse in einem gestuften Verfahren erfolgen. Wichtig ist auch die Meinung des Senats, das Benachteiligungsverbot wirke sich auf die Begründung aus, wenn sich die Behörde gegen den Wunsch für eine aussondernde Beschulung ausspricht: Hier sei die Unüberwindbarkeit der personellen, sächlichen und organisatorischen Schwierigkeiten zu begründen. Dies ist in vielen Ländern ebenfalls anders, oft wird mit lapidarem Hinweis auf ´zu hohe Kosten´ oder ´personelle Engpässe´ abgelehnt, so daß in Zukunft nicht nur erhöhte Anforderungen an die Schulverwaltungen zu stellen sind, sondern diese auch ihre (fehlgeschlagenen) Bemühungen, dem Wunsch zu entsprechen, darlegen müssen. Dies setzt letztlich eine Aktivität der Behörden voraus, die momentan eher selten zu beobachten ist.

Schwer wiegt jedoch der Gesamttenor der Entscheidung und damit das Argument für die Zurückweisung der Beschwerde, der - etwas polemisch formuliert - lautet: Das Verbot der Benachteiligung findet seine Grenzen dort, wo die Allgemeinheit unzulässig belastet wird. Dies folgt daraus, daß die Vorbehaltsklausel für verfassungsgemäß erklärt wird. Die Begründung leuchtet auf den ersten Blick ein: Staatliche Ressourcen müßten zur Wahrnehmung verschiedener, auch verfassungsrechtlich vorgeschriebener, Aufgaben eingesetzt werden. Sicher ist es richtig, daß der Staat (zumindest idealtypisch) hier einen gerechten Interessenausgleich herstellen muß. Schaut man genauer hin, so verliert das Argument und die abgeleitete Folgerung, von der vorrangigen Nichtaussonderung könne abgesehen werden, wenn personelle und finanzielle Mittel nicht ausreichend zur Verfügung stünden, jedoch schnell an Gehalt: Die Beschulung behinderter Kinder verursacht Kosten, die primär vom individuellen Bedarf abhängig sind, in zweiter Linie erst von den Bedingungen der jeweiligen Schule; das Beispiel der Beschwerdeführerin zeigt das: Sie benötigt 5 Zusatzstunden pro Woche sowie eine pädagogische Kraft - unabhängig davon, ob sie die Sonder- oder die Regelschule besucht. Diese Kosten muß der Staat aufbringen, daran läßt auch das Gericht keinen Zweifel. Die Frage ist nur, wo die Leistungen erbracht werden: in Gesamt- oder Sonderschule? Der Zivi kostet in der Gesamtschule nicht weniger, auch die Sonderpädagogenstunde hat ihren (gleichen) Preis. Das Problem ist die Organisationsstruktur: so ´leihen´ Sonderschulen ihre Lehrer nicht, schon gar nicht für einige Stunden, an Regelschulen aus, so werden Unterrichtsmaterialien für Schüler an Regelschulen neu angeschafft usw. - Kosten entstehen doppelt. Nicht die ´teurere´ Integration schafft Probleme, sondern die zentralisierte Struktur der Sondereinrichtungen: Eigentlich werden durch den Nichtbesuch behinderter Schüler an der Sonderschule ja bereits etatisierte Gelder eingespart, die dann zur Regelschule ´verschoben´ könnten, was in der Praxis aber fast unmöglich ist. Die Folgen zeigen sich, wenn man in Ländern, in denen schon im größerem Umfange integriert wird, Sonderschulen besichtigt: Klassen haben oft nur noch 4 Schüler, Räume und Einrichtungen stehen leer, Hilfsmittel bleiben ungenutzt. Das könnte anders sein: Sonderschulen werden umstrukturiert, stellen Lehrer (auch stundenweise) und ihre Räume für Regelschulen zur Verfügung. Für die Eltern, die ihre Kinder noch immer lieber in Sondereinrichtungen schicken, sind dann etwa Sonderklassen denkbar...

Im Einzelfall ist abzuwägen, ob z.B. die Kosten für 5 Stunden und einen Zivi an der Gesamtschule unvertretbar höher wären als an der Sonderschule - dies ist nicht der Fall, wie auch Berechnungen der TU Berlin zeigen. Letztlich stellt sich die Frage, ob die Grundrechtsverwirklichung Behinderter wirklich da ihre Grenze finden darf, wo eine inflexible Organisationsstruktur zu erhöhten Kosten und einer nicht bedarfsgerechten Leistungsverteilung führt. Zugleich zeigt der Beschluß, wie nötig die gesetzliche Gleichstellung Behinderter ist: Mit einklagbaren Normen, deren Ziel eine entsprechende Ressourcen-Lenkung ist, kämen Konflikte, wie dieser, erst gar nicht auf. Außerdem könnte die Beschwerdeführerin - durchaus erfolgreich - vor dem Europäischen Gerichtshof gegen die Aussonderung vorgehen, da mittlerweile auch der EG-Vertrag ein Diskriminierungsverbot enthält.



Defizitäre Informationspolitik

zur Gewinnung von UnterstützerInnen für die Kampagne Aktion Grundgesetz

Am 15. November 1997, dem dritten Jahrestag der Grundgesetzänderung zugunsten von Menschen mit Behinderungen, fand die Eröffnungsveranstaltung der 'Aktion Grundgesetz' in Berlin statt. Die 'Aktion Grundgesetz' wird von der 'Aktion Sorgenkind' und von zahlreichen Behindertenverbänden (darunter auch aus dem emanzipatorischen Spektrum) unterstützt. Im folgenden Artikel kritisiert Berthold Pleiß diese Kampagne.

Mit großer Hoffnung sahen behinderte Menschen am 15.11.94 auf das Abstimmungsergebnis zur Grundgesetzänderung nach Bonn. In Artikel 3 III Satz 2 Grundgesetz (GG) heißt es seit diesem Novembertag: "*Niemand darf wegen seine Behinderung benachteiligt werden.*" 30 Jahre früher gründeten die 6 großen Wohlfahrtsverbände in Deutschland mit dem Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) die Deutsche Behindertenhilfe Aktion Sorgenkind e.V. (AS). Die Gründung dieser Sozialorganisation, wie sich Aktion Sorgenkind selbst nennt, wurde durch den Ruf nach finanzieller Unterstützung durch Eltern von "Contergankindern" hervorgerufen. Contergan wurde als Schlaf- und Beruhigungsmittel von der Firma Grünenthal am 01.10.1957 auf den Markt gebracht und auf Grund des öffentlichen Drucks im November 1962 wieder vom Markt genommen, Contergan rief bei Neugeborenen verkürzte Arme bzw. Beine hervor. Es kamen allein in Deutschland ca. 2800 "Contergankinder" zur Welt. Viele starben während der Geburt am Fehlen innerer Organe. Behinderte Menschen gehörten damals noch nicht wie heute zum Stadtbild. Die meist sehr jungen Eltern waren nicht auf behinderte Kinder "vorbereitet" und mußten sich mit Behörden und Krankenkassen auseinandersetzen, was, wie sie sagten, große Sorgen machte. Der Begriff "Sorgenkinder" hatte damals vielleicht seine Berechtigung. Heute, 33 Jahre später, ist der Name der Aktion Sorgenkind aber überholt.

Behinderte Menschen haben sich in den letzten zwanzig Jahren aus ihrer Bittsteller-, Kopfstreichel- und Mitleidsrolle befreit. Diesen Prozeß hat ebenfalls die Aktion Sorgenkind registriert. Die WerbestrategInnen von AS gaben sich schon 1995 mit ihrer "Pro Respekt"- Kampagne ein neues Outfit. In ihrem neuen Logo verschwand der Name "Sorgenkind" in dem "O" von "Aktion". Die nun neu aufgelegte Kampagne Aktion Grundgesetz wird von ca. 100 Organisationen der Behindertenhilfe und -selbsthilfe unterstützt.

Das Aktionsbündnis

Das Aktionsbündnis zur Kampagne Aktion Grundgesetz unterstützen Organisationen der Behindertenhilfe und -selbsthilfe. Trägern von Aussonderungseinrichtungen, damit sind insbesondere die großen Wohlfahrtverbände gemeint, werden unter dem Begriff der Behindertenhilfe zusammengefaßt. Das von der Wohlfahrtsmafia geprägte Bild bringt Bundeskanzler *Helmut Kohl*, anläßlich der Festveranstaltung "100 Jahre Verband evangelischer Einrichtungen für Menschen mit geistigen und seelischen Behinderungen e.V." am 29.09.97 in Bad Oeynhausen auf den Punkt: "*Ihr Verband kann mit Stolz auf sein 100jähriges Bestehen und sein segensreiches Wirken zurückgreifen. (...) Ihrer Institution ist fest in unsere Gesellschaft verankert; sie leistet einen unverzichtbaren Beitrag zu Menschlichkeit und Geborgenheit in unserem Land.*" Gegen die Verankerung von Aussonderungsinstitutionen wehren sich seit Jahrzehnten behinderte Menschen. In folgendem Widerspruch befinden sich die großen Wohlfahrtsverbände der Behindertenhilfe in Bezug der Kampagne Aktion Grundgesetz: Einerseits proklamieren sie, daß behinderte Menschen nicht mehr für 2 DM pro Stunde in ihren Werkstätten arbeiten sollen und andererseits würden sie sich endlich ihr eigenes Grab schaufeln, wenn die Behindertenhilfe jetzt ernsthaft über alternative Arbeitsmodelle außerhalb der "Werkstätte für Behinderte" nachdenken würden. Die Aktion Grundgesetz könnte als Gerüst des Umdenken dienen.

Unter den Begriff der Behindertenselbsthilfe, lassen sich die Organisationen von behinderten Menschen zusammenfassen. Viele dieser Organisationen sind schon lange über die Tätigkeit der Selbsthilfe hinausgewachsen. Sie bringen vielmehr behindertenpolitisch brisante Themen auf die Tagesordnung. Hinsichtlich veränderter Strukturen innerhalb der Behindertenbewegung sollte der Begriff der Behindertenselbsthilfe ebenfalls von AS überdacht und diskutiert werden. Als eine in diesem Sinn in der Verantwortung stehenden Organisation stellt sich die Interessenvertre-

tung "Selbstbestimmt Leben" Deutschland (ISL) dar. (ISL sollte sich auf die Grundsätze der Krüppelbewegung besinnen und dem Aktionsbündnis den Rücken kehren oder sich in diesem Bündnis zumindest für unsere Grundsätze gegen Diskriminierung und Selbstbestimmung einsetzen. Dazu gehört eine schnelle Namensänderung von Aktion Sorgenkind. Die Zeichen stehen gut, konnte doch für diese Kampagne durch entsprechenden Druck Aktion Sorgenkind durch Aktion Grundgesetz ersetzt werden.)

Die Namensänderung

Am 25./26.02.1997 etablierte sich in Bonn am Rande der bundesweiten Präsentationsveranstaltung zur Aktion Grundgesetz ein Workshop zur Namensänderung, nachdem behinderten Menschen spontan diese Forderung einbrachten. Im Sommer 1997 spricht der Vorstand von AS von einer "umfassenden Aufgabenstellung" und beauftragt die Geschäftsstelle unter Einhaltung bestimmter Ausschußstrukturen, "*innerhalb der nächsten zwei Jahre mögliche alternative Strategien zur Namensänderung der Aktion Sorgenkind zu erarbeiten*", so AS-Vorstandsmitglied, *Bernhard Conrads*, gleichzeitig Bundesgeschäftsführer der Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V. auf eine Anfrage von *Sigrid Arnade* und *Andrea Schatz* im Sommer '97 zum diskriminierenden Namen. Nach dieser Aussage ist der Namensänderungsprozeß im Sommer 1999 noch nicht abgeschlossen.

In der letzten Ausgabe (3/97) von Selbstbestimmt Leben Konkret (SLK) findet sich ebenfalls ein Zitat aus jenem Brief und es heißt dort lapidar: "*Es ist und bleibt vorgesehen, einen Veränderungsprozeß des Namens 'Aktion Sorgenkind' insbesondere zum Namensteil 'Sorgenkind' einzuleiten.*" Es bleibt zu hoffen, schreibt SLK weiter, "*daß es die Aktion Sorgenkind mit der von ihr entwickelten Kampagne für die Gleichstellung Behinderter unter dem Motto 'Aktion Grundgesetz' ernst meint und es nicht nur ein billiger Marketing-Trick ist.*" Mit dieser Aussage ließen sich auch progressive Behindertenverbände von AS überzeugen an der Kampagne teilzunehmen. Fatal ist nur, daß dieses Argument (Marketing-Trick) jetzt auch der Interessenvertretung "Selbstbestimmt Leben" Deutschland übernommen wird, um in ihren eigenen Reihen für Unterstützung der Kampagne Aktion Grundgesetz zu werben. Am 09.12.97 wird ein Folgeworkshoptreffen zur Namensänderung der AS stattfinden. Ich unterstelle der AS, daß der Workshop so zu einer Scheinveranstaltung wird, wenn nicht gleichzeitig Zeichen zur Änderung des Namens in naher Zukunft (Mai '98) gesetzt werden. Unter den von AS vorgegebenen Terminen dürfen wir mitarbeiten und über "alternative Strukturen zur Namensänderung" diskutieren, aber die Entscheidungen werden durch die Geschäftsstelle bzw. den Vorstand getroffen. Meines Erachtens steht diese Vorgehensweise von AS in keinem Zusammenhang mit der Aussage in ihrer Kampagne AKTION GRUNDGESETZ: "Nichts über uns ohne uns".

Eine global angelegte Strukturdiskussion über das Mitbestimmungsrecht behinderter Menschen in den AS-Gremien (Kuratorium und Vorstand) und den leitenden Funktionen innerhalb des Management ist zwingend nötig. Dann erst kann ein echter Wandlungsprozeß innerhalb von AS beginnen.

Die Auftaktveranstaltung

Am dritten Jahrestag der Grundgesetzänderung wird am 15.11.97 die Auftaktveranstaltung zur Kampagne Aktion Grundgesetz offiziell von Aktion Sorgenkind eröffnet. Die Eröffnungsrede im Spannungsfeld zwischen Verfassungsanspruch und Lebensrealitäten wird Bundespräsident und Schirmherr Roman Herzog in der Universal Hall in Berlin halten. Behinderte Menschen werden es schwer haben, der Veranstaltung beizuwohnen, denn die Universal Hall verfügt in ihren eigenen Räumen nicht über behindertenfreundliche Toiletten. Die Toiletten befinden sich im Keller und sind obendrein von den Maßen sehr klein gehalten. D.h. auch für Leute, die hinunterkommen, wird der Toilettengang aus Platzmangel zum Problem. Diese Situation steht im Widerspruch zur eigenen Kampagne, denn es heißt dort auf einer Bierdeckelvorderseite "*Prost Qualzeit ...*" und auf der Rückseite: "*ohne behindertengerechte Toilette wird ein Restaurantbesuch für behinderte Menschen schnell zur Tortur*". Zur Tortur wird der Toilettengang in der Universal Hall auf jeden Fall, auch wenn die Toiletten auf dem Hof aufgestellt werden. In Anbetracht der kalten Jahreszeit ist es eine Zumutung, auch wenn die Toiletten beheizt sind, diese zu benutzen. Schon auf der Berliner Präsentationsveranstaltung zur Kampagne Aktion Grundgesetz im August '97 in der Kabarett Kneipe Kartonn brachten behinderte Menschen diese Kritik schon einmal vor. Hier waren transportable Toiletten aufgestellt. Ein Großteil der Besucher konnte diese nicht benutzen. Auf Anfragen von TeilnehmerInnen, die den desolaten Zustand dieses Veranstaltungsortes schilderten, erwiderten die InitiatorInnen der Kampagne ohne auch nur den Hauch eines Schuldbewußtsein zu zeigen: "*Man hätte Wert auf eine gemütliche Atmosphäre gelegt.*" Fehler sind menschlich, aber den gleichen Fehler für die Auftaktveranstaltung wieder zu begehen, ist behindertenfeindlich!



Zensur beim Kampagnenbuch
Gesellschaft der Behinderer

Zensiert wurde schon beim Buch Gesellschaft der Behinderer, welches von *Hans-Günter Heiden* und *Sigrid Arnade* zur Kampagne redigiert wurde. *Martin Eisermann* schrieb für das Buch unter dem Titel Namen sind Schall und Rauch...?. Diskriminierung (durch Sprache) am Beispiel der Aktion Sorgenkind einen Beitrag. Es heißt dort: AS hat gemeinsam mit dem ZDF "*mehr als drei Jahrzehnte lang ein Bild von behinderten Menschen in Millionen Haushalte transportiert, welches geprägt war durch Fremdbestimmung: Nichtbehinderte Redakteure produzieren Beiträge über Einrichtungen oder Projekte, die aufgrund der Entscheidung von nichtbehinderten Kuratoriumsmitgliedern Gelder erhielten, unter einem Namen der weniger gesellschaftliche Zustände beschreibt, sondern schlicht und einfach stigmatisiert.*" Auch heute (Sa. 04.10.97,17:45 Uhr, MACH MIT) noch werden die Vorurteile über behinderte Menschen durch die Sendung MACH MIT in bundesdeutsche Wohnstu-

Anmerkung: a) Dieser Beitrag wurde vor der Auftaktveranstaltung der 'Aktion Grundgesetz' am 15.11.97 in Berlin verfasst. Aktuellere Berichte werden die 'Aktion Grundgesetz' sicher in den folgenden Ausgaben der 'randschau' begleiten. b) Die Bilder wurden wuns freundlicherweise von ISL e.V. zur Verfügung gestellt.

ben transportiert. Der Artikel paßte nicht ins Konzept des Bündnisgedankens, so Frau Zirden. Sie gibt vor, daß sich der Artikel *"nicht mit dem Namen der 'Aktion Sorgenkind'"* beschäftigt, *"sondern ist eine Art 'Abrechnung mit der AS, wie Sie sie in der Vergangenheit wahrgenommen haben."*

Zwei Behauptungen, die im Kontext der Kampagne zynisch wirken, möchte ich kurz aufgreifen.

1. Der Versuch, daß sich der Autor mit dem Namen auseinandersetzt, wird ins Umgekehrte verklärt und wirkt auf den ersten Blick wie ein Totschlagargement. Dieser Eindruck sollte von Frau Zirden auch hergestellt werden. Der Grund einer derartigen Umgehensweise, liegt in den nach wie vor unveränderten Strukturen innerhalb der AS.

2. Selbst wenn der Autor mit AS abrechnen (was nicht sein Interesse war) hätte wollen, kann ihm dieses Recht nicht von der AS genommen werden. Vielmehr versucht der Autor durch Hintergrundwissen der potentiellen Leserschaft eine andere als die von AS geprägte Sichtweise zu beschreiben. Kritische Äußerungen im Zusammenhang mit dem Buch sind an globalgesellschaftliche Zusammenhänge zu richten. Wird der Versuch unternommen, direkt auf bestehende Mißstände im einzelnen hinzuweisen, kann dies nicht durch die Kampagne Vervielfältigung finden.

Berthold Pleiß, Berlin



Namen sind Schall und Rauch ...?

Diskriminierung (durch Sprache) am Beispiel der Aktion Sorgenkind

In dem vorausgegangenen Beitrag von Berthold Pleiß, kritisiert dieser massiv die Redaktion des 'Kampagnenbuches' zur 'Aktion Grundgesetz und bezichtigt diese der „Zensur" eines Beitrags von Martin Eisermann. Aus gegebenen Anlaß dokumentieren wir diesen Beitrag im folgenden.

Das Zweite Deutsche Fernsehen gehörte in meiner Familie zum festen Bestandteil des abendlichen Zusammenseins. Montags gab es die „Hitparade" oder „Disco", Freitags „Derrek" oder den „Alten" und Donnerstags erfreute uns Hans Rosenthal mit seinen Luftsprüngen („Sie sind der Meinung das war... Spitze!") bzw. Wim Thoelke strapazierte auch unsere Denkmuskeln beim „großen Preis". Letztgenannte Unterhaltungssendung stand in direktem Zusammenhang mit einer Fernsehlotterie. Während die A R D ein Großaufgebot an Prominenten präsentierte das den Menschen singend und dichtend einen „Platz an der Sonne" verhieß, warf das ZDF die Deutsche Behindertenhilfe ins Rennen um die Gunst und Geldbörsen der Zuschauer. Die Aktion Sorgenkind - so der Name der Lotterie - verhalf denjenigen, die ein Los erwarben, entweder zu Reichtum und Wohlstand oder vermittelte ihnen das gute Gefühl, etwas für Behinderte getan zu haben. Um sich davon überzeugen zu können, wurde im Anschluß an den „großen Preis" eine Sendung unter dem Namen „Danke schön" (später „die große Hilfe", jetzt „mach mit") ausgestrahlt. Ein netter älterer Herr (Hans Mohl) moderierte die Sendung. Die Beiträge zeigten Veranstaltungen, Festen, Betriebs- und Weinachtsfeiern, auf denen Geld zu Gunsten der Aktion Sorgenkind gesammelt wurde. Manchmal wurden zu diesen Aktivitäten auch behinderte Kinder eingeladen, die dann etwas vorsingen oder auf andere Art ihr Können unter Beweis stellen durften. In jeder Sendung beschäftigte sich ein Beitrag auch damit, wohin die Spenden und Erlöse floßen. Es wurden meistens Heime oder Werkstätten vorgestellt, die 'neues Spielzeug, Therapiegeräte oder einen neuen Bus von dem Geld anschaffen konnten. Beim Anblick dieser Bilder bekam ich immer ein beklommenes Gefühl in der Magengegend. Das lag wohl daran, daß es an der Sonderschule, auf die ich damals ging, auch so etwas wie die Aktion Sorgenkind gab. Es nannte sich „Förderkreis", und immer, wenn uns feierlich ein neuer Bus übergeben wurde, mahnte uns irgendein Kommunalpolitiker, wie gut wir es doch jetzt hätten und wie froh wir sein könnten, daß es so viele Menschen so gut mit uns meinen. Zum Dank sangen wir dann ein lustiges Lied "Wir steh'n nicht auf dem Abstellgleis, dank unsres tollen Förderkreis'". Als ich mit achtzehn Jahren auf eine Allgemeine Schule kam, um dort das Abitur zu machen, stand ich unter enormen Erwartungsdruck. Ich gehörte zu den wenigen Auserwählten, denen es vergönnt war, integrativ beschult zu werden. Alle taten so, als sei dies ein großes Wagnis und insbesondere die Lehrer der Sonderschule vermittelten uns das Gefühl, alles sei nur dank ihrer Förderung so gekommen und dies dürfte ich n i e vergessen. Erst durch mein Engagement in der emanzipatorischen Behindertenbewegung begann ich zu verstehen, welchen fremtbestimmen Mechanismen wir ausgesetzt waren.

Was hat das jedoch mit dem Namen Aktion Sorgenkind zu tun? Worin liegt die Diskriminierung?

Die Aktion Sorgenkind wurde 1964 zu Gunsten der Opfer des bis dahin größten Arzneimittelskandals in der Geschichte der Bundesrepublik gegründet.

Das Beruhigungsmittel „Contergan" verursachte zum Teil gravierende Nebenwirkungen. Neugeborene kamen mit verkürzten Gliedmaßen auf die Welt, bei älteren Menschen kam es zu Lähmungen. Es heißt, die Mütter der Opfer hätten ihre Kinder selbst als Sorgenkinder bezeichnet. Die behindertenpolitische Infrastruktur (Beratungsstellen, Kindergärten, Schulen u.s.w.) steckte damals noch in den Kinderschuhen. Sicherlich - das ist unbestritten - ist es auch das Verdienst der Deutschen Behindertenhilfe, daran etwas geändert zu haben. Zum ersten Mal bekam eine breitere Öffentlichkeit einen Eindruck von der Lebenswirklichkeit behinderter Menschen und ihrer Angehörigen vermittelt. Die Spenden wurden für den Aufbau von Einrichtungen verwandt, deren Ziel die Förderung behinderter Menschen war. Neben den Förderschwerpunkten (es wurde dem Zeitgeist entsprechend überwiegend in Aussonderungseinrichtungen investiert) war es vor allem

der Name - Aktion Sorgenkind - unter dem gesammelt wurde. Fakt ist, er wurde von Nichtbehinderten erdacht. Er ist geprägt durch den wenig hinterfragten Grundsatz, daß Behinderung etwas Negatives zu seien scheint. Hier liegt die Wurzel allen Übels, entscheidet doch - wie so oft - eine nichtbehinderte Mehrheit über den Gemütszustand einer behinderten Minderheit. Ureigene Ängste vor Krankheit und Behinderung werden auf eine Gruppe projiziert, deren Selbstwahrnehmung viel differenzierter ist. Statt dies aufzureifen und sich auf die Lebenswirklichkeit behinderter Menschen einzulassen, gab es zahlreiche Initiativen, die vorgaben, einen humanen Anspruch zu verfolgen, letztlich aber doch der Bekämpfung von Behinderung und damit deren Negierung und der Diskriminierung von Behinderten dienten. Hier einige Beispiele, die nicht im Zusammenhang mit der Aktion Sorgenkind stehen: In den siebziger und achtziger Jahren appelierte die Kampagne „Schluckimpfung ist süß- Kinderlähmung ist grausam" an das gesunde Volksempfinden. In ihrem Buch „Die Wohltätermafia" beschreiben die Autoren Udo Sierck und Nati Radtke, wie Politik und Wirtschaft maßgeblich Einfluß auf die Schaffung Humangenetischer Beratungsstellen nahmen. In Verbindung mit dem eingangs erwähnten Skandal um das Medikament „Contergan" wurde in den Medien häufig das Wort Katastrophe verwandt. Es wurde jedoch nie so recht deutlich, ob es sich dabei um eine Beschreibung der kriminellen Machenschaften des Herstellers handelte oder nicht eher die Behinderung charakterisiert werden sollte. Auch heute noch werden insbesondere Kinder mit sog. Mißbildungen als Beleg für die gefährlichen Auswirkungen der Kernenergie benutzt, oft gefolgt von dem Ruf nach einem Fehlbildungsregister.

Diese nicht abschließende Aufzählung verdeutlicht, daß Behinderung in der Öffentlichkeit häufig als Bedrohung, nicht aber als normaler Bestandteil des Lebens, dargestellt wird. Dies trifft auf die Aktion Sorgenkind sicher nicht zu. Aber gemeinsam mit dem ZDF hat man mehr als drei Jahrzehnte lang ein Bild von behinderten Menschen in Millionen von Haushalte transportiert, welches geprägt war durch Fremdbestimmung: Nichtbehinderte Redakteure produzierten Beiträge über Einrichtungen oder Projekte, die aufgrund der Entscheidung von nichtbehinderten Kuratoriumsmitgliedern Gelder erhielten, unter einem Namen der weniger gesellschaftliche Zustände beschreibt, sondern schlicht und einfach stigmatisiert. Wir wurden zuoft - mit Zustimmung der Aktion Sorgenkind oder ohne sie - in jedem Fall aber unter dem Namen als dankbare Objekte der Fürsorge dargestellt. Dies alles auch noch in den achtzigern, zu einer Zeit also, in der sich behinderte Menschen kritisch mit den aussondernden Strukturen in Behinderten-Ghettos, in Heimen, Werkstätten, Schulen und Reha- einrichtungen, auseinandersetzten. Für die im Namen der Aktion Sorgenkind gestaltete Öffentlichkeitsarbeit waren wir aber weiterhin nur gut genug, uns über die Spenden zu freuen und damit den vermeindlichen Erfolg zu bestätigen. Auch hier wußten wieder andere, was gut für uns war. Das ist diskriminierend. Wenn Kinder dazu mißbraucht werden, ist es um so schlimmer!

Behinderte Menschen haben jahrelang gegen diese Form von Fremdbestimmung gekämpft.

Offentsichtlich mit Erfolg!

Das Erscheinungsbild der Aktion Sorgenkind hat sich verändert. Nach einem neuen Logo und vermehrt kritischen Beiträgen in der Sendung „mach mit", die z.T. von behinderten Journalisten produziert wurden ist nun der nächste große Schritt vollzogen worden. Durch die Aktion Grundgesetz werden u n s e r e Themen in der Öffentlichkeit diskutiert. Dies kann der Beginn eines Paradigmenwechsels auf breiter Ebene sein.

Allerdings kann die Aktion Sorgenkind nicht davon ausgenommen bleiben. Über eine Namensänderung wird bereits diskutiert. Hier müssen die Negativerfahrungen behinderter Menschen mit dem Namen mehr als nur berücksichtigt werden. Wir sollten als g l e i c h berechtigte Partner nicht nur innerhalb der Kampagne sondern auch darüberhinaus in den anstehenden Umstrukturierungsprozeß miteinbezogen werden.

Denn wie heißt es in der Kampagne auf einem Plakat: „Nichts über uns ohne uns!"

MARTIN EISERMANN, BERLIN

Eine verklärte Sichtweise der Realität:

Die Erklärung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken zur Biomedizin

Am 19.11.1996 wurde im Europarat das umstrittene Menschenrechtsabkommen zur Biomedizin verabschiedet. Zwar enthielt sich Deutschland bei der Schlußabstimmung, aber nicht aus grundsätzlichen Erwägungen. Eine Ratifizierung durch den Deutschen Bundestag steht auf der politischen Tagesordnung. Auch aus den Kirchen ist keine Kritik (mehr?) zu vernehmen. Im September stellte das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) eine sehr opportunistische Stellungnahme vor, die Martin Seidler im Folgendem kommentiert.

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), das oberste Laiengremium in der katholischen Kirche, beschloß am 18.10.96 die Errichtung einer Arbeitsgruppe Biomedizin, mit dem Auftrag, eine Stellungnahme zum Menschenrechtsübereinkommen zur Biomedizin zu erarbeiten, das bekanntlich Ende vergangenen Jahres im Europarat verabschiedet wurde. Deutschland enthielt sich bei der Schlußabstimmung der Stimme, um - laut einer Pressemitteilung des Bundesministeriums der Justiz - in keiner Weise eine spätere Entscheidung über Unterzeichnung und Ratifikation des Übereinkommens zu präjudizieren. Die Bundesregierung wolle vielmehr der öffentlichen Diskussion in Deutschland ausreichend Zeit lassen.

Das von obengenannten Gremium vorzulegende Papier solle einen sachlichen und differenzierten Diskussionsbeitrag liefern, der zu einer fundierten Meinungs- und Urteilsbildung verhelfen kann. Den Kritikern der Konvention wird in diesem Zusammenhang unterschwellig vorgeworfen, mit verkürzten Informationen, tendenziösen Interpretationen und ärgerlichen Übersetzungsfehlern gearbeitet zu haben, was der kritischen Auseinandersetzung

mit der Konvention nicht immer förderlich gewesen sei.

Noch bevor die Stellungnahme vorlag, wurde in einem Bericht der Arbeitsgruppe Biomedizin vom April 1997 deutlich, wohin „der Hase läuft": Positive Aspekte bzw. Ansätze, z. B. die Formulierung von ethischen Mindeststandards bzw. eine „erhebliche" Verbesserung des diesbezüglichen Schutzniveaus im europäischen Maßstab, das klare Verbot der Keimbahnmanipulation und das Verbot der Herstellung von Embryonen zu Forschungszwecken werden hervorgehoben, Kritikpunkte verharmlost bzw. relativiert. Ein „außerordentlicher Mangel" wird lediglich darin gesehen, daß das Dokument dem Lebensrecht in den Bereichen Schwangerschaftsabbruch und Euthanasie nicht Rechnung trage - ein Punkt, der überhaupt nicht Thema der Konvention ist.
Schon in diesem „Vorläuferpapier" wird dem Menschenrechtsübereinkommen ein Freibrief ausgestellt: „Die Mehrheit der Arbeitsgruppe ist davon überzeugt, daß die Konvention in keinem Punkt gegen verfassungsrechtliche Normen verstößt." und eine eindeutige Handlungsanweisung gegeben: „Eine Weigerung Deutschlands, die Konvention zu ratifizieren, wäre vermutlich ein negatives Signal". Die vieldiskutierte Gefahr des Drucks auf Deutschland zur Lockerung der strengeren Schutzvorschriften bzw. der Nivellierung dieser auf niedrigerem Niveau bestünde zukünftig „ohnehin".

Die Vorstellung der letztendlichen „Stellungnahme zum Menschenrechtsübereinkommen zur Biomedizin des Europarates" des Zentralkomitees der deutschen Katholiken erfolgte in einer Pressekonferenz am 11. September 1997.
Neben Dr. Eva-Maria Streier von der Deutschen Forschungsgemeinschaft als Vorsitzende der Arbeitsgruppe Biomedizin und Dr. Walter Bayerlein, vorsitzender Richter am Oberlandesgericht München, als ZdK-Vizepräsident war auch Prof. Dr. Hans-Bernhard Wuermeling, Rechtsmediziner an der Universitätsklinik Erlangen, sozusagen als „Fachmann" bei der Pressekonferenz anwesend. Zur Einordnung der Personen: Streier, Sprecherin der Deutschen Forschungsgemeinschaft, plädiert in ihrer Denkschrift zur Forschungsfreiheit vom März 1996 dafür, daß „zu bedenken ist, daß das Zurücktreten des Grundrechts auf Leben ... gegenüber dem



Grundrecht auf Forschungsfreiheit ... geboten sein kann"; Wuermeling leitete bekanntlich vor einigen Jahren das ethisch höchst problematische „Experiment", bei dem eine hirntote Frau künstlich am Leben erhalten wurde, um zu testen, ob bzw. wie lange ihre Schwangerschaft fortgeführt werden kann. - Der eingetretene Hirntod ist bekanntlich der Zeitpunkt, ab dem Organe entnommen werden dürfen!)
Die dort gehaltenen kurzen Stellungnahmen von Streier und Bayerlein brachten nach dem oben Gesagten - leider - keine Überraschungen. Zwar wurde das oben zitierte eindeutige Votum zum Umgang mit der Konvention etwas abgemildert („Unter Abwägung aller Gesichtspunkte scheint dem ZdK die politische Entscheidung, die Konvention zu unterzeichnen und zu ratifizieren, wenn nicht geboten, dann zumindest vertretbar"), aber die eindeutig positive Einschätzung bleibt. Sie fußt auf der Ansicht, die Konvention sei „werdendes Recht" und im Rahmen der Protokolle weiter zu präzisieren - eine Behauptung, die m. E. durch nichts zu rechtfertigen ist und die Tatsache mißkennt, daß der Konventionstext mit seiner Verabschiedung im November 1996 unveränderbar wurde. Insbesondere bei der Datenschutzfrage und bei der Grenzziehung der Begriffe „minimale Belastung" und „minimales Risiko" wird weiterer Regelungsbedarf gesehen und auf Protokolle verwiesen, die jedoch noch gar nicht existieren. Unser Land habe die „Pflicht, an der Formulierung internationaler Rechtsnormen für das der grenzüberschreitenden rechtlichen Regelung dringend bedürftige Gebiet der Biomedizin mitzuwirken". Da Deutschland aber nur als Unterzeichnerstaat bei der Formulierung der Protokolle mitgestaltend wirken könne, müsse es der Konvention beitreten. - Eine verquere Argumentation! (Die Realität zeigt die entgegengesetze Tendenz: So verbietet das kürzlich bekannt gewordene Zusatzprotokoll zum Klonen von Menschen das Klonen nicht an sich, sondern nur, daß Embryonen, die zu Forschungszwecken geklont wurden, ausgetragen bzw. geboren werden.)
Nach den Statements folgten - leider nur wenige und wenig kritische - Fragen der Journalisten. So konnte z. B. triuphierend berichtet werden, daß die Stellungnahme einstimmig verabschiedet wurde - jedoch nur, weil Prof. Dr. Dietmar Mieth als Kritiker der Bioethik-Konvention kein Mitglied des ZdK ist und Robert Antretter bei der Schlußabstimmung „fehlte". Der Frage, warum keine behinderten Menschen an der Erarbeitung der ZdK-Stellungnahme beteiligt wurden, wich Dr. Streier aus.
Peinlich war ein Statement von Prof. Dr. Wuermeling, der die Verkürzung „Forschung an Behinderten erlaubt" als Übersetzungsfehler brandmarkte, da „nicht alle Behinderten einwilligungsunfähig sind". Daraufhin angesprochen, was denn ein „minimales Risiko" und eine „minimale Belastung" sei, die bei der Forschung an nicht einwilligungsfähigen Personen in Kauf genommen werden könne, erklärte Wuermeling, es handele sich hierbei um Dinge wie „Einsicht in die Krankenakte", eine „Speichelprobe" oder die „Auswertung sowieso vorgenommener Untersuchungen" - m. E. lächerliche Beschwichtigungsversuche, da - wie erwähnt - eine verbindliche Definition dieser Begriffe fehlt.
Wie war noch einmal der Vorwurf an die Kritiker der Bioethik-Konvention? Sie hätten mit verkürzten Informationen und tendenziösen Interpretationen gearbeitet?

Martin Seidler, Bonn

Rezension:

„Die Menschenrechte werden gespalten, die Menschen werden sortiert“

Unter diesem Titel wurde Mitte Oktober ein Memorandum des Komitees für Grundrechte und Demokratie zum Menschenrechtsübereinkommen des Europarats zur Biomedizin vorgelegt. Der 30seitige Text ist die umfassendste und vielseitigste Kritik an der Bioethik-Konvention, die ich bisher gelesen habe. Dabei wird der Konventionstext systematisch, d. h. Artikel für Artikel unter menschenrechtlichen und demokratischen Gesichtspunkten - für mich eine ganz neue Herangehensweise - untersucht, ohne sich auf die allgemein bekannten Kritikpunkte zu versteifen. Auf diese Weise werden Aspekte zu Tage befördert, die mir bislang nicht geläufig waren.

Die Autoren beginnen mit ihrer Analyse bereits bei der Präambel: In dieser würden alle möglichen „podesthohen Menschenrechtserklärungen“ erwähnt werden, ohne aus diesen im weiteren Text auch nur die kleinste Konsequenz zu ziehen. Durch die Unterschlagung bereits bestehender Regelungen (z. B. des „Nürnberger Kodex“ von 1947 oder auch der Deklarationen von Helsinki und Tokio) werde fälschlicherweise suggeriert, daß mit dem „Menschenrechtsabkommen zur Biomedizin“ Neuland betreten werde bzw. erstmals für ethische Regulierungen und Rechtssicherheit in einem Bereich sorge, der rechtlich zuvor nicht erfaßt gewesen sei. Dies lege den Schluß nahe, „daß das vorrangige Ziel des Übereinkommens darin bestehe, bestehende Schutzstandards zu deregulieren und die Prinzipien der europäischen Menschenrechtstradition zugunsten medizinischer und wirtschaftlicher Interessen aufzuweichen.“ (S. 20)

Es würde den Rahmen eines Artikels sprengen, sämtliche Kritikpunkte der AutorInnen des Memorandums aufzuzählen, im Folgenden werde ich mich deshalb auf einige Aspekte beschränken, die mir besonders interessant erscheinen:

Die Menschenrechte werden gespalten, die Menschen werden sortiert

Zum Menschenrechtsübereinkommen des Europarates zur Biomedizin

- Ein Memorandum -



Komitee für Grundrechte und Demokratie

Die Broschüre ist gegen Verrechnungsscheck (5.— DM pro Exemplar) erhältlich beim KOMITEE FÜR GRUNDRECHTE UND DEMOKRATIE e. V., An der Gasse 1, 64759 Sensbachtal.

Schon im noch harmlos klingenden Artikel 1 bzw. in den Erläuterungen dazu machen die Autoren Kritisierenswertes aus. Sie rufen dem/der LeserIn ins Bewußtsein, daß mensch juristische Texte genau hinterfragen muß: so sind Begriffe „Mensch“ und „jeder“ in der Konvention nicht definiert , sie sind von der nationalen Gesetzgebung zu definieren. Auf diese Weise würden die Gesetzgeber in den einzelnen Staaten geradezu aufgefordert, zwischen Menschen verschiedenen Werts zu unterscheiden - ein Kritikpunkt, der augenscheinlich wird, wenn in Artikel 5 bzw. 6 auf einmal der Begriff der „Person“ auftaucht. (Da die Bioethik-Konvention kein literarisches Werk ist, kann dies kaum sprachliche Gründe haben!) Artikel 5 der Konvention erlaubt Eingriffe im Gesundheitsbereich nach entsprechender Aufklärung und freier Einwilligung, nachdem der Betroffene in angemessener Form über Ziel und Art des Eingriffs sowie über dessen Folgen und Risiken informiert worden ist. Nach Einschätzung der Autoren eröffne dieser Artikel die Tore für systematischen Mißbrauch: Sie kommen zu dem Schluß, daß alles erlaubt sei, wenn der Patient einmal seine Zustimmung erteilt hat, da offengelassen wird, was „informierte Zustimmung“ heißt bzw. wann jemand als informiert zu bezeichnen ist, und wer den/die PatientIn wie unter welchen Voraussetzungen informiert. Wörtlich heißt es: „Die Patienten sind ... angesichts des medizinischen Komplexes schlechterdings überfordert. Ihr Recht auf eigene Entscheidung wird zum symbolischen Wurmfortsatz medizinisch-technischer Informationsmacht. Ohne die institutionell-sozialen Voraussetzungen wird im Namen des Selbstbestimmungsrechtes dieses selbst wieder aufgehoben.“ (S. 22)Zum Artikel 6, der vorsieht, daß ein Eingriff an einwilligungsunfähigen Personen nur mit Einwilligung seines gesetzlichen Vertreters o. ä. vorgenommen werden darf - ein Artikel, an dem sich die Kritik

an der Konvention (mit)entzündet hat -, heißt es überraschend prägnant und sehr treffend: „Das repräsentative Prinzip wirkt demokratisch nur, wenn seine Grenzen beachtet werden." und weiter „Es gibt Situationen, wo Stellvertretung ausgeschlossen ist." (S. 22) Ähnlich prägnant wird - ebenfalls besonders fragwürdige - Artikel 17 abgehandelt, der unter bestimmten Voraussetzungen eine Forschung an einwilligungsunfähigen Personen gestattet. Hier lautet der Kernsatz: „Der Artikel hebt das Prinzip des Nürnberger Kodexes auf, der in Reaktion auf die Menschenversuche während der nationalsozialistischen Herrschaft bestimmt hatte, daß nie wieder Versuche am Menschen ohne dessen freiwillige und informierte Zustimmung vorgenommen werden dürfen." (S. 27) - Klare und eindeutige Worte! Ein gemeinhin unbekannter Aspekt wird bei Artikel 18 (2), der die Erzeugung von Embryonen für Forschungszwecke verbietet: Dies sei völlig zahnlos, da bei der Retortenbefruchtung ohnehin überzählige Embryonen anfallen, die im Prinzip zu Forschungszwecken verbraucht werden können. Ebenfalls kritisch beleuchtet werden die in Artikel 28ff. festgeschriebenen politischen Regelungen, die in der KritikerInnendiskussion - so weit mir bekannt - selten thematisiert werden. In ihrem politischen Resümee stellen die Autoren nochmals klar, daß die Menschenwürde **kein** Wert unter anderen ist und niemals gegen nützliche Forschungsergebnisse aufgerechnet werden kann (S. 31). Auch aus menschenrechtlicher Sicht wird das Übereinkommen als utilitaristisch durchtränkt gebrandmarkt; es betreibe eine „Verrechtlichung zu symbolischen Zwecken" (S.33).

MARTIN SEIDLER, BONN

Rezension:

„Schöne neue Psychiatrie" von Peter Lehmann

„Schöne neue Psychiatrie" von Peter Lehmann, 2 Bände, kartoniert, zusammen 944 S., 89 Abb., ISBN 3-925931-11-2. Berlin: Peter Lehmann Antipsychiatrieverlag 1996, DM 68,-

Die „Schöne neue Psychiatrie", bestimmt durch Psychopharmaka und Elektroschock-Renaissance, ist alles andere als schön. Gerade die in den letzten Jahren entwickelten neuen Psychopharmaka, ob Serotonin-Wiederaufnahmehemmer à la Fluctin oder atypische Neuroleptika à la Risperdal und Leponex, können verheerende Auswirkungen haben, basierend auf tiefen Eingriffen ins Transmittersystem.

Für sein neues Buch wertete der Autor ca. 3.000 medizinische, psychologische und pharmakologische Fachaufsätze und -bücher aus. Allgemeinverständlich und sachlich stellt er sein Wissen primär den Behandelten und ihren Angehörigen zur Verfügung und ermöglicht ihnen eine fundierte und unabhängige Entscheidung darüber, ob sie sich Psychopharmaka und Elektroschocks verabreichen lassen sollen oder nicht - sofern sie überhaupt noch entscheiden dürfen. Selbstbestimmungsrecht und Handlungsfähigkeit sind zentrale Kategorien seines Denkansatzes. Aber auch psychiatrisch Tätige, PsychologInnen und JuristInnen, die über die Behandlung (mit)entscheiden, können immens von den beiden Bänden profitieren.

Peter Lehmann ist aufgrund seiner sachlichen Haltung in bezug auf Psychopharmaka mittlerweile nicht nur Vorstandsmitglied des Bundesverbands Psychiatrie-Erfahrener e.V., sondern auch Vorsitzender des Europäischen Netzwerks von Psychiatriebetroffenen. Seine kritisch-moderate Position zu Psychopharmaka, die er im Schlußkapitel von „Schöne neue Psychiatrie" zusammenfaßt, berücksichtigt sowohl die Interessen derjenigen Psychiatriebetroffenen, die (noch) Psychopharmaka einnehmen, als auch derjenigen, die einen großen Bogen um diese Substanzen machen.

Die neue Publikation ist großzügig layoutet und übersichtlich und enthält eine Liste mit den aktuellen deutschen, österreichischen und Schweizer Psychopharmaka-Handelsnamen. Register ermöglichen einen raschen Zugriff auf die erwünschten Informationen. Insgesamt 89 Abbildungen, u.a. von Tierversuchen, ein Zusatzartikel des US-amerikanischen Elektroschockspezialisten Leonard Roy Frank u.a. über die angeblich so harmlosen modifizierten Schocks und ein umfangreiches Kapitel über Entzugserscheinungen (Reboundphänomene und Supersensibilitätsreaktionen der Rezeptoren) bei den einzelnen Psychopharmakaklassen komplettieren die beiden Bücher.

„Schöne neue Psychiatrie" besteht aus zwei jeweils in sich abgeschlossenen Bänden. In Band 1 („Wie Chemie und Strom auf Geist und Psyche wirken", 400 S., im Einzelkauf DM 35,-) stehen die Risiken und Schäden auf der psychischen Ebene und im Bereich der geistigen Fähigkeiten im Mittelpunkt. Themenschwerpunkte sind psychopharmakabedingte emotionale Verarmung, Persönlichkeitsveränderung, Depression, Verzweiflung, Selbsttötung, Verwirrtheit, Delire und psychotische Zustände; Störungen der Sinnesorgane; Gedächtnis-, Konzentrations-, Schlaf- und Traumstörungen; Selbstversuche von MedizinerInnen; Psychopharmakaversuche an Tieren sowie Elektroschockschäden. Durch die dargestellten Auslaß- und Doppelblindversuche, unter denen sich der psychische und geistige Zustand der Behandelten jeweils dramatisch veränderte, macht es der Autor den LeserInnen leicht, die beschriebenen Störungen als Auswirkungen der Psychopharmaka zu erkennen. PsychotherapeutInnen brauchen sich nun nicht mehr wundern, weshalb ihre KlientInnen unter psychopharmakologischem Einfluß oft so verschlossen wirken.

Band 2 („Wie Psychopharmaka den Körper verändern", 544 S., DM 39,-) behandelt die kurz-, mittel- und langfristigen Risiken und Schäden, die sich im Muskelapparat und im vegetativen Bereich niederschlagen, z.B. als - teilweise lebensgefährliche - Muskelkrämpfe, Bewegungsstörungen, genetische Schäden, Belastung der Leber, des Herzens und der Sexualorgane. Erschreckend hierbei ist die Tatsache, daß alle Schäden prinzipiell

dosisunabhängig und schon nach kurzer Zeit auftreten können. Das letzte Kapitel bilden Ratschläge, wie die Entzugserscheinungen beim Absetzen gemildert und das Rückfallrisiko gemindert werden können.

Lehmanns Resüme: „Die Probleme der Behandelten sind keine Psychopharmaka-Mangelsyndrome, sondern Lebensprobleme sozialer und psychischer Natur, die aus sozialen Bedingungsgefügen erwachsen. Unabdingbare Voraussetzung für die Möglichkeit, sich an die Lösung dieser Probleme zu machen, ist jedoch ein von chemischen Beeinträchtigungen und von (durch elektrische Stromstöße gesetzten) Hirntraumata freies psychisches und geistiges Potential. Ob sich die Betroffenen alleine, gemeinsam mit Nahestehenden, in Selbsthilfegruppen oder in bezahlten therapeutischen Beziehungen mit den eigenen Schwächen, Problemen, Ängsten und Blockaden, sofern vorhanden, auseinandersetzen wollen: dies ist unter Psychopharmakaeinfluß oder nach einem Hirntrauma ebenso schwer vorstellbar wie unter Alkohol oder dem Einfluß sonstiger persönlichkeitsverändernder und benommen machender psychotroper Substanzen." Dem kann ich nur beipflichten. Es wird Zeit, gegen die psychiatrische Verfügungsgewalt über die körperliche Unversehrtheit von Psychiatriebetroffenen anzugehen. Das Wissen über die Auswirkungen der körperlichen Eingriffe mittels der psychiatrischen Anwendungen ist eine der zentralen Voraussetzungen hierzu. Peter Lehmann ist zu danken, daß er die ansonsten so schwer durchschaubaren Zusammenhänge so einfach begreifbar dargestellt hat.

IRIS HÖLLING

DATES im Winter - brrr

Köln : am 7. Januar 98 findet in der heilpädagogischen Fakultät der Kölner Uni eine Tagung zum Thema **Freizeit in Autonomie** - Freizeitgestaltung von Menschen mit Behinderung statt. **Infos: Dr. Jutta Krispin, Frangenheimstr. 4, 50931 Köln, Tel. 0221/ 470-2268**

Berlin: Selbstverteidigungs- und Selbstbehauptungstraining für hörbehinderte Studentinnen vom 27.Februar bis 1.März 98; Referentin: Malousch Köhler. **Anmeldung und Info: AGG, Rheinweg 34, 53113 Bonn, Tel. 0228/92367-0, Fax 92367-15**

Dortmund: die Literaturwerkstatt für Hörgeschädigte plant für den 1. bis 3. Mai 98 eine Veranstaltung mit dem Titel „Behindertenliteratur - eine Randgruppe auch in der Literatur?" und sucht AutorInnen mit Behinderung (nicht nur Hörbehinderte), die aus ihren Werken vorlesen wollen. **Kontakt: Christian Bönschen, Wellinghofer Str.44, 44263 Dortmund, Tel. 0231-412242, Fax 0231- 410598, Schreibtel. 0231- 417312**

In der JH **Melsungen**: Treffen des Bundesweiten **Forums der Krüppel- und Behinderteninitiativen**, kurz: Krüppeltreffen, vom **20.-22. Februar 98**. Themen: Wallfahrt oder Reha?, Lebensentwürfe. **Info: Ulrike Rieß, Zum Knick 19, 29439 Lüchow, Tel. und Fax 05864/416**

Veranstaltungen der **VHS Köln**, Themenkreis Behinderung, z.B. Bildungsurlaub, Gesprächs- und Arbeitskreise, Veranstaltungen, Seminare für Frauen mit Behinderung, Gebärdensprachkurse, PC-Kurse... **Programm und Info: VHS am Neumarkt, Josef-Haubig-Hof 2, 50676 Köln, Tel. 0221-221-24 86, Fax 0221-221-3803 (Marita Reinecke)**

Veranstaltungen des **Bildungszentrums Nürnberg**, Programm für behinderte und nichtbehinderte Menschen, z.B. Aktions- und Arbeitskreis „Selbstbestimmt Leben", Informationen für behinderte Menschen über Internet, viele Arbeits- und Gesprächskreise, Studienreisen... Programm und **Info: Bildungszentrum, Fachbereich Behinderte - Nichtbehinderte, Gewerbemuseumsplatz 1, 90403 Nürnberg, Fax 231-58 33, Tel.231-34 63 (Michael Galle-Bammes), 231-58 26 (Gabriele Eder)231-54 26 (Christine Schröder)**

Seminare des **bifos - Bildungs- und Forschungsinstitut zum Selbstbestimmten Leben Behinderter** und NEU! Weiterbildung für behinderte Beraterinnen des **bifos-Frauenprojekts** Infos und Anmeldungen bei bifos e.V., Jordanstr. 5, 34117 Kassel, Tel. 0561-728 85-40, Fax 0561-728 85-44. Das vollständige Programm kann gegen 2,- DM in Briefmarken dort bestellt werden.



Gewußt wo! - diesmal auf Seite 42

regelmäßig:

Bremen: „Die Hexenhände" Gehörlosen-Frauen- und Lesbengruppe in Bremen, treffen sich an jedem zweiten Sonntag im Monat ab 11 Uhr zum Frühstücken im Bürgerhaus Weserterassen und jeden Freitag ab 20 Uhr in einer Kneipe. Jede, die Gebärden kann oder lernt, ist willkommen. Ort bitte erfragen. Wir verkaufen Postkarten mit GL-Motiven! Kontakt: Tanja Muster, Fax 0421/872 91 54, Chris, Fax 0421/37 14 90

Hamburg: AG „Gewalt gegen Mädchen und Frauen mit Beeinträchtigung" Jeden vierten Mittwoch im Monat bei Autonom Leben, Langenfelder Str. 35, 22769 Hamburg, Tel. 040-43 29 01-49, Fax 040-43 29 01-47

noch mal Hamburg: Beratung für ausländische behinderte Menschen. Montags 13.30-15.00 Uhr durch Herrn Diyab Gögduman (selbst behindert) bei Autonom Leben (Adresse siehe oben)

Hamburg: Stammtisch für KrüppelInnen und behinderte und nichtbehinderte MitstreiterInnen. Jeden dritten Mittwoch im Monat ab 19 Uhr im Palé, Sternstr. 2 (Nähe U-Banhof Feldstr.)

Kassel: Offener Stammtisch für Frauen mit Behinderungen. Jeden zweiten Freitag im Monat im Fernando Poo, Friedrich-Ebert-Str. 78. Info: Birgit Schopmans, hess. Koordinationsbüro für behinderte Frauen, Tel 0651-728 85-22, Jordanstr. 5, 34117 Kassel

Suhl: *„frau anders um 5"* Offener Stammtisch für Frauen mit Behinderungen. Jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat um 17.00 Uhr Im Frauenzentrum , Schleusinger Str. 45, 98527 Suhl. Termine Oktober bis Dezember 1997: 8.10., 22.10., 12.11., 26.11., 10.12.. Info: Kontakt- und Beratungsstelle für behinderte Frauen „frau anders", Schleusinger Str. 45, 98527 Suhl, Tel. 03681/ 30 93 70, Fax 03681/ 30 93 80

dates für das Heft 1/98 (Termine April bis Juni) bis zum **31.Januar 98** an
die randschau , Heike Lennartz
Foorthkamp 53e, 22419 Hamburg
Tel. 040/ 520 98 28
Änderungen der regelmäßigen Veranstaltungen bitte unbedingt melden!

Hg.: 'krüppeltopia' e.V. - Postfach 10 23 66 - 34023 Kassel
Postvertriebsstück - Entgelt bezahlt

Mit uns in den Winter

Oder sollte es besser heißen, 'durch' den Winter? Na, ja, wie auch immer: die randschau - ultimatives Vierteljahresblatt für unrealistische Forderungen und unsensible Schreibe - will mit möglichst vielen Abos durch den Winter kommen. Klar, warm wirds erst, wenn sich möglichst viele Menschen an uns rankuscheln. Und damit von der Wärme auch was ankommt und der Heizlüfter raucht, brauchts Geld - am besten von Euch! Wer uns jetzt drei Abos ranschleppt, bekommt auch ein Geschenk: Nicht nur viermal im Jahr ein tolles Heft (is ja klar), sondern auch den/die ultimativ-geniale/n Henkelmann/-frau oder das Buch von Volker van der Locht! Na, ist das Nix? Also auf, auf und FreundInnen, Eltern, Geschwister oder ... überzeugt!

Abo Schnipsel

JA ich will 'die randschau' abonnieren und zwar in ihrer gedruckten, aufgelesenen oder digitalisierten Fassung. Die Abo-Bedingungen sind denkbar einfach: Gezahlt wird für 4 Ausgaben im voraus (Erscheinungsweise vierteljährlich) durch Überweisung auf das Konto von 'krüppeltopia' e.V. bzw. durch Übersendung eines Verrechnungsschecks oder Bargeld. Nach Ablauf der 4 Hefte (bzw. Cassetten bzw. Disketten) gibt es eine Rechnung für die 4 folgenden Exemplare.

Fax: 0561 / 7 28 85 29

Mit den Abobedingungen erkläre ich mich einverstanden

Ich will
- **das Abo** als Heft für 25,00 DM (Ausland 35,00 DM)
- **das Cassetten-Abo** für 30,00 DM (Heft & Cass. 40,00 DM)
- **'die randschau' auf Diskette** (Nur Text/ASCII) 30,00 DM

Den Abobeitrag von ______ DM
- überwiesen auf das Konto 1009 424 bei der Kasseler Sparkasse (BLZ: 520 503 53) - 'krüppeltopia' e.V.
- in Scheinen / als Scheck beigelegt

Ausschneiden, eintüten, frankieren und senden an:

die randschau • Postfach 10 23 66 • 34023 Kassel